Heft 10 Oktober 1993 8,– DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Israel/PLO: 2 x Verrat = 1 x Frieden?
- Neue CDU: Der Orden unterm Biedenkopf
- Ukraine: SS marschiert
- Rassismus: Türcke raus!
- Rainald Goetz, der rasende Mitläufer
- Michael Jackson: Jetzt rede ich

in konkret Oktober 1993

von konkret

an konkret

Strassers Jünger von Hermann L. Gremliza

»Hochachtung vor der SS« von John Goetz

Am 16. August unterzeichnete Verteidigungsminister Volker Rühe ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit der viertgrößten Nuklearmacht der Welt, der Ukraine. Rühe hatte selbstverständlich keine Ahnung, daß nur wenige Tage später Mitarbeiter des ukrainischen Verteidigungsministeriums eine frühere Einrichtung deutsch-ukrainischer Kooperation feiern würden

Offener Brief von Otto Köhler

An den Präsidenten der General Motors Cooperation, Detroit/Michigan/USA, Herrn Jack Smith

2 x Verrat = 1 x Frieden?Der Friede der Erschöpften von Micha Brumlik

Israel und die PLO haben Frieden geschlossen. Grund zu ungetrübter Freude? Eine Einschätzung von Micha Brumlik

2 x Verrat = 1 x Frieden?»Die einzige Alternative« von Abdalla Frangi, Beate Hinrichs

Israel und die PLO haben Frieden geschlossen. Grund zu ungetrübter Freude? Ein Gespräch mit dem offiziellen PLO-Vertreter in Bonn, Abdalla Frangi

Standort USA von Michael Hahn

Opferbereitschaft für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der US-Ökonomie verlangt die Clinton-Regierung von der US-Bevölkerung und rüstet für weitere internationale Militäreinsätze

Ein Sack voll Diamanten von Gerhard Wendorf

Die internationale Unterstützung für Jonas Savimbi, den Führer der angolanischen Contra-Bande Unita, bröckelt. Doch der von ihm nach seiner Wahlniederlage Ende 1992 erneut angezettelte Bürgerkrieg in Angola ist noch nicht zu Ende

Rechts von Kohl von Georg Fülberth

Dem sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf (CDU) ist die Programmatik seiner Partei zu schlapp

»Jeder ist uns der Nächste«XX von Archiv für Sozialpolitik

Zwanzigster Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Der europäische Imperialismus II von Karl Rössel

Nur zögerlich und am Rande hat sich die (bundes)deutsche Linke mit dem Wachsen eines eigenständigen imperialistischen Blocks in Westeuropa auseinandergesetzt. Zweiter Teil der Geschichte eines linken Versäumnisses

Nächstes Jahr in Stalingrad von Erwin Riess

Letzte Nachrichten vom Ausbruch des Liberalismus in Österreich

The End is at Hand von Gerhard Scheit

Über die neuesten Theorien von Endsieg und Untergang

Modern Talking von Stefan Ripplinger

»Alles ist gut geworden.« – Mit dem mehrbändigen Werk »Festung« hat nun auch der Schriftsteller Rainald Goetz sein tiefes Einverständnis mit der deutschen Gegenwart formuliert und seinen Teil zu ihrer ästhetischen Verklärung beigetragen

Home (Alone) Invasion von Dietmar Dath
Kurzangebundenes zum kompliziertesten Skandal des Sommers

Säfte und SubstrateTeil des Übels von Clemens Nachtmann
»Ressentimentgeladenes Philosophenkönigtum« – »lächerliches Kasperltheater« – »Sündenfall aller Ideologiekritik«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den wir in KONKRET 8/93 dokumentiert haben, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Reaktionen ausgelöst. Nach den Beiträgen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam im letzten Heft folgen nun Stellungnahmen von Clemens Nachtmann, Alex Demirovic und Heiner Möller

Säfte und SubstrateDie tiefere Einsicht ... von Alex Demirovic
»Ressentimentgeladenes Philosophenkönigtum« – »lächerliches Kasperltheater« – »Sündenfall aller Ideologiekritik«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den wir in KONKRET 8/93 dokumentiert haben, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Reaktionen ausgelöst. Nach den Beiträgen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam im letzten Heft folgen nun Stellungnahmen von Clemens Nachtmann, Alex Demirovic und Heiner Möller

Säfte und SubstrateDie Unschuld der Begriffe von Heiner Möller
»Ressentimentgeladenes Philosophenkönigtum« – »lächerliches Kasperltheater« – »Sündenfall aller Ideologiekritik«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den wir in KONKRET 8/93 dokumentiert haben, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Reaktionen ausgelöst. Nach den Beiträgen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam im letzten Heft folgen nun Stellungnahmen von Clemens Nachtmann, Alex Demirovic und Heiner Möller

Ein deutscher Verlag von Otto Köhler
Der Geschäftsführer ein Verleger von Nazi-Literatur, sein Cheflektor ein revisionistischer Historiker – kein Wunder, daß das neue Programm des Ullstein/Propyläen-Verlags eine tiefbraune Färbung aufweist

Ich habe gelesen von Christel Dormagen

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Zurück in die Zukunft von Georg Seeßlen
Das Raumschiff Orion fliegt wieder (und nach wie vor in falscher Richtung)

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/93, S. 4

von konkret

Manfred Bissingers »Woche« beschäftigt im Ressort »Modernes Leben« einen Redakteur, dessen Hauptaufgabe anscheinend die Einwerbung von Autoren ist, die regelmäßig für KONKRET schreiben (beispielsweise Günther Jacob, Georg Seeßlen und Gunter Blank). Dieser Helmut Ziegler muß KONKRET also schon aus beruflichen Gründen lesen. Daß er KONKRET auch zur persönlichen Weiterbildung verwendet, kann man vermuten, seit er in der »Woche« Stephen Spielbergs »Jurassic Park« rezensierte. Für KONKRET hatte den Saurierfilm Dietmar Dath besprochen. Dath beschäftigte sich mit dem »zentralen Problem von ›Jurassic Park‹: der Frage, was echt ist. Zum Beispiel die Dinosaurier: Sie sind nicht echt.« Ziegler (»Woche«) hingegen fand: »Vor allem aber stellt der Film die Frage nach dem, was wirklich ist. Die Saurier, das hat man zwischenzeitlich mitbekommen, sind es nicht.«

Zieglers Paraphrase freilich ist nicht nur geschwätziger, sondern auch falsch. Die Saurier in Spielbergs Film sind wirklich, man kann sie anfassen und von ihnen gefressen werden. Sie sind bloß nicht echt, sondern von Gentechnologen künstlich erzeugt; deshalb kommt es zur Katastrophe, und nicht weil die Dinos unwirklich wären. Vielleicht sollte die »Woche«, wenn sie schon aus KONKRET abschreiben will, sich auf das Autorenverzeichnis beschränken.

Der V-Mann Klaus Steinmetz, behauptete Oliver Tolmein in KONKRET 9/93, habe in Wiesbaden u.a. das linksradikale Computer-Infosystem »Spinnennetz« mit eingerichtet. Dies ist unrichtig, teilen uns die Betreiber mit: Tatsächlich habe Klaus Steinmetz mit »Spinnennetz« nichts zu tun gehabt.

Die Videodokumentation des KONKRET-Kongresses ist fertiggestellt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die statt des Protokollbandes, der Ende November erscheinen wird, dieses Video haben möchten, bitten wir um eine kurze Mitteilung an KONKRET. Alle anderen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die nicht nur die Referate im Protokollband nachlesen, sondern auch die dramatis personae einmal mehr live anschauen wollen, können das Video gegen Einsendung von 49 Mark plus 8 Mark Versandkosten beziehen bei: Alles Paweks Videos, Schlüterstraße 58, 20149 Hamburg.

LITERATUR KONKRET Nr. 18 erscheint wieder rechtzeitig zur Frankfurter Buchmesse: Ab 5. Oktober ist es im Zeitschriftenhandel erhältlich. KONKRET-Abonnentinnen und Abonnenten erhalten es wie in den letzten Jahren automatisch; anders als bisher wird es jedoch nicht beigeheftet, sondern getrennt versendet. Die Aboauflage von LITERATUR KONKRET sollte ebenfalls am 5. Oktober die Abonnentinnen und Abonnenten erreicht haben. KONKRET ist auf der Buchmesse (6. bis 11. Oktober) in diesem Jahr wieder mit einem Stand vertreten. Sie finden uns in Halle 6.0, an Stand H 163. Besucherinnen und Besucher der Buchmesse, die noch auf der Suche nach einem Kontrastprogramm zum Literaturbetriebsnudelauflauf sind, kann vielleicht mit Hermann L. Gremlizas Lesung »Ein Volk, ein Reich, ein Sprachfehler« weitergeholfen werden, die am Donnerstag, dem 7. Oktober, um 20 Uhr im Haus Gallus, Frankenallee 111, nahe dem Messegelände stattfindet. (Eintritt 10 Mark, Nichtverdienende 7 Mark.)

Die Verlagsgruppe Ullstein-Langen-Müller fällt seit einiger Zeit mit revisionistischen Büchern über die Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs auf. Unter Führung des Ullstein-Cheflektors Rainer Zitelmann haben die Abteilungen dieses Verlagsimperiums ein bemerkenswertes Herbstprogramm vorgelegt. Otto Köhler hat sich durch einige Titel gequält und berichtet über diese Deutschen Verlage in diesem Heft ab Seite 57.

Ullstein-Langen-Müller wird auch auf einer Buchmessen-Veranstaltung der Berliner Edition ID-Archiv und der Wohlfahrtsausschüsse Frankfurt und Köln Gegenstand der Untersuchung sein. Unter dem Titel »Rechtes Denken Im-Print« gibt es außerdem Referate und Diskussionen zu »auffälligen Bewegungen« bei Matthes & Seitz und zum »›Lebensschutz‹ im Sortiment«. Die Veranstaltung findet am Freitag, dem 8. Oktober um 20 Uhr im Kommunikationszentrum (»Koz«) der Uni Frankfurt, Jügelstraße 1, statt.

Konkret 10/93, S. 6

an konkret

Voll daneben

KONKRET 9/93: »Black or White« von Wolfgang Pohrt

Wie ich bislang Wolfgang Pohrt in KONKRET kennengelernt habe, pflegt er meistens in die Vollen zu gehen; allerdings ging es nach meinem Dafürhalten schon manches Mal auch voll daneben.

Wenn jedoch Pohrt zwölf Monate nach dem Jubel der stinknormalen Landsleute in Rostock-Lichtenhagen in der KONKRET-Ausgabe, in der die 19. Folge einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland abgedruckt ist, davon schreibt, daß »bürgerkriegsähnliche Zustände« das seien, »wonach sich die Revolutionäre in diesem Land seit 150 Jahren vergeblich sehnten«, bleibt nur zu konstatieren, daß hier Empörung von Verblödung nicht mehr zu unterscheiden ist – es sei denn, Pohrt verstünde unter Revolution das, was wildgewordene Kleinbürger in diesem Land vor 60 Jahren darunter verstanden haben.

Joachim Laßmann

Langenfeld

Wolfgang Pohrt braucht wirklich keine Angst davor zu haben, sich von Christoph Türcke nicht zu unterscheiden. Pohrt, der noch nie kontrovers mit sich diskutieren ließ, ist zunehmend engstirniger geworden. Daß die Blutgruppen sich nicht nach der Hautfarbe richten, ist sowenig ein Argument gegen die Existenz von Rassen, wie die Tatsache, daß dieselben Blutgruppen bei beiden Geschlechtern vorkommen, ein Beweis gegen die Existenz des »kleinen Unterschieds« zwischen Frau und Mann. Und wer sagt: »es gibt Männer und Frauen«, sagt nicht zugleich: »Männer sind hochwertig, Frauen sind minderwertig!«

Türcke argumentiert differenziert und selbstverständlich antirassistisch, also diskutabel. Dagegen ist Pohrts Ansicht mehr als naiv, daß die bürgerkriegsähnlichen Zustände, die Türcke bei »vorbehaltloser Öffnung der Grenzen für alle« voraussieht, mit der seit 150 Jahren vergeblich ersehnten Revolution und nicht mit Staatsterror, Lynchmord und Bandenkrieg identisch wären. Und dann Pohrts mieses Ressentiment gegen Türcke: Wolfgang Pohrt selbst bietet bei Auftritten den Anblick des verklemmten Intellektuellen, als den er Türcke darstellt. Und er wäre nicht der erste Adorno-Schüler, der sich inzwischen lieber an ordinärem Gegröhle erfrischt, als am »Adornieren«, wie Pohrt das nennt. Der aus Brasilien nach Leipzig berufene Türcke ist soviel oder sowenig ein »Wiedervereinigungsgewinnler«, wie der aus den USA nach Frankfurt berufene Adorno ein »Kriegsgewinnler« gewesen ist. Christoph Türcke sei »blaß« und ein »mickriger« Botho-Strauß-Ersatz, wie ein Tier suche er »Ersatzbefriedigung im Befummeln und Beschnüffeln«, er stammele »verdruckst« und »verquält«, der »Hochschullehrer aus dem Westen«, lege »Ausdauer und Zähigkeit« darin an den Tag, »Figuren, die nichts als schäbig« seien, zu »erbauen«, und überschätze dabei seinen »Mut« (»Wären nur genug Farbige hier, würde ihm sein hetzerisches Geraune bald vergehen«), er sei »sentimental«, gebe »ranzigen Schmus« von sich, der »Hochschullehrer« – dieses Ressentiment ist allzu bekannt, es ist das gegen den »schwächlichen« jüdischen Intellektuellen. Der »Rassist« ist Pohrt, der endlich einen »Tür(c)ken« gefunden hat, den er unter dem Beifall der »Antirassisten« schänden darf.

Dr. Werner Preuß

Bardowick

Könnte Wolfgang Pohrt nicht, Marx (Graucho) folgend, noch eine Spur weitergehen als angekündigt und jede Veröffentlichung durch Publikationsorgane ablehnen, die ihn drucken wollen?

Christoph Krämer

Hamburg

Sekundärliteraturnstunde

KONKRET 9/93: Friedhelm Rathjen über D.H. Stündels Übertragung von »Finnegans Wake«

»To Bäh Or Not To Bäh – That is the Question«, betitelte der alte Georg Christoph Lichtenberg eine Glosse über einen Streit zwischen deutschen Philologen im 18. Jahrhundert, bei dem es um die authentische Aussprache des griechischen

Schriftzeichens *H* ging. Solche Philologen waren würdige Nachfolger jener mittelalterlichen Theologen, die sich beispielsweise darum stritten, ob man Adam und Eva korrekterweise mit oder ohne Bauchnabel darstellen müsse. Die Zunft der »Übersetzer« von »Finnegans Wake« pp. sorgt dafür, daß die Disziplin der spitzfindigen Monomanie auch weiterhin nicht ausstirbt. Darüber zu lesen, ist durchaus amüsant. Ich möchte nur anregen: Das nächste Mal, wenn zum Beispiel ein pensionierter Sozialpädagoge aus dem Oldenburgischen das Festival von Woodstock in einer Klavierfassung vorlegt, oder, sagen wir, der Neffe eines Prominenten aus Oberursel die selbstgetöpferte Umsetzung von Picassos »Guernica« ins Plastische enthüllt – dann engagiert eine(n) Autor(in), der/die den verdienstvollen Verriß auf einer halben Seite zulänglich hinkriegt. Zwölf kostbare KONKRET-Spalten lang Metasekundärliteraturnstunde – das war entschieden zu länglich!

Florian Plöderer

Solingen

Finnegans Wehg – Blatt gemacht – 628 nämlich = Mein ByeNeid:

Dieter H. Stündel

Siegen

Schweine-Gruß

KONKRET 8/93: Von KONKRET

In unserer Familie der nichtwiderkäuenden PaarzeherInnen gibt es eine gewisse – auch der KONKRET-Redaktion wohl bisher unbekannte – Vielfalt. Will heißen: Schwein ist nicht gleich Schwein. Es gibt u.a. das gemeine Hausschwein, das Wildschwein, das Warzenschwein, das Flußschwein, das Bisamschwein, das Mastschwein, das Trüffelschwein, das Nabelschwein, das Arme Schwein, die Dumme Drecksau, den Wilden Eber, das ein oder andere Ferkel...

Nicht alle sind in der Vereinigten Schweinepartei (VSP) organisiert, und ebenfalls nicht alle »SoZ«-MitarbeiterInnen sind dort politisch beheimatet. Wir bitten bei eventuell noch folgenden Schweine-Grüßen aus Hamburg um Differenz.

Mit verbindlichsten Grüßen vom ZK der Trüffelschwein-AG in der »SoZ«-Redaktion

Tine Seebohm,

Köln

Strammes Fäustchen

KONKRET 9/93: »Revolutionäre Sachen« von Christian Eggers

Der Autor, der im Rahmen der FG BRD-Kuba immer besonders stramm das linke Fäustlein gereckt hat, versucht sich jetzt in einer Verurteilung von Hardlinern der »bedingungslosen Solidarität« und Anhängern der »kritischen Solidarität«. Dabei verkennt er, daß der Begriff der »kritischen Solidarität« innerhalb der sozialistischen Bewegung seine anerkannte Geschichte und auch in Lateinamerika bedeutende Vertreter (Mariátegui!) hervorgebracht hat. Denn Solidarität unter Freunden kann gar nicht kritisch genug sein. Wer es allerdings vor kurzem noch für die »effektivste Form antiimperialistischer Solidarität« und für einen »kathegorischen (sic!) Imperativ« hielt, »dem Siegeszug der ›freien‹ Marktwirtschaft Steine in den Weg zu legen und Sand ins Getriebe zu streuen« (Eggers in: »Cuba Libre«, Dez. 1990, S.21), den muß als selbsternannter »Linker«, »Linksradikaler« und »Internationalist« die Einführung des Brutalkapitalismus auf Kuba traumatisieren.

Prof. Dr. Martin Franzbach

Vorstandsmitglied der Deutsch-Cubanischen Gesellschaft für Solidarität mit Cuba e.V.

Hamburg

Als »technischer Betreuer« (Kontoführung) der mehrfach im Artikel des Herrn Eggers inkriminierten Cuba-Wette bekenne ich mich erst (mal schuldig und muß es zugeben: Ja, ich übe tatsächlich prinzipielle Solidarität mit dem sozialistischen Cuba – und das sogar nicht nur politisch-propagandistisch, sondern auch praktisch-materiell; so wie es Tausende Cubafreundinnen und -freunde in diesem Land tun. Nur Zeitgeist-Maulhelden wie der Autor natürlich nicht.

Jeglicher Kenntnisnahme weltweiter restaurativer Umbrüche abhold, zieht er derbe vom Leder und beweist – man beachte die seriösen Quellenangaben von »FAZ« bis »Handelsblatt« – (mal eben die Sozialdemokratisierung Cubas. Zwar wird schamhaft am Rande auch die Yankee-Blockade erwähnt, doch der Versuch, angesichts der (wirkungsvollen!) Aushungerungsversuche Cubas neue Strategie zum Überleben der Revolution auch nur annäherungsweise aus kubanischer Sicht zu sehen, wird gar nicht erst gemacht.

Alle, für die – auch und gerade in für Cuba so schweren und schmerzlichen Zeiten – der Begriff Solidarität noch einen Wert hat, die auch in Zeiten eines vermeintlichen Durchmarsches des Imperialismus und seiner Lakaien gegen den (Zeitgeist-)Strom schwimmen wollen, kann ich nur einladen, zur Cuba-Solidaritätsdemonstration am 16. Okt. um 11 Uhr zum Münsterplatz nach Bonn zu kommen, zu der rund 40 Gruppen und Organisationen aufrufen.

Heinz W. Hammer

Essen

Konkret 10/93, S. 9

Hermann L. Gremliza

Strassers Jünger

Ich möchte mich nicht als Antinationalisten bezeichnen
Johann Scheringer, Vorsitzender der PDS-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, im Interview mit der Nazizeitung »Junge Freiheit«

Warum hört man gar nichts mehr von der Zivilgesellschaft, deren Zeitalter dem Sieg über den Realsozialismus so gewiß folgen mußte wie die Wut der Trauer? Läßt sich die soziale Frage am Ende doch nicht dadurch lösen, daß wir, wie von Tucholsky vorgeschlagen, alle reich heiraten bzw. Dezernenten fürs duale System oder Volontäre bei der »Zeit« werden? Knapp vier Jahre nach dem Triumphzug durchs Brandenburger Tor scheint es sich die Geschichte anders überlegt zu haben, und wie den Kündern der Zeitenwende zum Hohn bediente sie sich dazu nicht eines Weltuntergangs, sondern bloß einer ordinären Krise der Kapitalverwertung, einer Einrichtung, die doch vor mehreren Kursbuchjahrgängen bereits überwunden war. Mancher, der davon geträumt hat, seine Tage bei Frascati und anderen raffinierten Genüssen zu versausen und verbrausen, trifft jetzt seinen nächsten konsumfreudigen Citoyen auf dem Arbeitsamt.

Daß Kapitalismus nicht Reichtum für alle sondern Armut für viele bedeutet, ist deutschen Sozialpolitikern zwar schon aufgefallen, als sie etwas entdeckten, was sie »neue soziale Frage« oder »Zweidrittelgesellschaft« nannten. Damals aber wußte man noch, daß es eine Alternative zum Kapitalismus gab, wie die hieß, daß man sie zu bekämpfen hatte und dem verfassungstreuen Politiker jedes Kokettieren mit ihr verboten war. Solange der Sozialismus als politisches System real gegenüberstand, schien der Kapitalismus an die Regeln seiner zivilen Ordnung gebunden: an den pluralistischen parlamentarischen freiheitlichen undsoweiter Rechtsstaat und die »soziale Marktwirtschaft«. Faschistoide Lösungsvorschläge (wie die einer »formierten Gesellschaft«) wurden ins Seminar verwiesen, die herrschende Ordnung als die beste in der deutschen Geschichte gelobt.

Vorbei. Von Woche zu Woche heftiger wird das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik geschmäht, am lautesten von denen, die es zu verteidigen hätten: vom Bundespräsidenten, von den Parteiführern, Verbandssprechern, Leitartiklern. Die Politiker bildeten eine »Klasse«, seien inkompetent, abgehoben, unglaubwürdig und korrupt, die Parteien verfilzte, volksferne, egoistische Karrierevereine, die Parlamente je nachdem populistische oder bürokratisierte Schwatzbuden, die Bürger unverschämt und faul. So gehe es keinesfalls weiter.

Wie aber dann? Was ist die Alternative, die nach dem Verschwinden der unmöglichen möglich wäre? Worauf will der in einer Partei aufgestiegene, von einer Partei nominierte und nach Parteiabsprachen gewählte Präsident mit seiner entnervenden Beschimpfung der Parteien hinaus? Was bedeutet, wenn er sagt: »Es darf nicht sein, daß politische Themen bis hin zur Wahl meines Nachfolgers allzusehr parteipolitisch instrumentalisiert werden«? Wenn die Bürgerpresse das parlamentarische Kräftespiel verspottet? Wenn Gewerkschaftsführer über ihre Mitglieder sagen, sie hätten »über ihre Verhältnisse gelebt«? Wenn die SPD, nach Mölln und Solingen, ihren Schulungsleiter eine »Entkrampfung des Verhältnisses der Linken zur Nation« und einen »Diskurs zwischen Linken und Rechten über die Nation« vorschlagen läßt? Und wenn einer ihrer Landesvorsitzenden (in Brandenburg) dem Vorschlag so folgt: »Nur durch den Antinationalismus der Linken werden nationaldenkende Jugendliche zu Rechtsextremisten gemacht«?

Wie kommt es, daß der Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, vormaliges Mitglied des Parteivorstands der DKP, im Interview mit einem Naziblatt von »nationaler Solidarität«, von »Entwurzelten«, »zunehmender Kriminalität«, »zunehmendem Werteverlust«, »Verlust an Kultur« und »Ohnmächtigkeit gegenüber unserer Zukunft« daherredet wie Schönhuber? Daß er auf die Nazi-Frage: »Ist die Bundesrepublik nun mehr als ein Verein zur Umverteilung sozialer Leistungen, in dem jeder Mitglied werden kann, ob Deutscher oder nicht?« zweimal versichert: »Ich war für die Einheit Deutschlands« und »Ich habe für die deutsche Einheit gerungen«? Daß er auf die Nazi-Vorhaltung: »Der antinationale Teil der Linken läßt sich mit der Forderung nach der Auflösung des Nationalstaats vor den Karren westeuropäischer Großkonzerne spannen« pflichtgemäß erwidert: »Um die Auflösung des Nationalstaates kann es auch nicht gehen«?

In den Schriften zur Theorie der Zivilgesellschaft wird man dazu keine Antwort finden. Aber wie wärs hiermit?: *Gegen Parteiengeist, gegen Parteiabhängigkeit, für parteifreie Politik! Die deutsche Revolution sieht das Wohl der Nation nicht in der Häufung materieller Werte, nicht in einer uferlosen Steigerung des Lebensstandards. Wir müssen das Verhältnis von Sozialismus und Nation neu und tiefer durchdenken, in nationaler Mitverantwortung, jenseits von rechts und links.* Oder damit?: *Wir brauchen eine Partei für unparteiische, parteifreie Politik! Man muß Antikapitalist sein, um Nationalist sein zu können. Nicht Kapital und Arbeit bilden den Hauptwiderspruch, sondern der Imperialismus und unser Volk.*

Sind da nicht alle Töne angeschlagen, die jetzt zwischen Weizsäcker und Scheringer erklingen? Das letzte stammt von der sogenannten »Neuen Rechten«, das erste waren Parolen der Nationalen Revolutionäre oder Deutschen Sozialisten, die zwischen 1918 und 1933 in konkurrierender Kollaboration mit der NSDAP die Kommunisten und die Republik von Weimar bekämpft und sich zu diesem Zweck so moderne Namen wie »Vereinigung für nationale und soziale Solidarität« gegeben hatten. Oswald Spengler (»Preußischer Sozialismus«) gehörte zu ihnen, Hans Freyer (»Revolution von rechts«), Heinrich Brüning, Ernst Jünger, Moeller van den Bruck, Otto Strasser, Ernst Niekisch, Giselher Wirsing und Hans Zehrer, der ein Bündnis zwischen NSDAP und Gewerkschaften unter der Führung des Generals v. Schleicher zusammenbringen wollte. Auch dieser frühe Solidarpakt hatte keinen anderen Zweck als die volksgemeinschaftliche »Sicherung des Standorts Deutschland«.

Schon damals hatte die Sozialdemokratie übrigens ihr Verhältnis zur Nation ziemlich entkrampft: Niekisch kam aus der SPD, Otto Strasser auch, andere nationale Sozialisten verkehrten bei Gustav Noske, und Tilman Fichters Vorgänger sammelten sich im »Hofgeismarer Kreis« der Jungsozialisten.

Das Deutsche am Deutschen Sozialismus war die Ansicht Moeller van den Brucks, daß es den Arbeitern in dem Maße besser gehen könne, wie sie dem deutschen Reich in der Welt »Raum« erkämpften, das Sozialistische »die weitgehende Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit bei Beibehaltung des privatwirtschaftlichen Betriebssystems« (Strasser), es hätte auch Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand heißen können. Entsprechend geschmiert verliefen die Karrieren solcher Nationalrevolutionäre im Nachkriegsdeutschland (West): Der deutsche Sozialist Zehrer etwa wurde Chefredakteur von Springers »Welt«, sein Kollege Wirsing Schriftleiter der Wochenzeitung »Christ und Welt«, Ernst Jünger, der die Republik durch eine faschistische Militärdiktatur hatte ablösen wollen, bekam den Goethe-Preis.

Von »Deutschem Sozialismus« aber redeten nur noch wenige und nur mit Bedacht, wie Kurt Biedenkopf, wenn er empfahl, »rechte Inhalte in linke Sprachformen umzugießen«, oder Kanzler Erhards Berater Rüdiger Altmann, der »die Motive für die Beseitigung vieler Schwierigkeiten von links nehmen, die Lösung selbst aber rechts suchen« wollte. Immerhin blieb die Kontinuität völkisch-antidemokratischen Denkens gewahrt – bis zu dem Tag, da ein Bundeskanzler (deutsch) und ein Präsident (sozialistisch) um eine Audienz bei Ernst Jünger nachsuchen würden, die der Sänger der Bewegung ihnen in diesem Sommer tatsächlich gewährte.

Wer meint, die bürgerliche Demokratie sei zur Bewältigung der absehbaren ökonomischen und sozialen Krisen zu schwerfällig und zu teuer – und wer meint es nicht? – , hat keine große Auswahl an Herrschaftsmodellen. Die Chancen der deutschen Nationalrevolutionäre stehen so schlecht nicht.

Konkret 10/93, S. 10

John Goetz

»Hochachtung vor der SS«

Am 16. August unterzeichnete Verteidigungsminister Volker Rühe ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit der viertgrößten Nuklearmacht der Welt, der Ukraine. Rühe hatte selbstverständlich keine Ahnung, daß nur wenige Tage später Mitarbeiter des ukrainischen Verteidigungsministeriums eine frühere Einrichtung deutsch-ukrainischer Kooperation feiern würden

Üblicherweise mag ein Nationalist diejenigen seiner Landsleute nicht besonders, die mit einer fremden Macht kooperiert haben, die Millionen seiner Mitbürger umgebracht oder versklavt und beträchtliche Teile seines Heimatlands verwüstet hat. Üblicherweise werden solche Leute Verräter genannt, Kollaborateure oder Quislinge. Wie kann es kommen, daß ein Nationalist eine Ausnahme macht? Warum sollte er bereit sein, die schweren Verbrechen großzügig zu übersehen, die an seiner Nation verübt wurden? Unter welchen Umständen wird er diese Landsleute sogar glorifizieren?

Im August feierte die Ukraine zwei Wochen lang den fünfzigsten Gründungstag der SS Galizien, jener 14. Division der Waffen-SS, die fast ausschließlich aus ukrainischen Freiwilligen bestand:

· In Lwow wurde am 14. August für die SS Galizien ein Gottesdienst abgehalten – an derselben Stelle, an der die Kämpfer 50 Jahre früher zu den Waffen gerufen worden waren. Viele Ukrainer jubelten den SS-Veteranen zu, als sie durchs Stadtzentrum marschierten, um an einer Konferenz im Polytechnischen Institut teilzunehmen, wo ein hochrangiger aktiver Oberst der ukrainischen Armee das Grundsatzreferat hielt. Am Abend schließlich beging man eine weitere Zeremonie zu Ehren der SS Galizien im Staatstheater. Die Unkosten trug die Stadtverwaltung von Lwow.

· Am folgenden Tag trafen sich in Brody 16 Busladungen Veteranen der SS Galizien mit aktiven ukrainischen Offizieren und Tausenden Schaulustigen zur Enthüllung eines Denkmals für die SS Galizien. Der Organisator der Feierlichkeit gab bekannt, daß Priester aus Rom und Montreal eingeflogen seien, um die Veteranen für den großen Dienst zu segnen, den sie der Ukraine geleistet hätten.

· In der Hauptstadt Kiew feierten am Wochenende darauf ukrainische Offiziere und Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums das SS-Jubiläum im »Haus der Offiziere«. Der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk wies Gesuche von Veteranen der Roten Armee zurück, die Feier zu untersagen.

Wie kann ein Land, das Unterstützung und Anerkennung vom Rest der Welt erwartet, öffentlich der SS huldigen? Wie können Nationalisten die Ehrung von Kollaborateuren unterstützen? Michailo Romanujuk, einer der Veteranen, sagt es so: »Ich muß nicht rehabilitiert werden, denn ich habe nichts Falsches getan. Ich bin stolz auf das, was ich getan habe.« Die ukrainische Division der Waffen-SS sei nicht nur frei von Verantwortung für Kriegsverbrechen, behaupten ihre Veteranen, sondern sie habe im Grunde immer für die ukrainische Sache gekämpft. Der Bürgermeister von Lwow, Wasil Shpitzer, geht noch weiter: »Meine Hochachtung vor der SS Galizien«, deren Veteranen zu den Trägern der ukrainischen Kulturvereine im Ausland gehörten, »beruht darauf, daß sie aus echten und wahren Patrioten bestand, ohne deren Hilfe die Ukraine ihre Kultur, ihre Traditionen und ihre Sprache nicht hätte bewahren können.«

Welche Tradition Shpitzer für bewahrenswert hält, erklärt er bereitwillig: Zu den großen ukrainischen Patrioten dieses Jahrhunderts gehörten auch Simon Petlura und Jaroslaw Stesko. Petlura war Oberhaupt des kurzlebigen unabhängigen ukainischen Staates, der im russischen Bürgerkrieg gegen die Bolschewiki kämpfte. Unter seinem Oberbefehl organisierten die ukrainischen Weißgardisten Pogrome, um den ukrainischen Nationalismus anzuheizen. Simon Wiesenthal, der sich bei Präsident Krawtschuk über die Benennung einer Straße in Lwow nach Petlura beschwerte, schrieb ihm, daß »der Name bei den Juden bis zum heutigen Tag ein Symbol für Terror und Horror geblieben« sei. (Worauf Krawtschuk antwortete, daß man »seine Aufmerksamkeit nicht auf zweifelhafte historische Fakten konzentrieren« solle.) Der zweite große Patriot, Jaroslaw Stesko, kam mit den deutschen Invasoren im Juni 1941 nach Lwow (»Lemberg«) und proklamierte einen unabhängigen ukrainischen Staat, verbündet mit Nazideutschland. In den wenigen Wochen ihrer Existenz stachelte Steskos Regierung die Bevölkerung von Lwow an, Rache für Petlura zu nehmen, der 1926 von einem ukrainischen Juden ermordet worden war.* 7.000 Juden wurden in blutigen Pogromen ermordet. (Vgl. Otto Köhler: »Ein tiefbrauner Herr«, KONKRET 8/93)

Die Juden, die nach den Pogromen im Sommer ‘41 in Lwow geblieben waren, wurden schließlich in KZs umgebracht. Die Einsatzgruppen C und D zogen zusammen mit der ukrainischen Hilfspolizei durch die ganze Ukraine und gingen gegen Juden vor und gegen jeden, der verdächtigt wurde, Kommunist oder Sowjetbeamter zu sein. Hunderttausende Juden wurden von 1941 bis 1943 vernichtet. Unwahrscheinlich, daß die Freiwilligen, die die SS Galizien bilden sollten, als sie 1943 aufgerufen wurden, sich auf einem öffentlichen Platz in Lwow zu versammeln, nichts von dem Blutbad wußten, mit dem die Ukraine in den vorangegangenen zwei Jahren überzogen worden war.

Ebenso war ihnen klar, daß sie für die Nazis kämpfen würden, als sie den Eid schworen: »Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich im Kampf gegen den Bolschewismus dem Obersten Befehlshaber der deutschen Wehrmacht, Adolf

Hitler, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.« Wieder stellt sich die Frage: Warum feiern Nationalisten Nazikollaborateure?

Entgegen den Behauptungen der ukrainischen SS-Soldaten, sie seien bloß eine kämpfende Einheit gewesen und nicht in Kriegsverbrechen verwickelt, erzählen die Geschichtsbücher etwas anderes. Zwar war die SS Galizien nicht in die Vernichtung der Juden involviert: 1943, zum Zeitpunkt ihrer Gründung, waren die meisten ukrainischen Juden bereits tot, der Hauptkonkurrent der ukrainischen Mittelschicht verschwunden. Die Zielscheibe der ukrainischen Nationalisten hatte sich 1943 geändert: Zum Hauptfeind erklärten sie nun die polnische Bevölkerung. Die heutige Westukraine hatte bis 1939 zu Polen gehört; die ukrainischen Nationalisten wollten die Bevölkerungsmehrheit ukrainisch machen, damit die Region nach dem Krieg der Ukraine zugeschlagen würde.** Die Einwohner von Lwow beispielsweise waren 1939 nur zu 6 Prozent ukrainisch, während die Landbevölkerung der Umgegend mehrheitlich Ukrainer waren, ausgenommen einige polnische Exklaven. Die Experten für ethnische Säuberung gingen ans Werk.

Polnische Dörfer wurden aufs Korn genommen. Sol Littmann, Leiter des Simon Wiesenthal-Zentrums in Toronto, stellte fest, daß die SS Galizien in die Liquidation von mindestens 20 polnischen Dörfern involviert war. Am 27. Februar 1944 beispielsweise beteiligten sich die ukrainischen SS-Leute an der Umzingelung von Huta Pieniack, in der Nähe von Brody. In einem Bericht, den Littman zitiert, heißt es, daß sie »alle Bauern samt Familien in ihren Scheunen einschlossen... Dann legten sie im ganzen Dorf Feuer... Das Dorf brannte den ganzen Tag, erst in der Nacht zogen die Mörder schließlich ab.« Ebenfalls in der Gegend von Brody trieben die ukrainischen SS-Leute im März 1944 2.000 polnische Bauern zusammen, um wenigstens 600 umzubringen. Die SS-Veteranen betrachten ihre Waffenbrüderschaft mit den Nazis als Dienst an der Ukraine, weil sie so in der Lage waren, Teile der Westukraine vom alten polnischen Feind zu »säubern«.

Das meint Bürgermeister Shpitzer mit der Rede von der Bewahrung ukrainischer Tradition durch die SS Galizien. Auch Reichsführer-SS Heinrich Himmler wußte dies, als er 1944 im deutschen Hauptquartier zu den Offizieren der SS Galizien sagte: »Ich weiß, daß ich mit meinem Befehl, die Polen zu liquidieren, Ihnen nur die Erlaubnis gäbe, etwas zu tun, worauf Sie ohnehin brennen.« War es nur eine Geschmacklosigkeit, daß die SS-Veteranen im August eine Messe für ihre Toten in Brody zelebrierten, ohne die polnischen Opfer der SS Galizien zu erwähnen? Daß ukrainische Priester am 15. August ein neues Denkmal für die SS Galizien segneten, mit einer Zeremonie, an der Tausende teilnahmen (das alte Denkmal von 1991 hatte die Sowjetarmee in den Monaten vor dem Putsch im August zerstört)?

Die überlebenden Polen wurden nach dem Krieg aus der Westukraine nach Polen gebracht, die Lwower Polen nach Wroclaw, wie Breslau nun hieß. Gegen die wenigen überlebenden Juden, die heute noch nicht emigriert sind, hat sich eine ganze Reihe antisemitischer Organisationen gebildet, die sich daran machen, die jüdische Gemeinde zu terrorisieren. Ultrarechte Zeitungen rufen offen zu Pogromen auf, Parlamentarier fordern vom Präsidenten, die Juden zu deportieren. Ein gemeinsames Anliegen der ultrarechten wie der gemäßigten Nationalisten war die leidenschaftliche Unterstützung des in Israel inhaftierten KZ-Wächters Iwan Demjanjuk. Im April demonstrierte eine Bande von 50 Antisemiten vor dem Jüdischen Kulturzentrum in Lwow und skandierte »Freiheit für Demjanjuk!« und »Juden raus!«. Über die weiteren Ereignisse gehen die Berichte auseinander; fest steht, daß die Polizei von Lwow sich trotz wiederholter Bitten weigerte, das Zentrum zu schützen. Einigen Quellen zufolge sollen die Antisemiten schließlich in das Zentrum eingedrungen sein und es verwüstet haben.

Welche Zielscheibe haben die ukrainischen Nationalisten heute? Oberst Roman Koftjuk benannte in seiner Rede auf der Konferenz in Lwow den Feind: »Wir in der Ukraine müssen für unsere Freiheit kämpfen. Wir müssen für die Rehabilitierung der wirklichen Helden in der ganzen Ukraine kämpfen und uns unsere Geschichte wieder aneignen. Und schließlich müssen wir den bolschewistischen Moskauer Abschaum aus unserem Land fegen!« Seine Bemerkung wurde von den SS-Veteranen mit vielen Minuten stürmischen Applauses, Hurrarufen und stehenden Ovationen quittiert.

Könnte es sein, daß die normale Nationalisten-Regel, Kollaborateure zu verdammen, genau deshalb gebrochen wird, weil die SS Galizien in der Naziarmee kämpfte, die Hunderttausende Juden, Kommunisten und Polen umbrachte? Die SS Galizien wird nicht trotz ihrer Taten gefeiert, sondern gerade wegen ihrer Taten. Zweimal in diesem Jahrhundert marschierten antisemitische, antikommunistische Armeen durch die Westukraine und wurden dabei von der ukrainischen möchtegern-herrschenden Klasse unterstützt, und zweimal wurden diese Armeen von der Roten Armee geschlagen. Der Kollaps der Sowjetunion gibt den alten Kämpen der SS Galizien das Gefühl, einen 75 Jahre dauernden Krieg gewonnen zu haben. Ihre Nachfolger sitzen nun in den führenden Positionen der ukrainischen Gesellschaft und haben begonnen, ihre Tradition wieder aufleben zu lassen.

Politische Traditionen entstehen nicht bei Tagträumen über einem Buch zur politischen Theorie. Osteuropa wechselt die Seite und wendet sich wieder der einzigen Alternative zu, die dort zum Sozialismus bestand. Die antisowjetischen Linken im Westen, für die die Sowjetunion nie mehr war als ein weiterer übler Ort auf der Welt oder als »Staatskapitalismus«, können zur Analyse ihres Zusammenbruchs konsequenterweise nicht viel beitragen. Ihre analytischen Fähigkeiten reichen von: »ein böses System existiert nicht mehr« bis »Osteuropa hat eine neue Form des Kapitalismus«. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa ist die Koalition wieder zu Einfluß gekommen, die die Unterstützung des

Volkes bei Pogromen im russischen Bürgerkrieg gewann, die später mit den Nazis kollaborierte und die nach dem Krieg im Westen Unterschlupf fand. In der Westukraine ist diese Koalition an der Macht. Sie hat ihre blutigen antisemitischen Helden in den neuen Schulbüchern plaziert, ihnen Denkmäler errichtet und die wichtigsten Straßen von Lwow nach ihnen benannt. Wundern sollte uns das allerdings nicht. Keine andere Tradition als diese hat der Westen in den letzten 45 Jahren unterstützt.

* »Am 26. Mai 1926 wurde Petlura von dem ukrainischen Juden Shalom Schwartzbard erschossen. Der Täter hatte 15 Familienangehörige verloren, die von den Truppen Petluras ermordet worden waren. Schwartzbard wurde verhaftet und 1927 in Paris vor Gericht gestellt. Die Gerichtsverhandlung, in der die Greueltaten der Petlura-Truppen von Zeugen geschildert wurden, verwandelte sich bald in eine Verhandlung über die Pogrome und deren Täter. Schwartzbard wurde am 27. Oktober freigesprochen.« (Simon Wiesenthal an Leonid Krawtschuk)

** Elliot Wells, ein Überlebender, schrieb über die ukrainischen Nationalisten unter der Führung von Stepan Bandera: Ihr Ziel »war zu beweisen, daß sie die absolute Mehrheit in diesem Gebiet stellten. Um die absolute Mehrheit zu werden, mußten sie die Polen loswerden. Die Bandera-Bande griff sich üblicherweise einen bekannten Polen, schnitt ihn in Stücke und stellte ihn an einem öffentlichen Platz aus, damit die anderen Polen ihn sähen und begriffen: Sie wollten die Polen zwingen, diesen Teil des Landes zu verlassen. Die Juden hatten vor der Bandera-Bande noch mehr Angst als vor der SS.«

John Goetz schrieb in KONKRET 6/93 über die Stasi-Akte »LaBelle«

Konkret 10/93, S. 13

Otto Köhler

Offener Brief

An den Präsidenten der General Motors Cooperation, Detroit/Michigan/USA, Herrn Jack Smith

Dear Mr. Smith,

Sie haben sich entschlossen, den Volkswagen-Konzern in Wolfsburg auf Schadensersatz zu verklagen. Auf »kriminellem Wege« seien, so sagt Ihr deutscher Opel-Vorstand Horst P. Borghs, General Motors Zehntausende von Daten entwendet worden, deren Wert in Millionen nicht zu fassen sei. Der neue VW-Einkaufschef José Ignacio López habe, als er noch in Ihren Diensten stand, »planmäßig internes Material« aus vielen Bereichen von General Motors gesammelt. Und Sie zeigen sich überrascht, daß nach dem López-Wechsel zu VW Ihr geheimstes Projekt, der Opel-Kleinwagen O-Car, ganz plötzlich bei VW, in einer neuen Fabrik der spanischen Heimatstadt von López, sein Pendant findet.

Sie, lieber Mr. Smith, wollten zunächst nicht glauben, daß bei VW tatsächlich Ihre geheimsten Unterlagen in die Computer eingegeben wurden. Sie wären weniger verblüfft gewesen, wenn Sie schon früher die Grundhaltung des Konzerns - von Porsche an - zu Fragen des Eigentums zur Kenntnis genommen hätten:

VW ist kein seriöser Partner. Seit fünfzig Jahren unterschlägt der Konzern Millionenbeträge, die mit Zins und Zinseszins inzwischen auf eine Milliardensumme angewachsen sein dürften. Es sind die Lohngelder für Tausende von Zwangsarbeitern, von denen sich ein großer Teil bei VW in den Tod schuften mußte.

VW - das »Kraft-durch-Freude«-Auto - war ein Traum Adolf Hitlers. Für 990 Mark sollten die deutschen Volksgenossen im eigenen Wagen über die deutschen Autobahnen fahren. Doch die Volkswagen rollten als Kübelwagen in den Krieg. VW wurde eine der wichtigsten Rüstungsschmieden in Hitlers Reich. VW produzierte Panzer für Hitlers Heer und Flugmotoren für Görings Luftwaffe. VW-Chef Ferdinand Piëch hat es nicht vergessen: Produktion und Marketing, sagt er heute, müssen zusammenarbeiten »ähnlich wie Luftwaffe und Heer«.

Ferdinand Porsche, der erste VW-Chef, der heute noch in Wolfsburg mit Straßennamen geehrt wird, der Großvater, auf den der Enkel Ferdinand Piëch so stolz ist, war ein Verbrecher. Oder wie sonst wollen wir einen Mann nennen, der zu Heinrich Himmler lief, um sich bei ihm Zwangsarbeiter zu besorgen? Jüdische KZ-Häftlinge wurden unter mörderischen Arbeitsbedingungen von VW zur Produktion der »Vergeltungswaffe« V1 gezwungen, mit der auch ihre in die Emigration nach England entkommenen Verwandten und Freunde beschossen wurden.

Daß sein Großvater kriminell war, dazu kann der Enkel nichts. Aber was macht er? »Ja, wir führen einen Wirtschaftskrieg«, sagt er. Er hat Ihnen den Krieg erklärt, von »Blut und Tränen« spricht er, vom »mörderischen Kampf«, von »Scharfschützen« wie Ignacio López, auf die er angewiesen sei. Und was hat er noch gesagt? »Es gibt Gewinner, und es gibt Verlierer. Ich habe die Absicht, der Gewinner zu sein.« Diese Absicht hatte schon mal einer. Es war ein Segen für die ganze Welt, daß er es nicht wurde. Sorgen Sie dafür, daß auch das Billig-Remake Piëch kein Sieger wird.

Er lügt nicht, wenn er sagt: »Wir von VW haben ein sauberes Gewissen.« Das hatten die schon immer. Als die Arbeiter und der Betriebsrat von VW die blutige Geschichte ihres Werkes erforschten und Wiedergutmachung für die Zwangsarbeiter verlangten, spendierte die Konzernspitze lächerliche zwölf Millionen als »überindividuelle Wiedergutmachung« für eine Jugendbegegnungsstätte in Polen. Von ihrem unterschlagenen Lohn haben die einstigen VW-Zwangsarbeiter bis heute keinen Pfennig gesehen.

Sie, lieber Mr. Smith, werden nicht glauben, daß ein Konzern, der sich Menschen zu Zwangsarbeit hielt und ihnen bis heute keinen Pfennig Lohn gab, Industriespionage als ernsthaftes Delikt betrachtet. Machen Sie Ihre Ankündigung wahr. Klagen Sie auf Schadensersatz. Bank-Analysten schätzen den Schaden, der Ihnen entstanden ist, auf 1,8 Milliarden Mark. Lassen Sie sich keinen Pfennig abhandeln. Nehmen Sie diesem Konzern weg, was immer Sie kriegen können. Sie müssen es ja nicht behalten. Geben Sie es den Menschen, denen es eigentlich gehört, den ehemaligen Zwangsarbeitern des Volkswagen-Konzerns und ihren Nachkommen. Beschämen Sie die deutsche Großindustrie, die bis heute ihre Zwangsarbeiter nicht entlohnt hat. Dafür dankt Ihnen schon heute

Ihr Otto Köhler

Deutsche Fassung eines Briefes, den der Historiker Otto Köhler Mitte September an den Präsidenten der General Motors Cooperation geschickt hat

Konkret 10/93, S. 14

Micha Brumlik

2 x Verrat = 1 x Frieden?
Der Friede der Erschöpften

Israel und die PLO haben Frieden geschlossen. Grund zu ungetrübter Freude? Eine Einschätzung von Micha Brumlik

Der Friedensschluß zwischen dem Staat der Juden, Israel, und den Repräsentanten des palästinensischen Volkes, der PLO, kam wie aus heiterem Himmel, unerwartet und plötzlich. Angesichts dieser Ereignisse scheinen nur noch überstrapazierte Spruchweisheiten wie Theodor Herzls »Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen« oder David Ben Gurions »Wer hier nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist« angemessen zu sein.

Gleichwohl: Der Begriff »Wunder« trifft die Sache – entkleidet man ihn seines religiösen Gehaltes – genau. Wenn wir unter einem »Wunder« das, was man zutiefst erhofft, aber nicht durch eigenes Handeln glaubt herbeiführen zu können, versteht, ist dieser Friede ein Wunder. So sehr ein großer Teil der jüdisch-israelischen Bevölkerung diese oder eine entsprechende Abmachung erhoffte, so wenig war selbst ihre Regierung darauf eingestellt, sie kurzfristig und zielstrebig zu erreichen.

Das Abkommen vom September 1993 erweist sich auf palästinensischer Seite als Ergebnis eines unerwünschten Lernprozesses, auf Seiten der Israeli hingegen als Nebeneffekt einer außenpolitischen Blockade. Ohne den Willen und die Verdienste der Akteure zu schmälern, gilt, daß Israel und die PLO gerade so in diesen Frieden geschliddert sind, wie man davon spricht, daß Nationen törichterweise in Kriege taumeln.

Der Friede zwischen Israel und der PLO ist ein Friede der Erschöpften. In seinen materialen Teilen enthält das jetzt geschlossene Abkommen nichts, was nicht schon in den 1978 zwischen Begin, Sadat und Carter geführten Verhandlungen von Camp David möglich gewesen wäre, ja sogar weniger als das. Revolutionär und von historischer Bedeutung ist hingegen die förmliche wechselseitige Anerkennung Israels und der PLO sowie Arafats Gewaltverzicht. Beides ist weder die Frucht freien Willens oder theoretisch gewonnener Erkenntnis, sondern das Ergebnis eines durch unwägbare Ereignisse erzwungenen Lernprozesses. Mögen sich auch zwei weltgeschichtliche Ereignisse in anderen Hinsichten und Regionen als Katastrophen darstellen, für den Frieden zwischen Israel und Palästina waren sie unabdingbare, notwendige Voraussetzungen: das Ende der Sowjetunion und der Zweite Golfkrieg!

Ungewollte Lernprozesse

Die Friedensunfähigkeit der Palästinenser im Jahre 1978, als sogar Menachem Begin bereit war, sie gegen einen förmlichen Gewaltverzicht anzuerkennen, hatte einen im Rückblick klar benennbaren Grund: die Existenz der Sowjetunion, des Kalten Krieges und damit einer bipolaren Welt. 1978 hatte die noch von den arabischen Ölstaaten und teilweise von Syrien unterstützte PLO kein Motiv, ihreTräume von einem laizistischen Gesamtpalästina auf dem Boden Israels und der Westbank, zugunsten dessen, was heute als Frieden, damals hingegen bisweilen als Einrichtung von »Palästinustans« (die Selbstverwaltung) galt, aufzugeben. Die Hoffnung der PLO, durch militärische Nadelstiche und terroristische Aktionen vom Libanon aus eine Atmosphäre der Instabilität und damit stärkeren Druck der Großmächte auf Israel zu provozieren, zerschlug sich durch Israels brutalen Einmarsch in den südlichen Libanon im Jahre 1982. Der Einmarsch, in militärischer Hinsicht ebenso überflüssig wie der letzte Schlag des Staates Israel gegen die libanesische Hisbollah im Frühsommer dieses Jahres, provozierte in Israel einen nie gekannten Massenprotest, bei dem 400.000 Menschen, mehr als zehn Prozent der gesamten Bevölkerung, auf die Straße gingen. Das von Israel geduldete Massaker maronitischer Christen an palästinensischen Flüchtlingen in Sabra und Schatila brachte zudem eine »aktivistische« Außenpolitik in Mißkredit und etablierte auf Dauer in Israel ein nichtpazifistisches Friedenslager, das bis weit hinein in die sozialdemokratische Arbeitspartei reichte. Der erzwungene Abzug der PLO aus Beirut, der ständige Druck von israelischem Geheimdienst und Armee auf jene Palästinenser, die sich des Terrors bedienten, und der allmähliche Niedergang der Sowjetunion ließen in der PLO jene Kräfte die Überhand gewinnen, die den bewaffneten Kampf als Sackgasse ansahen.

Tatsächlich zerfiel das palästinensische Volk und damit seine Repräsentanten in drei Teile: die verelendeten Flüchtlingsmassen in den Lagern des Libanons und des Gazastreifens, die von der israelischen Siedlungspolitik massiv bedrängte, bäuerliche und proletarische Bevölkerung der Westbank sowie die in Kuweit und Saudi Arabien zu Ansehen und Wohlstand gekommene, akademisch gebildete und in freien Berufen wirkende Emigration. Die Sowjetunion diente den radikalen, auf bewaffneten Kampf setzenden Gruppen indes nicht nur als machtpolitischer Rückhalt, sondern zugleich als ideologische Basis. Verbal ließ sich so immer noch eine soziale Revolution beschwören, eine Revolution, die unter den verzweifelten Insassen der Flüchtlingslager immer wieder ihre Anhänger fand.

Gleichwohl: In den politischen Gremien überwog die Emigration, seit Ausbruch der Intifada im Jahre 1987 gewannen die politischen Führungskräfte der Westbank, des Gazastreifens und des von Israel annektierten Ostteils Jerusalems an Einfluß. Ihnen ging es, anders als den Flüchtlingen, nicht um eine – wenn überhaupt – nur langfristig zu denkende Rückkehr an Israels Mittelmeerküste, sondern um einen kurzfristigen Stop der immer weiter ausufernden israelischen Siedlungstätigkeit.

Als der 19. Palästinensische Nationalrat im November 1988 in Algier die UN-Resolution 242 als Grundlage einer Friedenskonferenz akzeptierte, eine Resolution, die »die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates« im Nahen Osten beglaubigte, war seitens der PLO ein Kurswechsel, eine prinzipielle Anerkennungsbereitschaft eingeleitet, die jedoch im vom rechten Likud regierten Israel auf keine Resonanz stoßen konnte. Im Unterschied zum israelischen Friedenslager war die rechtsextremistische Regierung Schamir nicht auf Anerkennung aus, im Gegenteil: Ihrem vom Trauma des Holocaust und von ideologischen Großisraelvorstellungen geprägten Denken kam alles darauf an, sich von den Palästinensern nicht anerkennen zu lassen. Jizchak Schamir und seine auf das biblische »Land Israel« setzenden, jede Siedlung unterstützenden politischen Bundesgenossen waren sich der Dialektik der Anerkennung nur zu bewußt. Wer sich anerkennen läßt, hat damit zugleich den, der anerkennt, selber anerkannt. Eine israelische Regierung, die sich von den Palästinensern anerkennen ließe, hätte damit zu erkennen gegeben, daß Israels Existenz in irgendeiner Weise vom Willen des palästinensischen Volkes abhängig wäre. Für die israelische Rechte jedoch gab und gibt es keine Palästinenser, sondern nur die »Araber des Landes Israel«.

Der Abbruch der US-amerikanischen Beziehungen zur PLO im Jahr 1990 trieb die Palästinenser nach der verloren gegangenen, ohnehin stets illusorischen Option des revolutionären Volkskrieges dem islamischen Fundamentalismus und dem panarabischen Nationalismus zu. Während die ursprünglich von Israel gegen die PLO unterstützte Hamas-Bewegung in den besetzten Gebieten immer stärker wurde, neigte sich die laizistische PLO-Führung dem Panarabismus Saddam Husseins zu.

Als der Irak im Spätsommer 1990 Kuweit überfiel, schlug die politisch frustrierte PLO konsequent den Weg in die nächste Sackgasse ein. Ohne einzusehen, daß der Irak mit seiner Auslöschung eines kleinen Nationalstaats demonstrierte, daß Annexionen wie etwa die der Westbank durch Israel rechtens sind, und ohne zu bemerken, daß sich die politisch-militärischen Gewichte verlagert hatten und sogar Syrien in das Lager des Westens übergegangen war, setzte Arafat auf den Panarabismus und fand sich so, nach dem Zweiten Golfkrieg, auf der Seite der Verlierer wieder – finanziell ruiniert und politisch isoliert.

Die israelische Erfahrung jedoch, gezwungenermaßen wehrlos den Bombardements der Scud-Raketen ausgesetzt zu sein, die wachsenden sozialen Probleme durch eine damals noch starke Zuwanderung russischer Juden, die auf den leergefegten Arbeitsmarkt drängten und die sozialpolitische Integrationskraft des Einwanderungslandes erheblich belasteten, führten im vergangenen Jahr zur Ablösung der Regierung Schamir. Die noch von George Bush initiierten offiziellen Gespräche in Madrid und Washington zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, die immerhin eine palästinensische Delegation auf der Westbank als Verhandlungspartner zuließen, verliefen im Sande. Gleichzeitig zwangen der Zulauf zu den islamischen Fundamentalisten und die gewalttätigen Anschläge einzelner Araber auf jüdische Zivilisten im israelischen Kernland die Regierung Rabin vor knapp einem Jahr, aus Sicherheitsgründen und als Demonstration sicherheitspolitischer Solidität die Westbank und den Gaza-Streifen abzuriegeln. Die Intifada, der tägliche, wöchentliche von israelischen Soldaten verursachte Tod protestierender palästinensischer Jugendlicher, die offensichtliche Unregierbarkeit des Hexenkessels von Gaza, hatten in Israel schon vor Jahren zu Diskussionen über einen bedingungslosen Rückzug aus diesem Gebiet geführt. Das Abriegeln der Westbank verdeutlichte nicht nur den Israelis, daß das Westjordanland aller expansionistischen Rhetorik und allen Siedlungen zum Trotz kein Teil Israels werden könne, sondern ruinierte zudem dessen ganz und gar mit Israel verflochtene Ökonomie. Endlich ließ der Sieg Bill Clintons, der im Gegensatz zu Bush und Baker eine erklärt proisraelische Außenpolitik vertrat, unter den Palästinensern auch die letzte Hoffnung, die Hoffnung auf ein US-amerikanisches Diktat gegenüber Israel schwinden.

Nachdem so alle anderen Optionen entfallen waren und der Washingtoner Friedensprozeß sich in prozeduralen Fragen bzw. dem Ausloten von Spielräumen zumal zwischen Syrien und Israel festfuhr, sich über Jerusalem und den Golan keine Einigung erzielen ließ und der Druck der USA auf Israel weggefallen war, erhielten endlich grundsätzlich denkende politische Theoretiker ihre Chance. Es waren der stellvertretende israelische Außenminister Jossi Beilin und Arafats Berater Nabil Schaath, die die Lösung des Konflikts seit mehr als zehn Jahren nicht in grenz- und verwaltungsbezogenen Einzelheiten, sondern in der prinzipiellen Frage der wechselseitigen Anerkennung sahen. Daß die entscheidenden Gespräche dann in einem Friedensforschungsinstitut in Norwegen stattfanden, war wirklich ein Zufall: Derartige zunächst inoffizielle Gespräche zwischen Palästinensern und Vertretern des israelischen Friedenslagers fanden seit gut zwanzig Jahren häufig statt – im kommunistischen Rumänien, in Deutschland, in Frankreich und den USA. Erfolg konnten sie erst in dem Augenblick zeitigen, in dem Israeli und Palästinenser einsehen mußten, daß alle anderen Möglichkeiten, ihren Konflikt zu lösen oder zu gewinnen, vertan waren; daß sie sich einigen mußten, wenn sie nicht der fundamentalistischen Ideologie des politischen Islam das Feld überlassen wollten.

Neben vielem anderen stellt die gegenseitige Anerkennung Israels und der PLO eine die ganze arabischsprachige und islamische Welt betreffende Niederlage des Fundamentalismus dar.

Erschöpfung und Utopie

Bei aller nüchternen Haltung und detaillierten Ursachenforschung, die die Geschichtsschreibung in den nächsten Jahrzehnten noch akribisch betreiben wird, ist es unumgänglich, auf die wahrhaft erstaunliche Lösung eines Konflikts hinzuweisen, den als unlösbar anzusehen wir uns gewöhnt haben. Der Sprung zwischen Golda Meirs Behauptung aus dem Jahr 1967, daß es keine Palästinenser gebe, bis zu Jizchak Rabins förmlicher Anerkennung der PLO im Jahr 1993, der Schritt von Ahmed Schukeiris 1947 ausgestoßener Drohung, die Juden ins Meer zu treiben, bis zu Arafats eigenhändig unterschriebenem Gewaltverzicht könnte größer nicht sein. Rabin, Arafat und Peres sind heute alte Männer – Männer, die seit mehr als fünfzig Jahren Krieg um Krieg, Niederlage um Niederlage hinzunehmen, Rückschlag um Rückschlag, Resignation um Resignation erfahren hatten.

Man hat sich angewöhnt, das Streben nach Frieden und Glück alleine der Jugend zuzuschrieben – alte Menschen, die ihr Leben schon hinter sich haben, hätten an der Zukunft kein vitales Interesse mehr. Es ist an der Zeit, derartige vulgärpsychologische Erwägungen ad acta zu legen. Nach einem langen kämpferischen Leben konnte aus dem Scheitern – wie bei Yassir Arafat – Einsicht erwachsen, während die Perspektive einer Zukunft, die von endlosen Kriegen und Konflikten geprägt ist, auch den militärisch Stärkeren – Israels Regierung – zur Aufgabe bornierten Sicherheitsdenkens und irrationaler Angst zu bringen vermochte. Politische Vernunft ist keine Frage des Alters.

Wohl hat sich einmal mehr gezeigt, daß jeder Versuch, sogenannte »ethnische« Konflikte gewaltsam zu »lösen«, in aller Regel fehlschlagen wird. Israeli und Palästinenser benötigten mindestens fünfzig, wenn nicht gar hundert Jahre, dieser Einsicht teilhaftig zu werden. Wir dürfen jedoch kaum annehmen, daß die politischen Führer der neuen »Ethnien« Mittel- und Osteuropas diese Lehre beherzigen. Sie werden mit der gleichen Beharrlichkeit ihre unversöhnlichen Feindschaften pflegen, mit der Israeli und Araber fünf Kriege geführt haben. Aus der Geschichte, so zeigt sich einmal mehr, ist wenig zu lernen.

Glücklich all jene, die – wie Israeli und Palästinenser – die heroische Phase ihrer Gesellschaften hinter sich gebracht haben.

Micha Brumlik schrieb in KONKRET 12/91 über die Madrider Nahost-Konferenz

Konkret 10/93, S. 16

Abdalla Frangi, Beate Hinrichs

2 x Verrat = 1 x Frieden?
»Die einzige Alternative«

Israel und die PLO haben Frieden geschlossen. Grund zu ungetrübter Freude? Ein Gespräch mit dem offiziellen PLO-Vertreter in Bonn, Abdalla Frangi

Die PLO hat mit Israel eine Vereinbarung ausgehandelt, nach der Jericho und der Gazastreifen unter palästinensische Autonomie kommen sollen. In der Charta der PLO steht aber, daß Palästina im bewaffneten Kampf befreit werden soll. Ist dieses Abkommen eine historische Bankrotterklärung der PLO?

Frangi: Wir leben in einer Welt, in der eine große Veränderung seit dem Zerfall der sozialistischen Länder und seit der deutschen Wiedervereinigung stattgefunden hat. Und wir als PLO sind nicht ausgeschlossen von dieser Entwicklung. Wir haben festgestellt, daß wir mit militärischen Mitteln das Palästina-Problem nicht lösen können. Die Israelis haben auch festgestellt, daß sie den Frieden mit militärischen Mitteln nicht erreichen können, so daß wir beide zu dem Ergebnis gekommen sind, daß die einzige Alternative ist, miteinander zu leben. Es ist sehr schwierig, dieses Zusammenleben zu gestalten, und dieses Abkommen über Gaza und Jericho ist der Versuch, der erste Schritt eben, begrenzte Autonomie zu bekommen. Wir haben vor, diese begrenzte Autonomie in den kommenden Jahren auf das Selbstbestimmungsrecht für die ganze Westbank, Ostjerusalem und den Gazastreifen auszudehnen und sie in einen palästinensischen Staat umzuwandeln. Wir wollen mit den Nachbarn, den Israelis und Jordaniern, auch die Zukunft dieser Region neu gestalten.

Natürlich ist das sehr kompliziert. Die hundertjährige Konfrontation durch Kriege und den Haß, den wir gegeneinander hatten, kann man nicht von heute auf morgen beseitigen, und daher ist dieser Schritt ein historischer Durchbruch. Übrigens ist es das erste Mal in der Geschichte der israelisch-palästinensischen Konfrontation, daß die Israelis uns anerkennen, daß sie sagen, hier sind Palästinenser, das palästinensische Volk, und mit denen verhandeln wir. Sie geben uns zwar nicht das hundertprozentige Selbstbestimmungsrecht, aber diese Selbstverwaltung ist der erste Schritt. Und die Anerkennung der PLO, die jetzt stattgefunden hat, ist eigentlich ebenfalls ein gewaltiger Schritt, bei dem die Israelis auch in der Substanz nachgegeben haben.

Der Gazastreifen hat eine extrem hohe Bevölkerungsdichte und große soziale und wirtschaftliche Probleme. Jericho ist eine eher unbedeutende Stadt in der besetzten Westbank, wo die Intifada nie eine Hochburg hatte wie in anderen Städten. Ist es nicht ein unangemessenes Zugeständnis, mit diesen Gebietsstücken anzufangen, die Israel sehr leicht hergeben kann und will?

Wir haben versucht, 22 Monate lang durch die Nahostverhandlungen unser Ziel zu erreichen, das heißt die Bildung eines palästinensischen Staates in der Westbank und dem Gazastreifen. Das ist uns nicht gelungen. Dann haben wir durch die geheimen Gespräche, die wir geführt haben, festgestellt, daß vorläufig die einzige Möglichkeit ist, uns mit diesen kleinen Schritten zu begnügen. Aber wir haben auch nicht vor, bei Jericho und Gaza zu bleiben. Wir werden niemals akzeptieren, daß das die endgültige Lösung sein soll. Im Gazastreifen haben wir natürlich viele Probleme, wir haben etwa 800.000 Menschen, die auf 385 Quadratkilometern leben. Aber wenn wir dort in Frieden leben, wenn wir unsere Kraft in den wirtschaftlichen Bereich investieren und uns darauf konzentrieren können, dann besteht die Möglichkeit, daß wir diese neugewonnenen Kapazitäten im Aufbau einsetzen und ausnützen. Diese Möglichkeiten sind schließlich da. Das, was bisher fehlt, ist Geld. Wir haben versucht, diejenigen Staaten, die in der Lage sind, uns zu helfen, jetzt anzusprechen. Wir brauchen, um die Probleme im Gazastreifen zu lösen, insgesamt zwei Milliarden Dollar für jedes der kommenden drei Jahre. Wir hoffen, daß die Europäische Gemeinschaft, die USA und die arabischen Golfstaaten diese kleine Summe aufbringen können. Die Summe ist klein verglichen mit dem, was diese Staaten in den militärischen Bereich investieren.

Nayef Hawatmeh von der DFLP, der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas, also einer PLO-Fraktion, hat behauptet, daß die USA, die Europäische Gemeinschaft, Saudi-Arabien und Japan der PLO zwischen 700 Millionen und einer Milliarde Dollar für Zugeständnisse bei der Nahostkonferenz geboten haben. Heißt das, daß die PLO sich hat kaufen lassen?

Wir haben bei uns Palästinenser, die in der Opposition sind, und das ist sehr verständlich. Wie in jeder Partei versucht diese Opposition, ihre Haltung zu rechtfertigen. Ich verstehe, daß sie gegen das Gaza-Jericho-Abkommen sind, ich akzeptiere das. Sie versuchen auch, sich mit diesen Argumenten selber zu überzeugen. Ich glaube aber, daß sie auf der anderen Seite wissen, daß wir nicht käuflich sind und daß wir diesen Schritt nicht gemacht haben, um Geld zu bekommen.

Und doch ist die PLO pleite. Man sagt, die Organisation habe bis zu 125 Millionen Dollar Schulden. Das heißt, Geld brauchen Sie auf jeden Fall.

Es ist wahr, daß wir in einer Finanzkrise stecken und daß wir wenig Geld haben. Aber mit Sicherheit ist das nicht der Grund, daß wir jetzt diesen Schritt gemacht und dieses Abkommen ausgehandelt haben. Der Grund ist eben, daß wir

festgestellt haben, daß die Infrastruktur im Gazastreifen und in der Westbank total kaputt ist. Wir haben mit militärischen Mitteln in den vergangenen 30 Jahren nicht viel erreicht, und wir haben auch mit dem Aufstand in den besetzten Gebieten, auf den wir sehr stolz sind, die Dinge nicht ändern können.

Im Gazastreifen hat die fundamentalistische Hamas-Bewegung eine Hochburg. Bis zu 40 Prozent der Bewohner dort sollen Hamas-Anhänger sein. Sehen Sie da nicht die Gefahr, daß gerade dort die Beschlüsse und die Entscheidungen der PLO von der Bevölkerung nicht akzeptiert werden?

Hamas ist inzwischen eine starke Bewegung geworden, vor allem im Gazastreifen. Die sind stärker als die Volksfront, die PFLP, und die DFLP, die Demokratische Front. Im Gazastreifen stellen sie inzwischen die zweite Kraft nach Al Fatah, der größten PLO-Fraktion. Aber es stimmt nicht, daß sie 40 Prozent der Bewohner als Anhänger haben. Sie bewegen sich um die 30 Prozent. Und sie sind der Fatah gegenüber organisatorisch unterlegen. Wir haben zehn Jahre im Untergrund gekämpft und dann nochmal dreißig Jahre. Diese Erfahrung hat Hamas nicht. Auch die Zahl der Kader, die in der PLO ausgebildet worden sind, hat Hamas nicht. Die Gefangenen, die aus dem Gefängnis herauskommen werden und zu Hamas gehören, machen vielleicht ein Prozent aus verglichen mit den inhaftierten Al Fatah-Anhängern. In allen Lebensbereichen hat Al Fatah so viele Institutionen, daß man sagen kann, daß Hamas im Gazastreifen auf keinen Fall die Macht übernehmen wird. Hamas wird nicht einmal die Macht sein, die dort die Entwicklung aufhalten kann. Aber natürlich, das betone ich, müssen wir auch Hamas kontaktieren. Wir müssen einen Dialog mit Hamas führen...

...den es noch nicht gibt?

Doch, wir haben vor zwei Monaten in Kartoum Gespräche mit ihnen geführt, und wir haben in den besetzten Gebieten unsere Leute aufgefordert, jede Provokation gegenüber Hamas zu vermeiden und den Dialog fortzuführen, egal wie schwer das ist. Ich verstehe, daß Hamas auch Angst vor dieser neuen Entwicklung hat, vor allem vor der Tatsache, daß vor diesem Abkommen kein Gespräch stattfand. Sie haben das Gefühl, daß sie von diesem Prozeß ausgeschlossen sind und daß sie später einmal darauf keinen Einfluß haben oder daß wir später einen Polizeistaat einrichten, der Hamas mit Gewalt zur Räson bringen soll. Das alles werden wir vermeiden. Wir müssen darauf achten, daß wir die palästinensische Demokratie weiter entwickeln. Die einzige Chance gegenüber der israelischen Demokratie und der israelischen Gesellschaft ist für uns eben eine palästinensische Demokratie. Wir können im Gazastreifen und in der Westbank kein Ein-Mann-Regime oder Ein-Partei-System schaffen.

Sie wollen einen demokratischen palästinensischen Staat schaffen. Es gibt aber auch immer lautere Rufe nach einer Demokratisierung innerhalb der PLO. Nach einer Umfrage in Gaza und der Westbank sind 88 Prozent der Menschen dort der Meinung, es müßten demokratische Reformen durchgeführt werden. Drei Mitglieder der palästinensischen Delegation auf der Nahostkonferenz haben Anfang August mit Rücktritt gedroht, weil sie nicht mehr nur »Briefträger« zwischen Tunis und Washington sein wollten. Und es sind hohe PLO-Funktionäre zurückgetreten. Gibt es inzwischen Schritte zu einer solchen Demokratisierung innerhalb der PLO?

Die Tatsache, daß die Leute zurückgetreten sind und daß man darüber redet, und die Tatsache, daß Palästinenser innerhalb und außerhalb der PLO darüber debattieren, sind ein Beweis dafür, daß wir in diesem Prozeß der Erneuerung innerhalb der PLO bereits leben. Die PLO besteht seit 1964, das heißt seit fast 30 Jahren. Wir führen sie seit 1968 als Al Fatah. Wir haben in diesen Jahren viele Konfrontationen überlebt, militärische und politische, wir haben Stationen hinter uns gebracht von Amman bis Beirut und Tunis, und das hat die Infrastruktur der PLO in viele Institutionen zersprengt. Die Distanz, die dadurch entstanden ist, daß wir in Tunis leben, diese Distanz zwischen uns und unserem Volk, hat dazu auch einen negativen Beitrag geleistet. Ich gebe zu, daß wir, wenn wir jetzt eine palästinensische Demokratie in den besetzten Gebieten aufbauen, auch die veralteten Strukturen innerhalb der PLO durch einen demokratischen Prozeß zersprengen müssen.

Alle diese Probleme müssen wir ansprechen und über sie debattieren, um etwas zu verbessern. Im übrigen sollte man nicht von der PLO als solcher sprechen, sondern nur von den Organisationen innerhalb der PLO. Das heißt, der Demokratisierungsprozeß ist in Al Fatah als Organisation notwendig, der Demokratisierungsprozeß ist in der Demokratischen Front notwendig, in der Volksfront, in allen diesen Organisationen. Sie müssen die Entwicklung zur Kenntnis nehmen und versuchen, auch ihre Strukturen zu erneuern. Nur wenn wir in allen diesen Organisationen den Demokratisierungsprozeß wagen, besteht die Möglichkeit, das Gesamtgebäude der PLO so zu renovieren, daß wir auch mit dem, was wir nun aufbauen, Schritt halten können. Es gibt von einigen unserer Organisationen häufig den Versuch, vor der Verantwortung wegzulaufen, wenn und indem sie die PLO kritisieren. Das geht nicht.

Die PLO sitzt – notgedrungen – in Tunis. Haben Sie in den besetzten Gebieten überhaupt noch eine ausreichende Basis, oder hat die nicht mittlerweile die Führung der Intifada übernommen?

Die Führung der Intifada ist nicht von uns getrennt. Die Führung der Intifada ist innerhalb der Strukturen der PLO entstanden...

... aber aus eigenem Antrieb, aus den besetzten Gebieten, gewissermaßen von unten...

... das war die Fortsetzung dessen, was wir im Libanon gemacht haben, und die Fortsetzung von dem, was wir in Jordanien gemacht haben. Man kann den Kampf der Palästinenser nicht auseinanderdividieren. Die Kämpfe der Palästinenser im Libanon haben ihre Wirkung auf die besetzten Gebiete gehabt. Da gab es drei Stufen: Die erste Stufe war Jordanien. Die Struktur der PLO wurde damals durch den Bruderkampf zerschlagen. Dann sind wir in den Libanon ausgewichen; es gab viele Kämpfe mit den libanesischen Kräften und mit Syrien sowie den Versuch Israels, uns rauszuschmeißen. Aber das alles war nicht isoliert von der Entwicklung der Palästinenser in den besetzten Gebieten. Das war im Grunde genommen die Vorbereitung für den Aufstand dort. Allerdings hat die Führung innerhalb der PLO in den ersten Tagen nicht damit gerechnet, daß der Aufstand so lange anhalten und diese Wirkung haben würde. Das gebe ich ehrlicherweise zu, aber das bedeutet nicht, daß wir keinen Kontakt und keine organisatorische Beziehung zu unseren Leuten in den besetzten Gebieten hatten.

Sie haben dieses Abkommen mit Israel in geheimen Verhandlungen ausgehandelt, vorbei an den anderen arabischen Staaten. Bestand da nicht die große Gefahr, daß die PLO noch weiter isoliert werden würde, als das eh schon der Fall ist, und dann allein dagestanden hätte?

Das Abkommen war nicht nur gegenüber den arabischen Staaten, sondern auch gegenüber dem Rest der PLO-Führung geheimgehalten worden. Es gab nur drei, vier Leute, die davon gewußt haben. Und trotzdem: Innerhalb der palästinensischen Kreise versuchen wir, die Leute zu überzeugen, daß dieses Abkommen nicht gegen sie gerichtet ist. Und das gleiche machen wir mit den arabischen Staaten. König Hussein von Jordanien war am Anfang enttäuscht, aber dann hat er eine Pressekonferenz gegeben, auf der er seine Zustimmung deutlich gezeigt hat. Der syrische Präsident Assad hat jetzt Arafat empfangen. Die Tatsache, daß er das getan hat, zeigt, daß er nicht strikt dagegen ist. Wir müssen einfach dafür kämpfen, daß die arabische Welt diesen Schritt im richtigen Rahmen sieht. Das heißt, er ist nicht gegen die Interessen der arabischen Staaten gerichtet, sondern ein Schritt, um mit unseren bescheidenen Mitteln den Frieden zu erreichen. Ich hoffe, daß wir da Glück haben. Und wenn wir es schaffen, dann kann auch die arabische Welt davon profitieren.

Mit Abdalla Frangi sprach Beate Hinrichs. Sie ist Mitarbeiterin des Rheinischen Journalist/inn/enbüros

Konkret 10/93, S. 20

Michael Hahn

Standort USA

Opferbereitschaft für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der US-Ökonomie verlangt die Clinton-Regierung von der US-Bevölkerung und rüstet für weitere internationale Militäreinsätze

»Ich will die wesentliche Kontinuität in der amerikanischen Außenpolitik bekräftigen. Amerikanische Administrationen mögen sich ändern, aber Amerikas fundamentale Interessen bleiben gleich.«
Bill Clinton nach seinem Wahlsieg im November 1992

»Change« war das Zauberwort, mit dem der 46jährige Bill Clinton bei den US-Präsidentschaftswahlen im vergangenen November den 67jährigen Amtsinhaber George Bush besiegte. Mit seinem jugendlichen Wahlkampfstil und dem Motto »Putting People First« hatte der demokratische Herausforderer trotz eines konservativen Programms große Hoffnungen auf einen politischen Neuanfang und auf eine wirksame Bekämpfung der hartnäckigen Wirtschaftskrise geweckt (s. KONKRET 10/92). Auch viele US-amerikanische Linke waren zunächst bereit (»let's give Bill a chance«), Clinton erst einmal zu glauben, daß er mit der reaktionären Politik der Republikaner Reagan und Bush brechen werde.

Tatsächlich setzte der neue Präsident bereits in den ersten Tagen nach seiner Amtseinführung, bei der neben den traditionellen Marschkapellen auch Hip-Hop-Musiker und Bob Dylan aufgetreten waren, mehrere fortschrittliche Gesetze und Anordnungen in Kraft, die sein konservativer Vorgänger jahrelang blockiert hatte. Clinton unterzeichnete ein Gesetz über (unbezahlten) Mutterschutz und »Familienurlaub« bei der Erkrankung eines engen Verwandten. Er hob die sogenannte »Knebel-Regelung« auf, mit der die Bush-Administration staatlich geförderten Schwangerschafts-Beratungsstellen untersagt hatte, das Wort »Abtreibung« auch nur zu erwähnen, geschweige denn Patientinnen an Abtreibungskliniken zu überweisen. Und der neue Präsident kündigte an, daß Schwule und Lesben im US-Militär nicht länger diskriminiert werden sollten – ein spürbarer politischer Klimawechsel im Weißen Haus, in dem unter Reagan und Bush noch die Wortführer der christlich-fundamentalistischen Rechten ein- und ausgegangen waren.

Auch die Zusammensetzung von Clintons Regierungskabinett schien einen Kurswechsel zu signalisieren: Nie zuvor in der US-Geschichte waren so viele Frauen, Schwarze und Latinos zu hohen Regierungsämtern ernannt worden. Nach zwölf Jahren rassistischer Ausgrenzung und Polarisierung durch republikanische Administrationen hatte der neue Präsident versprochen, ein Kabinett zusammenzustellen, »that looks like America«. War das Aussehen der neuen Regierung noch darauf angelegt, die demokratische Wählerbasis in den Frauen- und Bürgerrechts-Bewegungen zufriedenzustellen, so garantierte die soziale Herkunft der Kabinettsmitglieder jedoch die Zustimmung der (alles andere als demokratisch legitimierten) Machtbasis an der Wall Street: Nie zuvor in der US-Geschichte waren so viele Millionäre zu hohen Regierungsämtern ernannt worden. Statt sechs oder sieben (wie unter Reagan und Bush) verfügen nun mindestens zehn Kabinettsmitglieder über Millionenguthaben. Einige Beispiele:

· Robert Rubin, Clintons wirtschaftspolitischer Chef-Berater, heimste 1992 als Vorsitzender der New Yorker Spekulations- und Investment-Firma Goldman, Sachs & Co. ein Jahreseinkommen von satten 26,5 Millionen Dollar ein.

· Den neuen Finanzminister Lloyd Bentsen, ebenfalls Millionär und zuvor Senator aus Texas, bezeichnete die »Washington Post« als »die Erfüllung eines Traums« für viele US-Kapitalisten. Der Demokrat Bentsen boxte 1986 Reagans kapitalfreundliche Steuerreform durch den US-Senat. Nach Bentsens Berufung ins Finanzministerium freute sich der Präsident des American Petroleum Institute: »(Bentsen) ist ein großartiger amerikanischer Staatsmann. Unser einziger Wunsch ist, daß er geklont werden könnte. Die meisten Firmen werden diese Meinung teilen, nicht nur die Ölkonzerne.«

· Der neue Handelsminister Ronald Brown, das ranghöchste Kabinettsmitglied mit schwarzer Hautfarbe, hat sein Millionenvermögen u.a. als Rechtsanwalt für die Familie des früheren haitianischen Diktators Duvalier »verdient«.

· Hazel O'Leary, die erste Frau an der Spitze des Energieministeriums, setzte als Präsidentin eines privaten Stromversorgungsunternehmens durch, daß ihre Firma hochradioaktive Abfälle auf einer Insel im Mississippi in unmittelbarer Nähe zu einem Reservat der Dakotaindianer lagern darf – gegen den erbitterten Widerstand von indianischen, kirchlichen, gewerkschaftlichen und Umweltschutz-Gruppen.

· Der neue CIA-Direktor James Woolsey hatte bis zu seiner Ernennung einen lukrativen Vorstandsposten bei Martin Marietta, dem mittlerweile größten US-Rüstungskonzern. Der Aktienkurs der Firma, die sich u.a. auf Militärelektronik spezialisiert, ist seit Clintons Wahl (und Woolseys Wechsel zum CIA) um fast 50 Prozent gestiegen.

Von Ministern und Ministerinnen solcher Kragenweite war kaum zu erwarten, daß sie – über progressive Symbolik hinaus – ernsthaft mit der kapitalfreundlichen Klassenkampfpolitik der vorangegangenen Administrationen brechen und spürbare Reformen einleiten würden. Allerdings hatte Clinton im letztjährigen Wahlkampf – mit lautstarker und parteispendenfreudiger Unterstützung aus Unternehmerverbänden und Wall Street – den konservativen Kurs der

Republikaner noch scharf kritisiert und umfangreiche öffentliche Investitionen zur Ankurbelung der Konjunktur versprochen. Die katastrophalen ökonomischen Auswirkungen der Reaganomics waren nicht länger zu übersehen: Der rücksichtslose Sozialabbau unter Reagan und Bush, kombiniert mit einem ungehemmten Hochrüstungs- und Deregulierungsprogramm, hatte zwar zur Brechung der Gewerkschaften, zu Rekord-Profiten und schwindelerregenden Spekulationsgewinnen geführt, aber auch zu einer galoppierenden Staatsverschuldung und zu einem rasanten Verfall der zivilen Infrastruktur (u.a. im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen).

Unter Reagan und Bush wurden strategisch wichtige Branchen (u.a. Luft- und Raumfahrt, Computer und Telekommunikation) mithilfe des aufgeblähten Rüstungshaushalts staatlich gefördert. Dazu war eine riesige öffentliche Verschuldung erforderlich. Seit dem Wegfall des sowjetischen »Reich des Bösen« stößt dieses massive militär-keynesianistische Subventionsprogramm nun auf immer weniger Gegenliebe in der Bevölkerung. Clinton sollte den schrittweisen Übergang vom Rüstungskeynesianismus zu einer zivilen Industrie- und Technologiepolitik einleiten. Dementsprechend versprach der demokratische Kandidat öffentliche Investitionen in Höhe von bis zu 50 Milliarden Dollar für Infrastrukturmaßnahmen (Straßenbau, öffentlicher Nahverkehr, Kläranlagen, Forschung und Entwicklung) und zur Armutsbekämpfung. Einmal ins Weiße Haus gelangt, ließ Clinton von solchen Ankündigungen jedoch nicht mehr viel übrig. Als er im April sein großartig angekündigtes »stimulus package« zur Ankurbelung der schleppenden Konjunktur vorlegte, war das Paket auf magere 16 Milliarden Dollar zusammengeschrumpft.

Selbst das ging der republikanischen Opposition im US-Senat noch zu weit: Das Konjunkturprogramm werde die Staatsverschuldung nur weiter erhöhen. Anstatt nun im Sinne seines Wähleraufrags öffentliche Unterstützung für eine aktive Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu mobilisieren, gab Clinton klein bei. Am Ende blieben von seinem Paket ganze vier Milliarden Dollar für die Arbeitslosenunterstützung übrig. (By the way: Fast zeitgleich beschloß die japanische Regierung ein Konjunkturprogramm in Höhe von umgerechnet ca. 120 Milliarden Dollar.)

Mit seinem Rückzug erkannte Clinton stillschweigend an, daß eine Verringerung des Haushaltsdefizits oberste Priorität haben müsse – selbst um den Preis, damit jegliche konjunkturelle Wiederbelebung zu erdrosseln, von einer wirksamen Bekämpfung von Armut und chronischer Massenarbeitslosigkeit gar nicht zu reden. Clintons Schwierigkeiten im bereits auf die nächsten Wahlen (1994) schielenden Kongreß zeigen, daß selbst ein noch so vorsichtiger keynesianistischer Kurs in den USA politisch nicht mehr durchsetzbar ist. Das US-Kapital wird die sozialstaatsfeindlichen Geister nicht mehr los, die es 1981mit der Machtübergabe an den rechten Flügel der Republikaner unter Ronald Reagan geweckt hat. Die zwölfjährige Verteufelung von Sozialausgaben und (nicht-militärischer) Investitionslenkung hat in den Speckgürtel-Vorstädten des weißen Mittelstands, in denen die Mehrheit der US-Wählerschaft lebt, ihre Spuren hinterlassen. Dort sind die Begriffe »Staatsverschuldung« und »Steuererhöhung« längst zum Synonym für Satanswerk geworden. Deficit reduction ist das goldene Kalb dieses Wählerreservoirs, das die politische Basis der Republikaner und des rechtspopulistischen texanischen Milliardärs und Ex-Präsidentschaftskandidaten Ross Perot stellt (s. KONKRET 7/92). Dagegen könnte Clinton nur dann eine keynesianistische Investitions- und Sozialpolitik politisch durchsetzen, wenn er seine Wählerbasis in den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und unter den Rezessionsopfern mobilisieren würde; ein Kurs, der ihm und seinen Wall Street-Beratern wohl zu unkalkulierbar erscheint.

Der nächste haushaltspolitische Showdown ließ nicht lange auf sich warten: Nur mit denkbar knappen Mehrheiten (218 zu 216 im Repräsentantenhaus und 51 zu 50 im Senat) billigte der US-Kongreß nach bitteren Auseinandersetzungen Anfang August Clintons Wirtschaftsprogramm, mit dem innerhalb der nächsten fünf Jahre im US-Haushalt knapp 500 Milliarden Dollar eingespart werden sollen. Alle Republikaner und zahlreiche konservative demokratische Abgeordnete hatten dem Präsidenten die Gefolgschaft verweigert, da Clintons Paket neben 250 Milliarden an Ausgabenkürzungen auch 250 Milliarden Dollar an Steuererhöhungen vorsieht.

Der Einkommenssteuersatz für Spitzenverdiener (ab 250.000 Dollar Jahreseinkommen) wurde von bisher 31 Prozent auf 39,6 Prozent erhöht. Dennoch zahlen die Superreichen immer noch weniger Steuern als selbst während Reagans erster Amtsperiode, als der Spitzensatz noch 50 Prozent betrug. Darüber hinaus erweitert Clintons Paket die Abschreibungsmöglichkeiten z.b. für Immobilienspekulationen. Gleichzeitig werden Benzin und Renten höher besteuert. Bei der Krankenversorgung der Rentner und anderen Sozialleistungen wird spürbar gekürzt. In den Bundesbehörden sollen über 100.000 Planstellen gestrichen werden. Die versprochene Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns (derzeit 4,25 Dollar/Stunde, ein Lohn, der auch bei 40 Wochenstunden noch unter der offiziellen Armutsgrenze liegt) wurde auf 1994 verschoben. Als »equal sacrifice« verkaufte Clinton seinen »Solidarpakt«: Nachdem zwölf Jahre lang die Menschen mit nie drigen und mittleren Einkommen zugunsten der Reichen geschröpft wurden, sollen jetzt »alle gleichermaßen Opfer« bringen – von Umverteilung war keine Rede.

»Wenn Bush oder Reagan diese regressiven Kürzungen und Steuern gewagt hätten«, kommentierte der linke Ökonom James Petras im »Z Magazine«, »hätte es einen massiven Aufschrei gegeben. Aber wenn der Demokrat Clinton diese Maßnahmen vorschlägt, dann erzählen uns die Gewerkschaftsführer (die alle zwischen 100.000 und 500.000 Dollar im Jahr verdienen), die liberalen Kommentatoren und die Wissenschaftler, daß es ›keine Alternative‹ gebe und daß Opfer

gerechtfertigt seien, solange sie ›gleichmäßig verteilt‹ sind.« Von der versprochenen Konjunkturspritze ist so nichts übrig geblieben. Clintons Haushaltspaket wirkt insgesamt deflationär. Kein Wunder, daß selbst der berüchtigte monetaristische Chef der US-Zentralbank, Alan Greenspan, der Wirtschaftspolitik Clintons seinen Segen erteilte.

Da es für öffentliche Investitionsprogramme keinen Spielraum gibt, besteht Clintons einzige Hoffnung auf einem neoliberalen Innovationsschub: Das Banken- und Kreditsystem soll noch weiter dereguliert werden. Die längst überfällige Reform des Gesundheitswesens wird zwar erstmals einen minimalen Versicherungsschutz für alle US-Amerikaner gewährleisten, aber beläßt das System in den Händen privater Versicherungskonzerne.

Mit dem geplanten, noch von der Bush-Regierung ausgehandelten Freihandelsabkommen Nafta (North American Free Trade Agreement) mit Mexiko und Kanada werden zukünftig US-amerikanische Umweltschutzbestimmungen und die letzten verbliebenen gewerkschaftlich abgesicherten Arbeitsverhältnisse in der US-Industrie ausgehebelt, da die Arbeitgeber noch unverblümter als bisher mit einer Verlagerung der Produktionsstätten ins Billiglohnland Mexiko drohen können. Nafta soll Schritt für Schritt um weitere lateinamerikanische Länder erweitert werden: Als erster Kandidat ist Chile im Gespräch. Gegen das Abkommen formiert sich eine breite Protestbewegung, vor allem in Gewerkschaften, Verbraucherverbänden und Umweltschutzorganisationen. Nafta wird selbst von der Mehrheit der demokratischen Kongreßabgeordneten abgelehnt: Clinton ist zur Ratifizierung auf republikanische Unterstützung angewiesen.

Wohin die Reise gehen soll, hat die neue Administration mit der Gründung einer »Kommission zur Zukunft der Arbeits-Beziehungen« (Commission on the Future of Worker/Management Relations) angezeigt. Bis zum März 1994 soll das Gremium konkrete Vorschläge unterbreiten, wie die bisherigen »feindseligen« Beziehungen zwischen Lohnabhängigen und Kapitalseite in »Kooperation« verwandelt werden können. Ziel ist es, im Sinne japanischer »schlanker Produktionsmethoden« die Flexibilität und Produktivität der Firmen zu erhöhen. Diese Absicht wird von der Führung des Gewerkschafts- Dachverbandes AFL-CIO geteilt – obwohl am Ende dieser Umstrukturierung auch die letzten Reste gewerkschaftlicher Gegenmacht zerstört sein werden.

Für die Clinton-Administration ist Wirtschaftspolitik gleich Sicherheitspolitik. Kent Hughes, Präsident des neuen Rats für Wettbewerbsfähigkeit (oder, auf neudeutsch: »für Standortsicherung«) kündigte an: »Wir werden eine Wirtschafts-Strategie entwickeln ganz in der Art, wie wir früher eine nationale Sicherheits-Strategie für den Kalten Krieg entwickelt haben.« Die US-Handelsbilanz weist derzeit die größten Defizite seit über fünf Jahren auf: Alarmierend ist vor allem ein neues Minus im Handel mit Westeuropa, wo bisher stets Überschüsse erwirtschaftet wurden. Neben einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen soll der »Standort USA« durch eine verstärkte staatliche Technologie- und Forschungspolitik gesichert werden. Wie gehabt, wird man die dafür erforderlichen Mittel aus dem Rüstungsetat beziehen müssen: Trotz einer versprochenen »Friedensdividende« liegt Clintons Militärhaushalt nur um vier Prozent unter dem seines Amtsvorgängers.

Nachdem das sowjetische Feindbild abhanden gekommen ist, müssen neue Gefahren die Aufrechterhaltung des militärisch-industriellen Komplexes rechtfertigen. So warnte der neue CIA-Chef Woolsey den US-Senat, mit dem Ende des Kalten Krieges habe sich die »Anzahl und Komplexität der sehr ernsten Bedrohungen unserer nationalen Sicherheit und Interessen nicht verringert, sondern noch vergrößert«. Die »Gefahren« sind dabei beinahe beliebig austauschbar: Nordkoreas mögliche atomare Bewaffnung, Instabilität in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, Saddam Hussein im Irak, General Aidid in Somalia oder der »islamische Terrorismus« – stets sind höchste Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit geboten.

Ausgerechnet am 1. September (allerdings wird in den USA erst am Pearl Harbor Day am 7. Dezember des Beginns des Zweiten Weltkriegs gedacht) stellte das Pentagon seinen neuen Fünfjahresplan vor. Ziel ist eine Umstrukturierung der US-Streitkräfte, »damit hochmobile und hochtödliche Kräfte gleichzeitig zwei größere Regionalkonflikte gewinnen können«, wie es die »International Herald Tribune« (»IHT«) formulierte. Während die meisten traditionellen Waffengattungen Kürzungen hinnehmen müssen, werden schnelle Eingreiftruppen wie das Marine Corps ausgebaut. Neue sogenannte »brilliant precision weapons« sollen die bisherigen Irak-erprobten »smart bombs« ersetzen. Auch um ein neues Image ist man bemüht: Laut »IHT« will das Pentagon künftig verstärkt »Katastrophenhilfe, humanitäre Einsätze, friedenserhaltende Missionen und Botschaftsevakuierungen« üben lassen.

Die »IHT« hob hervor, welche Teile von den Kürzungen weitgehend verschont bleiben sollen: Verteidigungsminister Aspin lege »mehr Wert auf diejenigen US-Kräfte, für deren Einsatz keine Zustimmung anderer Länder erforderlich ist, wie Flugzeugträger und Marines auf Amphibien-Schiffen«. Dies weist auf die heftige (und unentschiedene) Diskussion zwischen Unilateralisten und Multilateralisten innerhalb der neuen Administration und der politischen Eliten über die künftige Ausrichtung der US-Außenpolitik hin. Die Unilateralisten im Pentagon und in konservativen Kreisen, die oft irrtümlich als Isolationisten bezeichnet werden, warnen davor, die USA könnten durch ihre Beteiligung an multilateralen Institutionen wie der Uno ihre Fähigkeit verlieren, selbständig im eigenen nationalen Interesse zu handeln. Die stramm rechte frühere UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick zum Beispiel wirft der Clinton-Administration vor, sie habe die »Unterordnung« unter die »grenzenlosen Machtansprüche von Mr. Butros Ghali« zum »Herzstück ihrer Außenpolitik gemacht« und so das »nationale Eigeninteresse aus der Außenpolitik eliminiert«.

Zielscheibe der unilateralistischen Kritik ist vor allem Außenminister Warren Christopher, der es z.B. im Fall Bosnien versäumt habe, die US-Luftwaffe auch ohne die Zustimmung Frankreichs und Großbritanniens gegen serbische Stellungen einzusetzen. Die Unilateralisten bevorzugen die Nato, weil dort die USA weiterhin unangefochten den Ton angeben, während Paris und London auf einem Vetorecht der Uno gegen etwaige Nato-Aktionen bestehen.

Die Multilateralisten erkennen an, daß sich die uneingeschränkte US-Hegemonie über Westeuropa und Japan nicht länger aufrechterhalten läßt. In einem Aufsatz in der Zeitschrift »Foreign Affairs« fordern drei Autoren der Rand Corp., eines einflußreichen liberalen Think Tanks, eine Umstrukturierung der Nato. Nur durch eine »Harmonisierung« der jeweiligen Interessen könne eine Destabilisierung Europas verhindert werden. Sonst drohten ein »unabhängiges Deutschland und ein abseitsstehendes Amerika«.

Um Deutschland einzubinden, sei es notwendig, den traditionellen »Verteidigungs- und Sicherheits-Auftrag« der Nato zu erweitern: Die Nato müsse »Demokratie, Stabilität und Krisenmanagement in einem breiteren, strategischen Sinn« auch nach außen verbreiten (der Aufsatz erwähnt Osteuropa, Nordafrika, den Nahen und Mittleren Osten, den Kaukasus und Mittelasien). In einem früheren Artikel hatte einer der drei Rand-Autoren, Ronald Asmus, sich bereits ausdrücklich auf den deutschen Interventionsminister Volker Rühe berufen und empfohlen, die »künstliche« Trennung zwischen »in area«- und »out of area«-Militäreinsätzen aufzugeben. Damit kommt man auch BRD-Militärs wie dem Generalstabschef Naumann entgegen, der mit einer »Re-Nationalisierung« deutscher Sicherheitspolitik droht, falls die BRD sich im ehemaligen Jugoslawien oder in Somalia nicht engagiere (s. KONKRET 8/93). Das Interesse, aufstrebende Konkurrenten in multilaterale Institutionen einzubinden, dürfte auch hinter Clintons Unterstützung für permanente Weltsicherheitsrats-Sitze für Deutschland und Japan stehen (s. KONKRET 9/93).

Als erster Präsident seit dem Koreakrieg hatte Clinton die US-Einheiten in Somalia zumindest formal dem Oberbefehl der Uno unterstellt. Der Entwurf eines neuen Strategiepapiers (Presidential Decision Directive 13) sieht vor, daß im Rahmen von Uno-»Friedensmissionen« US-Truppen künftig regelmäßig unter fremden Oberbefehl gestellt werden, um gegen eine etwaige »Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit« vorzugehen. Eine solche Bedrohung ist für die Direktive bereits dann gegeben, wenn ein Land eine »plötzliche und unerwartete Unterbrechung der Demokratie oder schwere Verletzungen der Menschenrechte« erlebt. Ganz im Sinne der Multilateralisten wird eine Intervention durch US-Truppen also auch dann erwogen, wenn keine unmittelbar »vitalen nationalen Interessen« gefährdet sind.

Im Zweifelsfall aber findet auch Clintons Geduld mit multilateralen Absprachen ihr Ende. Nachdem im August vier US-Soldaten in Somalia erschossen wurden, ordnete der Präsident einen Alleingang der U.S. Army Rangers an, um General Aidid festzunehmen. Die Elitetruppe konnte bald stolz acht Festnahmen vermelden. Allerdings war ihr ein peinlicher Irrtum unterlaufen: Bei den Festgenommenen handelte es sich um Uno- Personal.

Schon bei dem völkerrechtswidrigen US-Bombenangriff auf Bagdad im vergangenen Juni scherte sich Clinton nur wenig um eine multilaterale Abstimmung (geschweige denn Beteiligung). Der resolute Alleingang verschaffte ihm jedoch in den US- amerikanischen Meinungsumfragen einen hochwillkommenen elfprozentigen Popularitätsgewinn. Auch den Gaza-Jericho-Autonomieplan wird sich die Clinton-Administration als Verdienst an die Brust heften. Seit dem Wegfall der Sowjetunion als geopolitischer Gegenpol in der arabischen Welt und der Einbindung der wichtigsten arabischen Länder in die Golfkriegsallianz 1990/91 hat Israels Bedeutung als US-Vorposten in der Region abgenommen. Washington hatte zu verstehen gegeben, daß Israel nicht länger mit der bedingungslosen Unterstützung durch die USA rechnen könne und daß eine Entschärfung der »Palästinenserfrage« angesagt sei.

Mit dem Parteibuch des Hauptmieters im Weißen Haus hat ein solcher Kurswechsel in der US-Politik relativ wenig zu tun. So wie die Sozialabbau-, Deregulierungs- und Hochrüstungs-Offensiven des Republikaners Ronald Reagan bereits von dem demokratischen Präsidenten Jimmy Carter eingeleitet wurden, so wurde auch Clintons Kurs in vielen Bereichen bereits von seinem republikanischen Vorgänger vorgezeichnet: Auch George Bush hatte bereits – gegen erbitterten Widerstand in den eigenen Reihen – 1990 Steuererhöhungen vorgenommen, hatte begonnen, die Rüstungsausgaben einzuschränken, hatte in Mittelamerika, statt auf die Reaganschen Contra-Kreuzzüge, auf zivile Counterinsurgency (»Verhandlungslösungen«) gesetzt und war auf Distanz zu Israel gegangen. Die wesentlichen Richtungsänderungen in der US-amerikanischen Politik wurden noch nie an der Wahlurne entschieden.

Michael Hahn schrieb in KONKRET 6/93 über die US-amerikanische Jugoslawienpolitik

Konkret 10/93, S. 24

Gerhard Wendorf

Ein Sack voll Diamanten

Die internationale Unterstützung für Jonas Savimbi, den Führer der angolanischen Contra-Bande Unita, bröckelt. Doch der von ihm nach seiner Wahlniederlage Ende 1992 erneut angezettelte Bürgerkrieg in Angola ist noch nicht zu Ende

Seit den ersten freien Wahlen in Angola Ende September vergangenen Jahres tobt in dem südwestafrikanischen Land erneut ein blutiger Bürgerkrieg. Erst gut ein Jahr vorher, im Mai 1991, waren die bewaffneten Kämpfe zwischen der kommunistischen MPLA und der rechten Unita beendet worden, denen seit 1975 über 400.000 Angolaner zum Opfer gefallen waren. Die Unita griff wieder zu den Waffen, um mit militärischen Mitteln jene Macht zu erobern, die ihr die Mehrheit der Wähler an den Urnen verweigerte.

Die seit der Unabhängigkeit von Portugal am 11. November 1975 regierende MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) erreichte bei der Parlamentswahl eine satte absolute Mehrheit. Ihr Präsidentschaftskandidat Jose Eduardo dos Santos, Amtsinhaber und Parteivorsitzender, verfehlte die Mehrheit der Stimmen nur knapp; sein Gegenspieler, Unita-Chef Jonas Malheiros Savimbi, landete mit 36,1 Prozent abgeschlagen ebenso auf dem zweiten Platz, wie die Unita in den Parlamentswahlen. Ihr Vertreter in der Nationalen Wahlkommission erklärte die Ergebnisse feierlich für rechtens. Unbeschadet des Umstands, daß in den traditionell von der Savimbi-Bewegung kontrollierten Gebieten im Südosten Angolas anderen als den Unita-Kandidaten jegliche Propaganda untersagt war, hielten die Vereinten Nationen die Abstimmung für »generally fair and free«. Doch Savimbi scherte sich wie so häufig einen Teufel um sein gegebenes Wort. Er machte wahr, was er Monate zuvor bereits dem liberalen Lissaboner Wochenblatt »Expresso« anvertraut hatte: »Wenn wir die Wahlen nicht gewinnen, gehen wir zurück in den Busch.«

So residiert Savimbi seit Ende 1992 wieder in seinem Schlupfwinkel Jamba im äußersten Südostzipfel des Landes. Das Land, das der Mann gern allein beherrscht hätte, wird seither von einer Koalition unter dem früheren MPLA-Generalsekretär Marcolino Moco regiert, dessen Kabinett auch Dissidenten der Unita angehören.

Die Neuauflage des Bürgerkriegs führt Behauptungen ad absurdum, bei dem Konflikt zwischen der MPLA und der im Westen als »demokratische Alternative« gehandelten Unita habe es sich bloß um einen Stellvertreterkrieg gehandelt. Bezeichnend für das gewandelte Selbstverständnis der MPLA ist, daß sie sich diese Lesart nach Unterzeichnung des Friedensabkommens für Angola im Mai 1991 im portugiesischen Bicesse selbst zueigen gemacht hat. Ihr Kalkül, den »Brüdern« von der Unita dadurch zu demonstrieren, ohne ausländische Einmischung könne man sich rasch einigen, erwies sich freilich als trügerisch. Denn obwohl die Sowjetunion und Kuba auf der einen, die USA und Südafrika auf der anderen Seite ihre jeweiligen Bündnispartner für ihre spezifischen strategischen Interessen ausnutzten, ist die tiefere Ursache für den Zwist in Angola selbst zu finden, etwa im Interessengegensatz verschiedener ethnischer Gruppen. Während die MPLA vor allem die Belange der im Gebiet zwischen Luanda und Malange siedelnden M'bundu (22 Prozent der Bevölkerung) repräsentiert und den Stammeslosen durch ihren gesamtangolanischen Anspruch eine Art Ersatzheimat bietet, steht die Unita vorrangig für die im zentralen Hochland lebenden Ovimbundu (37 Prozent). Die inzwischen fast bedeutungslose FNLA, von der sich die Unita 1966 abgetrennt hatte, hat noch im Landesnorden unter den Bakoongo Einfluß (13 Prozent).

Differenzen, die zwischen M'bundu und Bakoongo herrschen, seit diese während der Kolonialzeit in das Gebiet um Luanda eindrangen; Differenzen zwischen M'bundu und Ovimbundu, die darauf beruhen, daß die Bewohner des zentralen Hochlandes als Wanderarbeiter ohne Familien eher auf den Plantagen der Portugiesen Anstellung fanden als die bodenständigen M'bundu – diese in der Kolonialzeit angelegten Konfliktlinien verflochten sich mit ökonomischen Interessen. So sammelten sich um die MPLA das städtische Kleinbürgertum, Intellektuelle, Industriearbeiter, die zu sozialistischen Zielen tendierten, um Unita und FNLA Bauern und Saisonarbeiter, die eher zu einem ruralen Kapitalismus neigten.

Als die Unita nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens in Luanda und andere Städte einzog, präsentierten sich Savimbi und sein Anhang der kriegsmüden Bevölkerung in vollem Wichs als siegreiche Helden; sie verteilten kostenlos Bier und Lebensmittel. »Wir werden jetzt die Macht übernehmen«, tönte Savimbi auf Wahlveranstaltungen in seiner Stammessprache, als stünde die Thronbesteigung eines Königs der Ovimbundu bevor. Nach den Wahlen 1992 ging die Unita zu »selektivem« Terror gegen die Zivilbevölkerung und gegen Parteigänger des Wahlsiegers über und versuchte schließlich in den ersten Novembertagen erfolglos, zu putschen. Der Staatsstreich in Luanda endete mit der Vertreibung der Unita aus der Hauptstadt. Zurück blieben auf den zerstörten Straßen der einstigen »Perle Afrikas« 4.000 Tote.

Der zweite Bürgerkrieg hat bereits über 50.000 Opfer gefordert. Zwei Millionen Menschen hungern oder sind stark unterernährt. Täglich sterben etwa 1.000 aufgrund fehlender Nahrungsmittel. Die Unita verhindert in den von ihr kontrollierten oder unsicher gemachten zwei Dritteln des angolanischen Territoriums die Verteilung von Hilfsgütern. Lediglich die deutsche Organisation »Hilfe in Not« erhält Zutritt: Sie widmet sich, neben der Verteilung von Maismehl,

dem Transport von militärischem Nachschub für Savimbi. Dreieinhalb Millionen Angolaner sind zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden. Allein in Luanda, von den Kolonialbehörden dereinst für 400.000 Einwohner errichtet, leben jetzt zweieinhalb Millionen Menschen unter oft unvorstellbaren Bedingungen. Die medizinische Versorgung, schon zu Zeiten der Alleinherrschaft der damaligen MPLA keine Glanzseite des angolanischen Sozialismusversuchs, ist fast vollständig zusammengebrochen. Der Süden des Landes leidet bereits im vierten Jahr unter einer starken Trockenheit. Wurden bis 1991 unter Bedingungen, die ebenfalls kaum als normal anzusehen waren, noch eine Million Tonnen Getreide produziert, so wird jetzt eine auf ein Drittel reduzierte Ernte erwartet. Immer noch befinden sich mehr als eine Million Minen in der rötlichen angolanischen Erde.

Seit die Unita das Erdölzentrum von Soyo im Nordwesten zerstört hat und die Produktion im Fördergebiet von Cabinda stark eingeschränkt ist, weil die amerikanischen Firmen begonnen haben, ihre Spezialisten abzuziehen, sind Devisen für Nahrungsmittelimporte knapp: Aus den Förderlizenzen der westlichen Ölmultis bezog Angola früher 95 Prozent der staatlichen Einkünfte in harter Währung. Das andere Exportgut von Bedeutung waren Diamanten. Eines der vom südafrikanischen Diamantenkonzern De Beers geförderten strategischen Ziele der Unita war daher die Kontrolle der Diamantenfelder in den beiden nordöstlichen Lunda-Provinzen – wo die Unita bei den Wahlen keinen einzigen Deputiertensitz erlangen konnte. Seitdem Savimbis Truppen die Schürfstätten erobert haben, ist ein nicht unbedeutender Konkurrent von De Beers ausgeschaltet. Der Exportausfall Angolas beläuft sich auf über 300 Millionen Dollar.

Mit den Erlösen aus dem Edelsteinhandel finanziert die Unita einen Teil ihrer Waffenkäufe. Die Transaktionen laufen unter anderem über den Savimbi-Vertrauten und Unita-Informationssekretär, Jorge Valentim, der die aus dem Lande geschmuggelten Steine persönlich an der Diamantenbörse von Antwerpen verhökert. Savimbis Gesandte zu den wiederholt gescheiterten Friedensgesprächen in Abidjan an der Elfenbeinküste pflegten vor Antritt ihrer Reisen einen Abstecher nach Kafunfo in der Provinz Lunda Norte zu machen, wo sie sich die Taschen mit den glitzernden Kristallen füllten. Das Diamantengeschäft ist für die Unita noch einträglicher als früher der Export von Elfenbein und tropischen Edelhölzern, durch den ein Großteil der angolanischen Elefantenbestände sowie Tausende Hektar Wald vernichtet wurden.

Auf Hilfe von außen können die Angolaner kaum hoffen. Die BRD jedenfalls, die dem sozialistischen Angola einst erst Entwicklungshilfe zahlen wollte, wenn am Bengo Demokratie eingezogen sei, will auch jetzt nichts zu den Lebensmittelimporten in Höhe von 130 Millionen Dollar beisteuern, die die Uno für nötig hält. Erst wenn der Bürgerkrieg beendet sei, so die CDU-Bundestagsabgeordnete Anneliese Augustin, Beobachterin der 91er Wahlen, werde die BRD Entwicklungshilfe gewähren. Einstweilen bleibt sie unverändert sensibel gegenüber dem »wegen der Wahlniederlage in seiner Ehre gekränkten« (Augustin) Mörder Savimbi.

Die Sensibilität der Uno und der Garantiemächte des Bicesse-Abkommens – Portugal, Rußland und die USA – bot Savimbi zunächst die äußeren Voraussetzungen, um weite Teile Angolas unter seine Kontrolle zu bringen oder zumindest zu destabilisieren. In den von ihm beherrschten Regionen – dem für die Herrschaft über Zentralangola wichtigen Huambo, den Hauptstädten der Provinzen Uige und Cuanza Norte – hat die Unita ein Einparteienregime errichtet, in dem Verfolgung und Ermordung von MPLA-Aktivisten zum Alltag gehören. Ein Großteil der Bewohner der besetzten Städte ist vor der »Demokratie« der Unita in die von der Regierung kontrollierten Zonen geflohen.

Die internationalen Rahmenbedingungen des Überlebenskampfes der angolanischen Demokratie wandeln sich gleichwohl seit dem Frühjahr – wenn auch schrittweise und widersprüchlich – zugunsten Luandas. Die Vereinigten Staaten entschlossen sich, mit der inzwischen wieder ohne den Zusatz »Volk« im Staatsnamen firmierenden Republik volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Sie stehen vor einer Art Zauberlehrlingsdilemma: Savimbis Machiavellismus und die von der Unita anvisierte Alleinherrschaft erweisen sich zunehmend als Hindernis für die langfristigen Interessen der USA in dem potentiell reichen Land. Schon früher schützten kubanische Spezialeinheiten die im Besitz des US-Konzerns Cabinda Gulf Oil befindlichen Erdölquellen Cabindas vor Anschlägen der Unita und örtlicher Separatisten. Mit den Gebühren, die Gulf, Texaco und andere seit 1976 an die staatliche Erdölgesellschaft Sonangol überwiesen, finanzierte die Regierung auch einen Teil ihrer Waffenimporte. Da die Unita im Gegenzug versuchte, Pipelines zu sabotieren, waren die Beziehungen der USA zur Unita schon immer zwiespältig. Nach dem vollständigen Abzug der Kubaner Anfang 1990 hat die Unita wiederholt versucht, Luanda von seiner wichtigsten Devisenquelle abzuschneiden. Die CIA meldete denn auch ein gutes Jahr später, daß die auf Ausgleich bedachte MPLA gleiche oder bessere Sicherheiten für westliches Kapital biete als der Vasall Unita. Der Forderung Luandas nach Schließung der Unita-Vertretung in Washington wurde bislang zwar noch nicht entsprochen. Doch US-Präsident Clinton ließ Savimbis Radiomachern jüngst den Satellitenkanal sperren, über den in der Vergangenheit die »Stimme des schwarzen Hahns« angolaweit ausgestrahlt wurde. Diplomatische Kreise in Luanda wollen wissen, daß die Vereinigten Staaten den Regierungsstreitkräften (FAA) sogar Informationen von US-Spionagesatelliten über Truppenbewegungen des ehemaligen Verbündeten gegen den Kommunismus weitergeben. Die Bush-Regierung hatte noch nach ihrer Wahlniederlage der Unita vierzig Millionen Dollar zukommen lassen.

Doch ganz allein mag auch Clinton den Unita-Chef nicht lassen: Die Ausbildung von Söldnern für die Unita, die durch kaum getarnte Rekrutierungsbüros in Zaires Hauptstadt Kinshasa und Südafrikas Metropole Johannesburg angeworben

werden, erfolgt nach wie vor auf der US-Basis von Kamina in der zairischen Provinz Shaba, dem größten US-Stützpunkt im subsaharischen Afrika.

Die afrikanischen Unita-Waffenbrüder sind weniger einsichtig. Südafrika und die zairische Diktatur von Mobutu Sese Seko bleiben in Treue fest. Aus Südafrika kommende Transportmaschinen schaffen unter Verletzung des Luftraums von Botswana und Namibia Nachschub für die Unita heran. Die Ausflüchte von Präsident Fredrik Willem de Klerk, er habe von möglicher Unterstützung für die Unita in seinem Land keine Ahnung, klingen wenig überzeugend: Wie im Falle der Banden der moambiquanischen Renamo fließt auch die Hilfe für den einstigen Alliierten in Angola über Geheimdienstkreise und private Quellen weiter.

Zaires Mobutu indes stört sich nicht an legalistischen Barrieren. Zu Jahresbeginn ernannte er seinen Sicherheitschef, General Ilunga, zum Sonderbeauftragten für die Koordinierung der Unita-Hilfe. Unlängst nahm die angolanische Polizei die Mitglieder zweier unabhängig voneinander operierender Diversantengruppen aus dem nördlichen Nachbarland fest. Eine davon, unter Leitung des zairischen Oberst Desana, war damit befaßt, die Verbreitung von Falschgeld im Nennwert von 100 Milliarden Neuen Kwanza (etwa 180 Millionen Dollar) vorzubereiten. Das Erdöl aus den unzerstörten Tanklagern von Soyo wird durch die Logistik der Unita tankwagenweise über die nahe Grenze ins Reich Mobutus, des Mannes mit der Leopardenfellmütze, verschoben.

Unter den alles in allem günstigeren internationalen Bedingungen konnte die angolanische Regierung die Kampfkraft ihrer Streitkräfte inzwischen erhöhen. Nachdem Portugal, Rußland und die USA das zuvor schon durch die Unita durchbrochene Waffenembargo aufgehoben haben, wurden die FAA teilweise neu ausgerüstet. Aus Frankreich kommt ein neues Fallschirmsystem, das einen zielgenaueren Abwurf von Nachschub ermöglicht. Das Kabinett in London hat angekündigt, daß britische Firmen nunmehr Kriegstechnik nach Angola ausführen können. Moskau hat sich nach dem Besuch des angolanischen Vizeministers für Verteidigung, Pedro Sebastiao, Anfang August des alten Verbündeten entsonnen. Mit den russischen Ersatzteilen konnten die angolanischen Mig-Jäger wieder flugfähig gemacht werden. Westliche Diplomaten in Luanda berichten, daß russische Piloten einige der Maschinen steuern, die das Unita-Bollwerk Huambo bombardieren. Vom parallelen Besuch in Indien und China brachte Sebastiaos Mit-Stellvertreter Leal Monteiro (N'gongo) Techniker und Munition mit. Auch Israel soll den FAA zwanzig Militärberater ausgeliehen haben. Derart gestärkt, marschieren die Regierungsstreitkräfte aus Richtung Benguela auf die Unita-Feste Huambo; der Druck von Savimbis Truppen auf Luanda konnte gelockert werden, Fallschirmjäger versuchen, die seit Januar andauernde Belagerung der Provinzkapitale von Bié, Kuito, zu durchbrechen.

Wenn sich das Blatt auch militärisch zugunsten Luandas zu wenden beginnt: Eine Lösung des innerangolanischen Konflikts ist nur denkbar, wenn es zu einem Ausgleich zwischen MPLA und Unita kommt. Wie das funktionieren kann, führt die inzwischen zur reformsozialistischen Partei konvertierte MPLA vor: Unter Berücksichtigung des Wählerproporzes steht Regierungschef Marcolino Moco, als MPLA-Generalsekretär inzwischen durch den Marxisten Lopo do Nascimento abgelöst, einer mehr oder weniger funktionierenden Koalitionsregierung vor. Dem Kabinett gehören auch einstige Unita-Aktivisten wie Tjipilica an. Einige hohe Offiziere der Rebellen haben sich auf die Regierungsseite geschlagen.

Luanda ist bemüht, weitere Männer aus der Unita-Spitze, vor allem Nicht-Militärs der sogenannten Unita civil, für eine Beteiligung an der Regierung zu gewinnen. Eine sonderbare Allianz aus Marokkos König Hassan II, Felix Houphouet-Boigny, dem alten Mann der Elfenbeinküste – beide Savimbi-Freunde – , auf der einen und ANC-Präsident Nelson Mandela auf der anderen Seite hat jetzt die Initiative ergriffen, um die Kriegsparteien wieder an einen Tisch zu bringen. Die Zeit drängt. Denn Savimbi ist nach dem Motto »Lieber das halbe Angola ganz, als das ganze Angola halb« dabei, die Gründung einer »Republik Südangola« vorzubereiten.

Der Idee, Savimbi selbst zum Partner zu machen, kann wohl niemand mehr etwas abgewinnen. Wie bereits Ende der achtziger Jahre schwebt Vertrauten von Staatspräsident dos Santos vor, sich des Problems zu entledigen, indem man den ersten Mann der Unita mit einem angolanischen Diplo-matenpaß und einem Rucksack voller Diamanten ins Traumexil an den Genfer See schickt.

Gerhard Wendorf ist Journalist und hat lange in Angola gelebt

Konkret 10/93, S. 27

Georg Fülberth

Rechts von Kohl

Dem sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf (CDU) ist die Programmatik seiner Partei zu schlapp

Anfang September meldete der »Spiegel«, Kurt Biedenkopf rechne sich Chancen aus, Kohl aus dem Kanzleramt zu drängen. Den Showdown habe er mit einer Kritik am Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der CDU, das 1994 beschlossen werden soll, vorbereitet.

An derlei Spekulationen mag sich beteiligen, wer etwas davon hat. Greifbar ist lediglich, daß Biedenkopf eine achtzig Seiten starke Broschüre vorgelegt hat, in welcher er den »Diskussionsentwurf« des Grundsatzprogramms und die praktische Politik seiner Partei kritisiert. Es kann ihm abgenommen werden, daß er es auch unabhängig von neuen Karriere-Plänen für angebracht hält, der CDU den Scheitel nachzuziehen. Immerhin ist er einige Zeit (als Generalsekretär 1973-1977) für deren ideologische und organisatorische Ausrichtung zuständig gewesen, und jetzt hat er offensichtlich den Eindruck, andere, insbesondere Kohl, seien dabei, mit dem Hintern einzureißen, was er einst mit Hirn und Hand errichtete.

Das Pamphlet liest sich streckenweise gut. Wo im Programmentwurf gesülzt wird, setzt Biedenkopf klare Formulierungen dagegen. Im Konrad-Adenauer-Haus schrieb man: »Es gehört zur Tragik der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß die Menschen im Osten Deutschlands erneut der Diktatur eines totalitären Systems unterworfen wurden.« Hierzu Biedenkopf: »Es gehört nicht ›zur Tragik der deutschen Nachkriegsgeschichte‹, was den Deutschen in Ostdeutschland widerfahren ist, sondern zu den Folgen des von Deutschland begonnenen und verlorenen Weltkrieges.« Allerdings kommt es auch darauf an, was man aus einer korrekten Sachaussage macht. Hierzu später.

Es gibt noch mehr Wulst im Programmentwurf. Zum Beispiel: »Das christliche Verständnis vom Menschen ist die verpflichtende Grundlage für unser politisches Handeln.« Biedenkopf hierzu: »Nächstenliebe ist keine politische Kategorie.«

Er ist kein begriffsverliebter Oberlehrer. Seine Kritik steht im Dienst von Markt und Staat, und seiner Meinung nach ist letzterer den Verfassern des von ihm untersuchten Textes bedenklich aus dem Blick geraten: »Der Entwurf steht gewissermaßen ganz im Banne der Selbstverwirklichung.« Die CDU sei dabei, vor der Individualisierung zurückzuweichen. Konsterniert stellt er fest, »daß der Entwurf überwiegend von der Gesellschaft her argumentiert«, und er klagt: »Vom Staat ist dagegen kaum die Rede.«

Seit Jahrzehnten schon ist Biedenkopf, wie einst Ludwig Erhard, der Meinung, die Leute müßten den Gürtel enger schnallen. Der Wirtschaftswundermann wollte, wie nun sein Enkel, zwar die Begehrlichkeit der Massen zügeln, hatte außer gutem Zureden aber kein Mittel, um dies zu erreichen. Der Staat sollte nämlich möglichst wenig intervenieren. Als Abhilfe erfand Erhard die »Formierte Gesellschaft«, und auch Biedenkopf hat lange Zeit mit diesem Begriffs-Ungetüm hantiert. Jetzt hat er etwas Besseres gefunden: die Gemeinschaft. Der kommunitarische Diskurs ist also schnell in Dresden angekommen, in Wirklichkeit handelt es sich wohl nur um die Aktivierung von deutschen Altbeständen. Diese Rhetorik war der CDU ja auch bisher nicht völlig fremd. Bei Biedenkopf ist das Individuum mit der Gemeinschaft durch die Pflicht verbunden, welche es ihr gegenüber hat. Ist das erst einmal klargestellt, kann man sich auch wieder großzügig geben. Biedenkopf findet es kleinkariert, wenn seine Partei gegen die Verrechtlichung nichtehelicher Lebensgemeinschaften ist. Viele Ehen seien ja ebenfalls nur auf Zeit angelegt. Das ist alles nicht so wichtig im Vergleich zur Familie. Biedenkopf tritt für deren exakte Verortung ein, nämlich: »Die Familie ist nicht Keimzelle der Gesellschaft, sondern der menschlichen Gemeinschaft, so, wie der Begriff auch im Entwurf verwendet wird.«

Unverkennbar strebt er danach, vom Soziologischen ins Ethische aufzusteigen. Gesellschaft: das ist etwas eher Technisches, dem historischen Wandel unterworfen. Gemeinschaft dagegen steht für unverrückbare Werte. Eine ihrer unerläßlichen Ausprägungen sei die Nation, und deren Kitt ist die Kultur. Redet Biedenkopf von ihr, gerät er selber ins Schwafeln. Die deutsche Kultur begründe die »Einheit der Deutschen in der Vielfalt der Regionen, Stämme und Lande«. Offensichtlich soll sie Vernunft ersetzen: »Unsere Kultur ist zugleich Maßstab für das, was die Deutschen als Kulturnation ausmacht und was an Verhaltensweisen mit dem Anspruch der Kulturnation vereinbar ist. Deshalb kommt es zum Beispiel im Zusammenhang mit Gewalt gegen Ausländer nicht darauf an, wie das Ausland uns und die Maßnahmen beurteilt, die wir gegen Gewaltakte und zum Schutz der Würde ausländischer Mitbürger ergreifen. Entscheidend für unser politisches Handeln kann allein unser Selbstverständnis als Kulturnation und die Unvereinbarkeit solcher Akte mit ihrem Anspruch sein.« Die Festellung, daß eben alle, auch Ausländer, ein Recht auf Leben und Unversehrtheit haben, wäre wohl zu kosmopolitisch.

Ausführlicher, als man es früher von ihm gewöhnt war, befaßt sich Biedenkopf mit Fragen der Außenpolitik. Der Entwurf ist ihm nicht deutsch genug. »Deutschland muß sich nicht an den europäischen Mast binden lassen, um sich vor

nationalistischen Sirenen zu schützen! Mit seiner Vergangenheit kann es auch allein fertig werden.« Hier ist sie, die Fortsetzung seiner aufgeklärten Bemerkung zu Hitlers Angriffskrieg: Man darf das ruhig zugeben, es hat keine Folgewirkung mehr. Nun hat die befreite Nation sogar das Recht zu militärischen Alleingängen: »Ein Interessenkonflikt kann vielmehr in Fällen auftreten, in denen Deutschland eine friedenssichernde Maßnahme zum Schutz individueller oder kollektiver Menschenrechte vor schwerwiegender Verletzung zwingend erforderlich erscheint, seine Partner dies aber aus Gründen ihrer politischen Einschätzung anders bewerten. Nach meiner Überzeugung haben wir es im ehemaligen Jugoslawien mit einem solchen Fall zu tun.« Was muß dann geschehen? Antwort: »Auch wenn Deutschland grundsätzlich entschlossen ist, sich nur an kollektiven Maßnahmen der Friedenssicherung zu beteiligen, sind Situationen denkbar, in denen überragende Interessen des Friedens und des Schutzes der Menschenrechte eine Verantwortung Deutschlands begründen, tätig zu werden, der wir uns nur unter Preisgabe unserer Grundwerte entziehen könnten.«

Biedenkopf kommt es darauf an, seine Partei für solche Aufgaben zu härten. Der Programm-Entwurf ist für ihn ein Dokument ihrer Schlappheit, der Kritiker sucht Bundesgenossen: »Die ›Grundsatzforderungen an die Union‹, die von der Gründungsversammlung des ›Christlich-konservativen Deutschland-Forum‹ – das sich als einen Gesprächs- und Aktionskreis in CDU und CSU versteht – im Dezember 1992 beschlossen wurden, verdienen es, diskutiert zu werden.«

Kohl wird die Programm-Kritik kaum als Herausforderung verstehen. Wahrscheinlich meint er, für einen Berufspolitiker sei der Professor doch recht unpolitisch. Was er da aufgeschrieben habe – so etwas denke man, und wenn es sich ergibt, tue man es auch. Aber man sage es nicht zur Unzeit. Biedenkopf gehöre offensichtlich doch nur zu jenen Intellektuellen, welche die Tinte nicht halten können und deshalb das Pulver naß machen.

Kurt H. Biedenkopf: Anmerkungen und Alternativen zum Entwurf des Grundsatzprogramms der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. CDU-Landesverband Sachsen, Dresden o.J.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 9/93 über die»Kommunitarismus«-Debatte

Konkret 10/93, S. 28

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste«XX

Zwanzigster Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Sonntag, 4.7.1993 –

Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge, vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien, in Göttingen. Wegen der starken Rauchentwicklung müssen die 74 Bewohner evakuiert werden. –

In der Schweriner Innenstadt kommt es zu einer Schlägerei zwischen rechtsradikalen Skinheads und Türken. Drei Personen werden verletzt, eine muß ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Montag, 5.7. –

Die Anwohner der Lindenstraße im Ostberliner Bezirk Marzahn fordern nach einem Bericht der »Berliner Morgenpost«, ihre Straße für Asylbewerber zu sperren. Die Lindenstraße ist eine Sackgasse mit zehn Einfamilienhäusern, an die ein ehemaliges NVA-Gelände grenzt, auf dem sich zwei Asylbewerberheime befinden. Die dort untergebrachten 700 Flüchtlinge und Aussiedler sollen nach dem Willen der Anwohner über einen parallel verlaufenden Weg zur Hintertür des Heims umgeleitet werden. –

Brandanschlag auf die Lagerhalle eines türkischen Geschäftsmannes in Augsburg. Die Täter malen ein Hakenkreuz an eine Tür. Wie ein Polizeisprecher mitteilt, hatte der Geschäftsmann bereits Tage vor dem Brandanschlag Anzeige gegen Unbekannt erstattet, weil er Anrufe und Postkarten erhalten hatte, in denen er unter Hinweis auf den Brandanschlag von Solingen zur Rückkehr in die Türkei aufgefordert wurde.

Dienstag, 6.7. –

Knapp zwei Monate nach dem Brandanschlag auf eine vietnamesische Familie in Schwerin nimmt die Polizei zwei Jugendliche aus der Nachbarschaft als mutmaßliche Täter fest. Sie gestehen den Anschlag.

Mittwoch, 7.7. –

In der brandenburgischen Grenzstadt Schwedt greifen rechtsradikale Schläger mehrere polnische StaatsbürgerInnen an. Die Täter stoppen insgesamt vier polnische PKWs und schlagen die Scheiben der Fahrzeuge mit Knüppeln ein. Einige der Insassen werden geschlagen, getreten und mit einer Schreckschußpistole bedroht. –

Nach Angaben des Düsseldorfer Innenministers Herbert Schnoor wurden 1992 in Nordrhein-Westfalen 1.707 fremdenfeindliche Straftaten registriert, darunter ein vollendeter Totschlag, zwei Totschlagsversuche, 138 Brandanschläge und 206 Körperverletzungsdelikte. –

Nach Angaben des Sprechers der Bundesaufsicht für das Versicherungswesen in Berlin, Tom Robert, gibt es immer mehr Hinweise darauf, daß einige Autoversicherungen Ausländern eine Kaskoversicherung verweigern. Robert bestätigt zudem Informationen der IG Metall, nach denen Ausländern nach Schadensfällen die Autohaftpflichtversicherung gekündigt wurde. Dies sei allerdings rechtens und komme auch bei Deutschen vor, so Robert.

Donnerstag, 8.7. –

Brandanschlag auf ein von vier Türken, einem Spanier und zwei Deutschen bewohntes Haus in Göttingen.

Freitag, 9.7. –

In Gransee/Brandenburg beschmieren Unbekannte in einer offenbar sorgfältig koordinierten Aktion ganze Straßenzüge mit rechtsradikalen Symbolen wie Hakenkreuzen, SS-Runen, Keltenkreuzen und mit rechtsradikalen Parolen. –

Das Landeskriminalamt Brandenburg hat 1992 insgesamt 368 fremdenfeindliche und rechtsextremistische Straftaten im Land registriert. Insgesamt sei der Trend rückläufig. Wurden 1992 durchschnittlich 31 derartige Straftaten pro Monat gemeldet, sei im ersten Halbjahr 1993 ein Rückgang auf 22 zu verzeichnen, teilt die in Bassendorf ansässige Polizeibehörde mit. –

Das Amtsgericht Frankfurt/Main verurteilt einen 65 Jahre alten Tabakhändler aus Bad Vilbel wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 5.400 Mark. Der Tabakhändler hatte ein Flugblatt aufgehängt und weitergegeben, in dem Asylbewerber als »Asylbetrüger« bezeichnet und weitergehend beschimpft wurden.

Samstag, 10.7. –

Im Seebad Warnemünde greift eine Gruppe Jugendlicher aus Rostock Touristen aus Norwegen an. Einer der Angegriffenen wird durch Fußtritte schwer verletzt. Sieben Verdächtige werden vorübergehend festgenommen, gegen einen ergeht ein Haftbefehl.

Sonntag, 11.7. –

Brandanschlag auf das Haus einer libanesischen Familie in Herzogenrath bei Aachen. Fünf Familienangehörige erleiden leichte Brandverletzungen. –

Brandanschlag auf ein 13stöckiges Hochhaus in Kempten im Allgäu. Die Täter dringen in die offen zugängliche Tiefgarage ein, zerstechen die Reifen an über 15 Fahrzeugen, zapfen Benzin ab und legen Feuer. Zwölf Bewohner, unter ihnen sechs Ausländer, erleiden Rauchvergiftungen. Ein 60jähriger Bewohner verletzt sich auf der Flucht vor dem Feuer bei einem Sturz schwer. Die Polizei schließt einen ausländerfeindlichen Hintergrund mit »absoluter Sicherheit« aus. Die gefundenen Spuren deuteten vielmehr auf »reinen Vandalismus« hin. –

Drei Brandanschläge in Solingen. An einem Ausländerzentrum werden zwei Müllcontainer angezündet, vor einem Asylbewerberheim brennt eine Abdeckplane, und das Auto eines Arbeitsimmigranten geht in Flammen auf. Nach Angaben der Polizei wird niemand verletzt. Nach Angaben der Nachbarschaft des Ausländerzentrums erleidet ein Mann leichte Rauchvergiftungen.

Montag, 12.7. –

Auf einer S-Bahn-Station in München prügeln mehrere Skinheads drei kroatische Jugendliche und beschimpfen sie als »Kanaken«. –

In Bonndorf/Landkreis Waldshut in Südbaden brennt aus ungeklärter Ursache ein Asylbewerberheim aus. In der Nacht zuvor hatten zwei Männer aus einem Auto neun Schüsse auf das Heim abgefeuert. Polizei und Staatsanwaltschaft schließen einen rechtsradikalen Hintergrund aus.

Dienstag, 13.7. –

In Strausberg bei Berlin überfallen zwei unbekannte Männer einen Asylbewerber aus Ghana. Sie beschimpfen ihn mit »He, Nigger«, schlagen ihn mit Baseballschlägern nieder und entwenden ihm 500 Mark. Das Opfer erleidet Hautabschürfungen und Prellungen. –

Der grüne Stadtverordnete Martin Ulshöfer erstattet Anzeige gegen die Betreiber eines rechtsradikalen Infotelefons in Frankfurt/Main. Der auf Band gesprochene Text des Infotelefons, das von der rechtsradikalen »Freien Wählergemeinschaft Frankfurt e.V.« betrieben wird, enthalte rassistische Parolen.

Mittwoch, 14.7. –

Der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) wertet die versuchte Tötung eines Nigerianers als Mordversuch. Der Angeklagte hatte den nigerianischen Staatsangehörigen in einer Diskothek in Tötungsabsicht zusammengeschlagen und getreten. Die Revision des Angeklagten wird damit verworfen, seine Verurteilung durch das Bezirksgericht Frankfurt/Oder zu acht Jahren Freiheitsstrafe ist rechtskräftig (AZ: 5 StR 359/93).

Donnerstag, 15.7. –

Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in der Weddinger Seestraße in Berlin. Die Täter schlagen die Schaufensterscheibe mit zwei Pflastersteinen ein und legen anschließend Feuer. –

In Baden-Württemberg registrierte der Verfassungsschutz seit Anfang diesen Jahres 499 Straftaten mit erwiesener oder vermuteter rechtsextremistischer Motivation. Die Anzahl der Anschläge gegen Ausländer und Asylbewerber nehme trotz Überwachung durch den Verfassungsschutz zu.

Freitag, 16.7. –

Nach einem Bericht der Berliner »Bild-Zeitung« sollen mehrere Polizeischüler in den Gängen der Polizeischule im Berliner Bezirk Spandau »Sieg Heil« gerufen und den rechten Arm zum Hitlergruß gehoben haben. Außerdem wird von den Aussagen eines 19jährigen berichtet, der einen türkischen Vater und eine jüdische Mutter hat und von Kameraden wegen seiner Herkunft beleidigt und bedroht worden ist. –

Innenminister Rudi Geil (CDU) stellt in Schwerin den Verfassungsschutzbericht für Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 1992 vor. Danach sind etwa 600 militante Rechtsextremisten, vor allem Skinheads, in dem Bundesland aktiv, die im vergangenen Jahr 207 Gewalttaten begangen haben. Ein rumänischer Asylbewerber wurde getötet. Im ersten Halbjahr 1993 wurden 52 rechtsextreme Gewalttaten registriert.

Samstag, 17.7. –

Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim in Borken/Westfalen wird ein 27jähriger Mann leicht verletzt, als er aus dem ersten Stock ins Freie springt. Brandstiftung wird nicht ausgeschlossen. –

In einer Diskothek in Oehna/Kreis Jüterbog wird ein 22jähriger wegen seines T-Shirts mit der Aufschrift »Gegen Rassismus« von Rechtsradikalen zusammengeschlagen. Er erleidet Prellungen und Schürfwunden.

Sonntag, 18.7. –

Ein türkischer Reisender wird in Hannover trotz Ausstattung mit Fahrkarte und Bahncard von der Bahnpolizei aus dem Warteraum befohlen. Als er sich weigert, wird er auf die Polizeistation geschleppt, durchsucht, mehrfach geschlagen und schließlich mit Handschellen gefesselt. In einer Zelle wird er auf den Boden geworfen und getreten. Erst nach drei Stunden wird er freigelassen. Dies teilt der Niedersächsische Flüchtlingsrat mit. –

Rechtsradikale Randalierer fahren vor das Asylbewerberheim in Prenzlau/Brandenburg, rufen »Heil Hitler« und »Ausländer raus« und geben Schüsse aus einer Schreckschußpistole ab.

Montag, 19.7. –

Brandanschlag auf das Haus eines Türken in Weil im Schönbuch/Baden-Württemberg.

Dienstag, 20.7. –

Das Jugendschöffengericht Berlin-Moabit verurteilt zwei junge Männer aus der rechtsradikalen Szene unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung zu Jugendstrafen von zehn und vierzehn Monaten auf Bewährung. Die beiden Angeklagten hatten im April 1992 einen Rumänen zusammengeschlagen und getreten. –

Brandanschlag auf ein von Ausländern und Deutschen bewohntes Mehrfamilienhaus in Bünde/Ostwestfalen.

Mittwoch, 21.7. –

Auf ein Heim für bosnische Kriegsflüchtlinge in Weißensee/Berlin wird ein Anschlag mit einer Handgranate verübt. Von den 280 Bewohnern wird niemand verletzt. Über den Hintergrund des Anschlags gibt es keine genauen Erkenntnisse.

Donnerstag, 22.7. –

Die Kriminalpolizei Weiden nimmt den 29jährigen Mehmet G. fest, dem vorgeworfen wird, den Brandanschlag am 30. Juni in seiner Wohnung in Erbendorf in der Oberpfalz vorgetäuscht zu haben. Der Festgenommene streitet die Vorwürfe, das Feuer selbst gelegt zu haben, entschieden ab. –

Unbekannte schänden den Ehrenfriedhof der GUS-Truppen in Potsdam. Die Täter werfen acht Grabsteine um, von denen einer zerbricht. –

Ein zur Skinhead-Szene Uelzen/Niedersachsen gehörender 17jähriger schlägt einen 16jährigen Realschüler aus Lüneburg nieder und zündet ihn an. Das Opfer stirbt zehn Tage später in einer Spezialklinik in Hannover. Die Polizei vermutet Geldgier als Tatmotiv. Der 16jährige habe mit dem Besitz von 800 Mark geprahlt, obwohl er offenbar nur 30 Mark bei sich gehabt habe. Der Skinhead gesteht Mitte August seine Tat. Zwischenzeitlich sitzt er wegen der vermuteten Teilnahme an einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Jugendarrest.

Freitag, 23.7. –

Nach Angaben des ausländerpolitischen Sprechers der Fraktion Bündnis 90/Grüne im Berliner Abgeordnetenhaus gibt es in der Berliner Jugendstrafanstalt in Charlottenburg Übergriffe rechtsgerichteter Gefangener auf ausländische Mithäftlinge. In Briefen teilen diese mit, daß deutsche Gefangene ständig rechtsradikale Musik spielten, wogegen nichts unternommen werde. Ausländer würden als »Schweine und Kanaken« beschimpft. Komme es daraufhin zu Schlägereien, müßten in der Regel die Ausländer in den »Bunker«. Deutsche seien von diesen »Erziehungsmaßnahmen« weitaus weniger betroffen. Der Anstaltsleiter Marius Fiedler sieht keine Zunahme von Streitigkeiten, die nazistischen Hintergrund hätten. –

In Cottbus schmieren unbekannte Täter in einer offenbar koordinierten Aktion rechtsradikale Parolen, Hakenkreuze und SS-Runen auf Häuserwände im ganzen Stadtgebiet. –

85 Prozent der ausländischen Studenten an der Universität Köln fühlen sich durch die zunehmende Ausländerfeindlichkeit persönlich bedroht. In einer Studie des Instituts für Wirtschafts- und Sozialpsychologie berichten 45 Prozent der Befragten über Anfeindungen, vor allem bei der Wohnungssuche, bei Behördengängen und beim Jobben. Elf Prozent erlebten tätliche Angriffe. –

Brandanschlag auf ein Haus mit einer hauptsächlich von Türken und Italienern besuchten Bar und Spielhalle in Lohr am Main/Bayern. Der einzige Bewohner des Hauses kann sich retten. Im Treppenaufgang findet sich der mit schwarzer Farbe an die Wand gesprühte Spruch »Tod den Türken« und ein Hakenkreuz.

Samstag, 24.7. –

Im Hamburger Vergnügungsviertel St. Pauli wird ein Ghanaer von vier unbekannten Männern niedergestochen. Die Männer flüchten. Der Schwerverletzte versucht, ein Auto anzuhalten, und schleppt sich schließlich zu einer Tankstelle, wo er verblutet.

Montag, 26.7. –

In Erlensee/Hessen werden drei jugendliche Türken auf offener Straße von mehreren mit Bomberjacken und Springerstiefeln bekleideten Rechtsradikalen angegriffen. Zwei der Opfer im Alter von 16 und 17 Jahren werden durch Fußtritte und Faustschläge verletzt. Ein Angegriffener kann entkommen, erleidet aber später einen Nervenzusammenbruch und muß ebenfalls im Krankenhaus behandelt werden. –

Unbekannte schänden ein Ehrenmal für im Zweiten Weltkrieg gefallene sowjetische Soldaten in Torgau/Sachsen. Ein Grabstein wird vollkommen zerstört, sechs weitere werden beschädigt. –

In Berlin greifen zwei 14 und 16 Jahre alte Jugendliche zwei spielende libanesische Jungen im Alter von 13 und 15 Jahren mit Messern und Baseballschlägern an. Die Angreifer werden am selben Abend festgenommen. Gegen sie wird Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung erstattet. –

Die Schwurgerichtskammer beim Landgericht Fulda verurteilt zwei 25 und 29 Jahre alte Männer wegen eines Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim in Philippsthal-Röhrigshof im September 1992 zu Freiheitsstrafen von drei Jahren und sechs Monaten bzw. drei Jahren und neun Monaten. –

Das Bezirksgericht Frankfurt/Oder verurteilt den 20jährigen Skinhead Mike D. wegen versuchten Mordes an einem nigerianischen Asylbewerber zu sieben Jahren Jugendstrafe. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß Mike D. den Nigerianer am 23. Oktober 1992 auf dem Bahnhofsvorplatz durch zwei Messerstiche in Brustkorb und Gesicht lebensgefährlich verletzt hatte. Nach Ansicht des Gerichts kam das Opfer nur durch einen Zufall nicht ums Leben.

Mittwoch, 28.7. –

Brand in einer Flüchtlingsunterkunft in Neubrunn bei Würzburg. Drei Asylbewerber werden verletzt. Die Brandursache ist unklar. –

Die Staatsanwaltschaft Bayreuth erhebt gegen einen Polizisten,der aktives Mitglied der Republikaner ist, Anklage wegen Freiheitsberaubung und Nötigung. Dem 45jährigen Gemeinderat einer Kommune in der Nähe Bayreuths wird vorgeworfen, im August 1992 grundlos zwei Ausländer festgenommen zu haben.

Donnerstag, 29.7. –

Das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden registrierte nach eigenen Angaben von Januar bis Ende Juni 1993 insgesamt 3.365 Delikte mit fremdenfeindlichem Hintergrund, 1992 waren es im selben Zeitraum 1.443. Das entspreche 1993 einem Anstieg um mehr als 130 Prozent. Das Bundesamt für Verfassungsschutz, das ausschließlich fremdenfeindliche Gewalttaten zählt und damit im Gegensatz zum BKA die große Zahl der Schmierereien an Häusern nicht einrechnet, registrierte 1993 bis einschließlich 22. Juli 1.180 schwere kriminelle Handlungen mit vermutetem oder erwiesenem rechtsextremen Hintergrund. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es 788 Gewalttaten.

Freitag, 30.7. –

Der bayerische Innenminister Günther Beckstein legt den Verfassungsschutzbericht für 1992 vor. Mit 484 neonazistischen und antisemitischen Vorfällen 1992 hat sich deren Zahl gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt, 1991 waren 210 derartige Straftaten registriert worden. Im Bericht sind 28 Brandanschläge auf Wohnungen oder Unterkünfte von Asylbewerbern aufgeführt. In zwei Fällen kamen Personen durch Rauchvergiftungen oder Brandverletzungen zu Schaden. Nur rund 20 Prozent aller Fälle konnten aufgeklärt werden.

Dienstag, 3.8. –

Das Amtsgericht Rostock verurteilt einen 20jährigen Arbeitslosen wegen schweren Landfriedensbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung zu sieben Tagen gemeinnütziger Arbeit. Außerdem muß er sich ein Jahr von der Jugendfürsorge sozial betreuen lassen. Der Angeklagte hatte an den ausländerfeindlichen Krawallen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 teilgenommen. Die Richter begründen das geringe Strafmaß mit einem Entwicklungsdefizit des jungen Mannes, das die Anwendung des Jugendstrafrechts erfordere.

Mittwoch, 4.8. –

In Schwedt kommt es zu einer Schlägerei zwischen vier Deutschen und vier Polen, nachdem ein Deutscher einem Polen eine Stange Zigaretten weggenommen und ihm mit der Faust ins Gesicht geschlagen hat. Bei der Auseinandersetzung werden zwei Polen verletzt und müssen in ambulante Behandlung. –

In Nürnberg wird ein 53jähriger Buchhalter wegen eines Brandanschlags auf ein Nürnberger Asylbewerberheim im August 1992 zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt.

Donnerstag, 5.8. –

Auf Autobahnparkplätzen am Berliner Ring werden bei zwei Überfällen drei Polen angegriffen und beraubt. –

Dritter Brandanschlag innerhalb weniger Wochen auf das Wohnhaus einer marokkanischen Familie in Wegberg bei Mönchengladbach. Unbekannte gießen eine brennbare Flüssigkeit in einen Kellerschacht und zünden ihn an. Die

Bewohner werden von Passanten rechtzeitig geweckt und können unverletzt flüchten.

Sonntag, 8.8. –

Im Berliner Bezirk Weißensee wird ein 38jähriger Türke von drei Männern, vermutlich Skinheads, zusammengeschlagen und schwer verletzt. Die Täter verfolgen ihr Opfer in einen Nachtbus, schlagen dort weiter auf ihn ein und fliehen dann. –

In Frankfurt/Oder werden zwei 17 und 20 Jahre alte Polen von vier Jugendlichen zusammengeschlagen und beraubt. –

Auf der Bundesautobahn A 10 wird eine 18jährige Polin leicht verletzt, als Unbekannte aus einem neben ihr fahrenden Auto mit einem Baseballschläger die Seitenscheibe ihres Wagens einschlagen. –

Brandanschlag auf ein von Asylbewerbern bewohntes Haus in Hardegsen/Landkreis Northeim. Einen Tag später wird Haftbefehl gegen einen 20jährigen erlassen, der gesteht, vor dem Hauseingang Benzin ausgeschüttet und angezündet zu haben.

Montag, 9.8. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberwohnheim in Bad Camberg/Kreis Limburg-Weilburg.

Dienstag, 10.8. –

Nach Angaben des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Herbert Schnoor (SPD), wurden in den ersten sieben Monaten dieses Jahres in NRW 1.490 fremdenfeindliche Straftaten registriert. 1992 waren es insgesamt 1.774 derartige Straftaten. Nach der vorgelegten Übersicht nimmt nicht nur die Zahl der Übergriffe zu, sondern auch die Brutalität der Täter. Während 1992 ein Toter und 135 Verletzte als Opfer rechtsextremistischer Täter zu beklagen waren, sind es in den ersten sieben Monaten diesen Jahres bereits sechs Tote und 198 Verletzte. Nach spektakulären Anschlägen wie in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen gebe es eine hohe Zahl von Nachahmungstätern. Diese Welle nehme zwar nach einiger Zeit wieder ab, stabilisiere sich aber »leider auf einem immer höheren Niveau«, so Schnoor.

Mittwoch, 11.8. –

In Hoyerswerda überfallen Skinheads griechische Bauarbeiter, die sich auf der Durchreise befinden und vor dem Bahnhof auf Taxis warten. Die Rechtsradikalen schlagen einen der Bauarbeiter brutal zusammen. Das Opfer erleidet schwere Kopfverletzungen. Zwei andere Griechen werden ebenfalls zusammengeschlagen, als sie ihrem Kollegen helfen wollen. Die drei müssen zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus gebracht werden. Insgesamt acht Tatverdächtige werden festgenommen. –

Brandanschläge auf zwei kroatische Reisebusse in München. Beide Busse brennen aus.

Donnerstag, 12.8. –

Wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS im Bundestag erklärt, registrierte das Bundeskriminalamt im Juni 1993 1.307 fremdenfeindliche Straftaten. Im Mai waren es 400. Diese Zunahme erklärt die Bundesregierung mit dem Nachahmungseffekt nach dem Anschlag von Solingen. Im einzelnen handelt es sich bei den im Juni registrierten Straftaten um 76 Brandanschläge, einen Sprengstoffanschlag, 84 Angriffe gegen Personen und 1.146 sonstige Straftaten.

Freitag, 13.8. –

In Gera/Thüringen überfallen fünf Skinheads einen 14jährigen Schweizer. Die Skinheads greifen den Sprachschüler auf einem Spielplatz an, verprügeln und treten ihn und rufen ausländerfeindliche Parolen. Sie brechen ihm das Nasenbein und den rechten Mittelhandknochen und verletzen ihn am Auge. –

Brandstiftung in einer Asylbewerberunterkunft in Eschborn/Hessen. Unbekannte zünden Mobiliar in einem unbewohnten Dreibett-Zimmer der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung an. Der Brand kann frühzeitig gelöscht werden.

Samstag, 14.8. –

Trotz zahlreicher Demonstrationsverbote in verschiedenen Bundesländern demonstrieren in Fulda/Hessen rund 500 Neonazis und veranstalten eine Kundgebung zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, der am 17. August 1987 im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis der Alliierten Selbstmord beging. Zu einem Einschreiten gegen die nicht angemeldete »spontane Versammlung« der Neonazis sei die Polizei mit rund 80 Beamten nicht in der Lage gewesen, sagt Einsatzleiter Günther Voß.

Montag, 16.8. –

Unbekannte stürzen auf dem Ehrenfriedhof der früheren sowjetischen Armee in Cottbus 17 Grabsteine um.

Dienstag, 17.8. –

Nach Angaben des Innenministers von Brandenburg, Alwin Ziel (SPD), liegt die Zahl rechtsextremistischer Straftaten im ersten Halbjahr 1993 mit 357 etwa auf demselben Niveau wie im Vorjahr. Zudem wurden in Brandenburg 134

fremdenfeindliche Straftaten registriert. Die Zahl der Brandstiftungen sei dabei von 33 in 1992 auf zwei zurückgegangen.

Mittwoch, 18.8. –

Brandstiftung im Hof eines Asylbewerberwohnheims in Metzingen/Kreis Reutlingen. Es wird niemand verletzt.

Donnerstag, 19.8. –

Ein unbekannter Täter bedroht und beraubt auf einer Landstraße bei Frankfurt/Oder einen 39jährigen Flüchtling aus Rumänien. Der Mann gibt sich als Polizist aus, feuert einen Schuß aus einer Pistole ab, der nur knapp das Bein des Rumänen verfehlt, droht ihm mit dem Entzug der Aufenthaltsgenehmigung und raubt ihm 15 Mark. –

In Ravensbrück schlagen vier Skinheads einen Oberst der russischen Streitkräfte in Ostdeutschland zusammen und verletzen ihn schwer. –

Das Landgericht Schwerin verurteilt zwei junge Männer wegen des Überfalls auf das Asylbewerberheim Bahle/Mecklenburg-Vorpommern im Juli 1992 zu Freiheitsstrafen. Der 22jährige erhält eine Haftstrafe von zweieinhalb Jahren, der 19jährige Jugendhaft von acht Monaten.

Freitag, 20.8. –

Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Solingen.

Sonntag, 22.8. –

Brandanschlag auf eine Pizzeria in Augsburg. Der Wirt kann das Feuer löschen.

Dienstag, 24.8. –

Vierter Brandanschlag auf das Haus einer marokkanischen Familie in Wegberg bei Mönchengladbach. Die Staatsanwaltschaft geht nunmehr von einer Familienfehde aus. »Wir können nach allen bisherigen Hinweisen davon ausgehen, daß es sich nicht um ausländerfeindliche Brandanschläge handelt«, meint Staatsanwalt Dax. –

Das Amtsgericht Hannoversch Münden verurteilt einen 20jährigen Polizeischüler wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten auf Bewährung und zu einer Geldstrafe von 2.400 Mark. Der Polizeischüler hatte auf einer Feier im Aufenthaltsraum der Landespolizeischule Münden eintretende Gäste mit dem Hitlergruß empfangen. Außerdem hatte er mehrfach ausländerfeindliche Parolen gerufen. –

Die Potsdamer Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts, Einwohner des brandenburgischen Dorfes Dolgenbrodt könnten eine Prämie von 2.000 Mark für einen Anschlag auf das dortige Asylbewerberheim geboten haben. Der 19jährige Silvio J., der im Mai unter dringendem Tatverdacht festgenommen worden war, habe bestritten, den Anschlag auf das Heim verübt zu haben. Bei seiner Vernehmung habe er angegeben, andere hätten das Geld und auch »logistische Unterstützung« aus der Bevölkerung erhalten. Bei dem Brandanschlag im November 1992 war das noch unbewohnte Asylbewerberheim, in dem am nächsten Tag 86 Asylbewerber für sechs Monate untergebracht werden sollten, zerstört worden. Im Vorfeld hatte sich in Dolgenbrodt eine Bürgerinitiative gegen das Asylbewerberheim gebildet, die angekündigt hatte, sich »mit allen Kräften« zu »wehren«. Die Bürgermeisterin von Dolgenbrodt, Ute Preißler, weist den Vorwurf, die Dolgenbrodter hätten konspirativ 2.000 Mark für die Brandstiftung gesammelt, zurück, räumt jedoch ein: »Wir waren nicht sehr traurig, daß damit das Problem zunächst mal gelöst war.«

Mittwoch, 25.8. –

Die Reichskriegsflagge in Dolgenbrodt in Sichtweite des niedergebrannten Asylbewerberheims wird von der Polizei eingeholt.

Donnerstag, 26.8. –

Bundesinnenminister Kanther (CDU) stellt in Bonn den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1992 vor. Danach wurden 1992 insgesamt 2.584 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert, eine Steigerung von 74 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl aller rechtsextremistischen Gesetzesbrüche stieg um 83 Prozent; inklusive Schmieraktionen, Beleidigungen und Verwendung verbotener Symbole wurden 7.121 Straftaten registriert. 17 Menschen starben 1992 als Opfer rechtsradikaler Anschläge. 1992 registrierte der Verfassungsschutz 42.700 Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen, davon 6.400 militante. –

Der Magistrat der Stadt Darmstadt läßt disziplinarrechtlich gegen einen Oberinspektor der Stadtverwaltung ermitteln. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, daß der 31jährige offen diskriminierende Parolen gegen Ausländer äußerte, wird er aus dem Dienst entlassen. Der Oberinspektor soll sich zwischen 1989 und 1992 als Sachbearbeiter in der Führerscheinstelle des Ordnungsamtes im Beisein von Kollegen und Publikum mehrfach beleidigend über Ausländer geäußert haben.

Freitag, 27.8. –

Ein 24jähriger Türke wird in Lotte bei Osnabrück von vermutlich rechtsradikalen Tätern überfallen und bewußtlos geprügelt. Die drei Täter sprühen ihrem Opfer mit schwarzer Farbe ein Hakenkreuz auf die Stirn. Außerdem nehmen sie ihm die Schlüssel ab, dringen in seine Wohnung ein und beschmieren die Wände mit Hakenkreuzen. Der schwer verletzte junge Türke wird in ein Krankenhaus eingeliefert. –

Für ein Asylbewerberheim, das vom Evangelischen Diasporawerk des Münsterlandes an die Stadt Borken vermietet ist, hat sich erst nach langem Suchen eine Feuerversicherung gefunden. Insgesamt 38 Versicherungen hatten es abgelehnt, die Asylbewerberunterkunft zu versichern.

Sonntag, 29.8. –

Unbekannte kleben rechtsradikale Hetzschriften an die Eingangstüren zweier Grundschulen in Frankfurt/Oder. Auf den Flugblättern stehen Titel wie »Stopp der Ausländer- und Asylanteninvasion« und »Deutschland den Deutschen«. Die Polizei vermutet einen Zusammenhang mit einer Veranstaltungsreihe, die antirassistische Initiativen für das kommende Wochenende geplant haben.

Montag, 30.8. –

Brandanschlag auf ein zweigeschossiges Wohn- und Geschäftshaus in Idar-Oberstein/Rheinland-Pfalz. Ein 40jähriger Afghane, der in dem Haus ein Geschäft betreibt, wird mit einem Schock und Schürfwunden in ein Krankenhaus gebracht. Das Haus ist mit Hakenkreuzen und »Ausländer raus«-Parolen besprüht und wird durch den Brandanschlag zerstört. –

Brandanschlag auf das Lokal eines Türken in München. Unbekannte Täter schleudern zwei Molotowcocktails gegen die hölzerne Außenwand der »Kastanienklause«. Der Wirt entdeckt den Brand frühzeitig und kann das Feuer löschen. –

Mit Hinweis auf die Idylle des Ortes lehnt die Gemeinde Dolgenbrodt erneut die Aufnahme von Asylbewerbern ab und verteidigt ihre bisherigen Protestaktionen. Die Gemeindevertretung erklärt, Dolgenbrodt sei »ein abgelegener Ort mit absolut unzureichender Verkehrsverbindung, mit fast keinen Versorgungsmöglichkeiten, mit über 600 Bungalows auswärtiger Bürger und ohne eine Polizeistation weit und breit«.

Dienstag, 31.8. –

Die Bundesregierung veröffentlicht ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS. Danach wurden im Juli 1993 insgesamt 495 fremdenfeindliche Straftaten registriert, darunter 30 Brandanschläge und 45 Angriffe gegen Personen. Von 142 Tatverdächtigen seien 42 vorläufig festgenommen und gegen vier sei Haftbefehl erlassen worden. –

Polizei und Staatsanwaltschaft in Münster haben Zweifel, ob der am 27.8. zusammengeschlagene Türke, dem ein Hakenkreuz auf die Stirn gemalt worden war, tatsächlich ein Opfer rechtsextremistischer Gewalt wurde. So seien in der Aussage des Mannes »Ungereimtheiten« aufgefallen. Gegen ihn werde nun wegen Vortäuschung einer Straftat ermittelt. Das Ergebnis der Untersuchungen sei noch »offen«. –

Brand in einem Asylbewerber- und Obdachlosenheim in Detmold. Vier Personen müssen mit Rauchvergiftungen in eine Klinik gebracht werden. Die Brandursache ist unklar. Die Polizei schließt jedoch aufgrund eines Sachverständigen-Gutachtens einen ausländerfeindlichen Anschlag »weitestgehend« aus.

Das Archiv für Sozialpolitik (Frankfurt/M.) erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Dienstag, 13.7.1993 –

Vor dem Bezirksgericht Potsdam beginnt der Prozeß wegen des Brandanschlags auf die Gedenkstätte des früheren Konzentrationslagers Sachsenhausen. Den beiden 19 und 20 Jahre alten Angeklagten aus Berlin wird zur Last gelegt, gemeinsam mit bis zu 20 weiteren Berliner Skinheads die Jüdische Baracke mit Molotowcocktails in Brand gesteckt zu haben.

Freitag, 23.7. –

Das Amtsgericht Tiergarten in Berlin verurteilt einen 25jährigen Franzosen wegen der Schändung des jüdischen Mahnmals auf der Pulitzbrücke im April 1992 zu einer Geldstrafe von 3.120 Mark.

Sonntag, 25.7. –

Unbekannte beschädigen die Gedenkstätte für den Todesmarsch der KZ-Häftlinge von Sachsenhausen im Wald bei Below/Kreis Wittstock. Das Tor der Außenumzäunung wird ausgehängt, die Leitung des Alarmmelders durchschnitten und

die Scheibe der Museumstür zerschlagen.

Dienstag, 27.7. –

Unbekannte Täter schänden den Jüdischen Friedhof in Hechingen/Zollernalbkreis. Sie werfen 15 Grabsteine um und zerstören sie teilweise.

Donnerstag, 29.7. –

Das Amtsgericht München erläßt Strafbefehl wg. Beleidigung und Sachbeschädigung gegen eine fanatische Tierschützerin, die selbstverfaßte Aufkleber und Plakate aufgehängt hatte, in denen es unter anderem heißt: »Schächten immer noch! Juden, hört auf, Tiere für euren Ritualwahn bestialisch zu Tode zu quälen« und »Wie lange noch wollt ihr jüdischen Völker die Tiere bestialisch zu Tode quälen«. Einen Aufkleber brachte die Tierschützerin an dem Geschäft einer Auschwitz-Überlebenden in der Fußgängerzone an. Der Tierschützerin wird eine Geldstrafe von 1.200 Mark auferlegt.

Dienstag, 17.8. –

Im Prozeß um den Brandanschlag vom 25. September 1992 auf die Gedenkstätte des KZs Sachsenhausen gesteht einer der beiden Angeklagten, der 20jährige Ingo K., seine Teilnahme an dem Anschlag und beschuldigt den Mitangeklagten.

Donnerstag, 19.8. –

Der Friedhof der Israelitischen Synagogengemeinde »Adass Jisroel« im Berliner Bezirk Weißensee wird zum wiederholten Mal geschändet. Unbekannte werfen drei Grabsteine um.

Dienstag, 24.8. –

Die Staatsanwaltschaft Meiningen ermittelt wegen des Verdachts auf Volksverhetzung gegen ein Mitglied des Thüringer Rechnungshofs. Der aus Hessen kommende Finanzexperte Hans-Peter Kalusche hatte Mitte Mai bei einer Schulung von Mitarbeitern des Thüringer Landesrechnungshofs sinngemäß aus einem Aufsatz zitiert, wonach »die Judenvernichtung auch unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten betrachtet werden könne«. Kalusche hat eine antisemitische Zielrichtung seiner Äußerung bestritten. Das Zitat stammt nach seinen Angaben aus Unterrichtsblättern der Bundeswehr. Der Autor Rainer Reinhart war wegen des Vergleichs versetzt worden.

Mittwoch, 25.8. –

Das Amtsgericht Tiergarten verurteilt einen 61jährigen Rentner zu acht Monaten Haft auf Bewährung und zur Zahlung einer Geldbuße von 1.500 Mark an den Verein »Antirassistische Initiative«. Der Rentner hatte im Oktober 1992 in Wilmersdorf einen Studenten deutscher und israelischer Staatsangehörigkeit beschimpft: »Hitler müßte nochmal auferstehen, um Leute wie euch zu vergasen.« Der junge Mann, dessen Großmutter in Auschwitz ums Leben gekommen war, beschloß unter dem Eindruck des Geschehens, sein Studium in Israel fortzusetzen.

Freitag, 27.8. –

Der Münchner OB-Kandidat der SPD, Bürgermeister Christian Ude, erstattet Strafanzeige gegen einen 22jährigen Mann, der Wahlplakate Udes mit der Parole »Judenpack« beschmierte und einen Judenstern auf dessen Stirn malte. Eine Zeugin hatte den 22jährigen beobachtet.

Samstag, 28.8. –

In der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen beschmieren zwei Männer eine Skulptur vor dem Mahnmal mit Hakenkreuzen. Die 19 und 20 Jahre alten Täter werden bei der Tat überrascht und vorläufig festgenommen.

Sonntag, 29.8. –

Der Jüdische Friedhof in Worms wird von Unbekannten geschändet. Mehr als hundert Grabsteine werden mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert.

Konkret 10/93, S. 33

Karl Rössel

Der europäische Imperialismus II

Nur zögerlich und am Rande hat sich die (bundes)deutsche Linke mit dem Wachsen eines eigenständigen imperialistischen Blocks in Westeuropa auseinandergesetzt. Zweiter Teil der Geschichte eines linken Versäumnisses

Portugal: Von der Nelkenrevolution zum EG-Beitritt

1973 traten Großbritannien, Irland und Dänemark der EG bei, 1975 stellte Griechenland einen Beitrittsantrag, und schon 1977 baten auch Spanien und Portugal offiziell um die Aufnahme in die EG.

Es muß in der Rückschau verwundern, daß nicht spätestens die Einbeziehung Griechenlands, Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft zu einer breiteren Kritik an der EG innerhalb der deutschen Linken geführt hat. Schließlich wurde sie in Brüssel schon zu einer Zeit vorbereitet, als in allen drei Ländern noch Diktaturen mit brutalen Repressions- und Foltermethoden herrschten. Zwar organisierte die Internationalismus-Bewegung einige Solidaritätskampagnen für die Oppositionsbewegungen in diesen Ländern. Und die politischen Zukunftsvorstellungen der in die Illegalität verbannten griechischen, spanischen und portugiesischen Linken (von den Kommunisten bis zu den Anarchisten) widersprachen deutlich der Einbeziehung ihrer Länder in die immer stärker werdende kapitalistische Wirtschaftsgemeinschaft EG. Doch hierzulande wurde nicht gesehen, welchen Anteil die EG am Scheitern aller alternativen Gesellschaftsentwürfe in Südeuropa haben würde.

Als 1974 – nach fast einem halben Jahrhundert Diktatur – in Portugal die »Revolution der Nelken« siegte und mit ihren rätedemokratischen Ansätzen und Landkooperativen die hiesige Internationalismusszene begeisterte und zu massenhaften Polit-Reisen in das iberische Land lockte, waren es die Regierungen der EG (allen voran die damals sozialdemokratisch geführte Bundesregierung), die – assistiert von der Nato – mit wirtschaftlicher, politischer und militärischer Erpressung in kürzester Zeit alle Träume von einem demokratisch-sozialistischen »Modell« auf europäischem Boden zerschlugen. Im Dezember 1974 mußte selbst die Sozialistische Partei Portugals unter Mario Soares noch mit einer Grundsatzerklärung operieren, die der revolutionären Grundstimmung im Lande geschuldet war. Darin wurde nicht weniger gefordert als »die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, in der alle Arbeiter assoziierte Produzenten sind«, »eine neue Gesellschaft ohne Lohnarbeit, ohne Entfremdung durch die Arbeit, ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen«, und festgestellt, daß dies nur durch die »Vergesellschaftung der Produktions- und Distributionsmittel« durchzusetzen sei. Doch von dieser Erklärung bis zur Beantragung der vom SPD-Zögling Soares konsequent betriebenen EG-Mitgliedschaft Portugals im März 1977, die im Parlament nur noch von der Kommunistischen Partei (PCP) abgelehnt wurde, dauerte es nicht einmal zweieinhalb Jahre und damit etwa ebenso lange wie vom spontanen Aufschwung der bundesdeutschen Portugalsolidarität bis zur Abkehr ihrer enttäuschten Aktivistinnen und Aktivisten von diesem Land.

Mit der Sozialdemokratisierung Portugals und seiner Einbeziehung in die EG war langfristig auch das Schicksal der ehemaligen portugiesischen Kolonien Angola, Mosambik, Guinea Bissau und der Kapverdischen Inseln besiegelt, die nach langen Befreiungskriegen 1974, wenige Monate nach der Revolution, endlich unabhängig geworden waren. Von einem revolutionär regierten Portugal hatten sich die dortigen Befreiungsbewegungen Aufbauhilfen für ihre zerstörten und ausgeplünderten Länder erhofft. Statt dessen sahen sie ihre ehemalige Kolonialmacht schon bald wieder treu an der Seite von Nato und EG, also im Kreis der Finanziers und Waffenlieferanten jener Contra-Banden, die Angola wie Mosambik bis heute mit verheerenden Kriegen überziehen. (Die vom südafrikanischen Apartheid-Regime unterstützten »Rebellen« der Renamo in Mosambik wie der Unita in Angola unterhielten stets enge Beziehungen zu rechten Militär-, Finanz- und Regierungskreisen in Portugal wie auch in anderen EG-Staaten.)

Doch in einer hierzulande Mitte der siebziger Jahre verfaßten Analyse der »Verschwörung des Imperialismus gegen die portugiesische Revolution« wird die EG und ihr schon 1971 öffentlich geäußerter Plan zur Einbeziehung Portugals in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht einmal erwähnt (vgl.: Arno Münster: *Portugal. Jahr 1 der Revolution. Eine analytische Reportage*). Immerhin wies Wolfgang Kraushaar Anfang 1976 in der Frankfurter Studentenzeitung »diskus« einmal in einem Nebensatz auf die »ungeheure ökonomische Abhängigkeit« Portugals hin, auf »das vollständige Angewiesensein auf Handelsbeziehungen zur EG«. Doch in der gleichen Zeitschrift hatte Rossana Rossanda kurz zuvor noch die weithin akzeptierte These aufgestellt, daß mit der portugiesischen Revolution »die alte Komplizenschaft« der herrschenden Klassen in Europa »gesprengt und die bereits brüchig gewordenen Gleichgewichte des Kontinents ins Wanken gebracht« worden seien. Nur die Sozialistische Partei Portugals habe noch nicht begriffen, »daß ein sozialdemokratischer Kompromiß mittlerweile weder strukturelle Grundlagen noch gesellschaftliche Agenten und Träger hat. Es hieße für sie also, einen beträchtlichen Teil ihrer selbst zu negieren und sich neu zu erfinden, denn heute bleibt der Partei nur die Alternative: entweder einen eigenständigen Beitrag zu eben dieser neuen und radikalisierten Phase zu leisten, oder der Restauration in die Falle zu gehen und sich damit selbst zu liquidieren.« Tatsächlich brauchte sich die Sozialistische Partei Portugals keineswegs zu negieren, als sie mit Hilfe der EG die Restauration ungestörter

Kapitalverwertungsbedingungen in Portugal betrieb wie auch die zielstrebige Eingliederung des Landes in die Institution der »herrschenden Klassen Europas«. Das war ihre eigentliche Mission.

Die Rolle der EG bei der Zerschlagung der portugiesischen Revolution wurde erst in später publizierten Rückblicken analysiert. So schrieb Rainer Eisfeld in einem Beitrag unter dem Titel »›Nelkenrevolution‹ und Außenpolitik« 1982: »Besondere Bedeutung gewann die Haltung der USA, der NATO und der EG für Portugal, weil dessen wirtschaftliche Lage sich rasch verschlechterte.« Eisfeld zitiert Hans Beck, damals stellvertretender Kabinettschef des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp (DGB/SPD), der Anfang 1975 betont hatte, bei einer möglichen wirtschaftlichen Hilfe an Portugal gehe es »in allererster Linie um unser eigenes Interesse, nämlich um die Bewahrung und Sicherung unseres politischen Systems«. Ähnlich argumentierte Willi Brandt in der SPD-Zeitung »Vorwärts« vom 3. Juli 1975. Er schrieb, die europäische Sozialdemokratie würde »nicht zulassen, daß die Entwicklung in Portugal einer ungewissen Zukunft entgegentreibt und daß dort ideologische Exportmodelle auf Kosten der pluralistischen Demokratie errichtet werden«. Eisfeld über die Konsequenzen in der damals von sozialdemokratischen Regierungen dominierten EG: »Am 17. Juli 1975 lehnte der europäische Rat der EG ein portugiesisches Ersuchen um Finanzhilfe faktisch ab, indem er Portugal ein buchstäbliches Ultimatum präsentierte: ›Die Europäische Gemeinschaft (kann) aufgrund ihrer politischen und geschichtlichen Tradition nur einer pluralistischen Demokratie ihre Unterstützung geben.‹« (»Leviathan« 4/82).

Nach dem Tod des Diktators Francisco Franco Ende 1975 entstanden im Nachbarland Spanien schon gar keine revolutionären Frühlingsgefühle mehr. (Franco hatte sich übrigens schon 1962 vergeblich um die Aufnahme Spaniens in die EWG bemüht.) Zwar mußte auch die Sozialistische Partei Spaniens unter ihrem von der Friedrich-Ebert-Stiftung geschulten Vorsitzenden, Felipe Gonzáles, zunächst – in der Opposition! – noch lauthals Propaganda gegen den Beitritt Spaniens zur Nato machen, um in den ersten Umbruchjahren Stimmen zu sammeln. Doch da die Nato-Mitgliedschaft Spaniens von der EG zur Voraussetzung für einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft gemacht wurde, brachen die Sozialisten, als sie 1982 an die Regierung kamen, schnell ihr Wahlversprechen, führten das Land erst in die Nato, dann in die EG, woraufhin der »Sozialist« Gonzáles mit seiner neoliberalen und unsozialen Wirtschaftspolitik zu Lasten der ärmsten Schichten des Landes alsbald zum »Musterschüler der Gemeinschaft« avancierte.

Die bundesdeutsche Internationalismusbewegung bewertete die politischen Entwicklungen in Griechenland, Portugal und Spanien nach dem Sturz der dortigen Diktaturen durchweg negativ. Doch die frappierende Parallelität der von Brüssel ausmit gesteuerten Politik in diesen Ländern führte nicht zu einer Bündelung der Kritikan der Institution EG, obwohl diese in allen drei Fällen maßgeblich mit an der Umwandlung der südeuropäischen Folterregimes in kapitalistisch-formierte parlamentarische Demokratien nordeuropäischen Musters beteiligt war.

Offiziell vollzogen wurde der Beitritt Spaniens und Portugals zur EG 1986. Damit war die »Gemeinschaft der Zwölf« – Griechenland war schon 1981 beigetreten – komplett. Jetzt konnte – neben der Wirtschaftsgemeinschaft und dem gemeinsamen Binnenmarkt, dessen Verwirklichung Mitte der achtziger Jahre für 1992 anvisiert wurde – immer zielstrebiger der Plan einer politischen Union der EG-Staaten vorangetrieben werden. So enthält die Einheitliche Europäische Akte vom 1. Juli 1987 Beschlüsse zur »Europäischen Politischen Zusammenarbeit«. Insbesondere ist darin festgelegt, daß sich die EG-Mitgliedsstaaten in Zukunft darum »bemühen« sollten, »gemeinsam eine europäische Außenpolitik auszuarbeiten und zu verwirklichen«, eine Außenpolitik, die stärker als zuvor der (nationalen) parlamentarischen Kontrolle entzogen sein sollte. Zwar heißt es in den Vereinbarungen von 1987, »daß das Europäische Parlament eng an der Europäischen Politischen Zusammenarbeit beteiligt« werden sollte. Doch das beschlossene Verfahren zur Umsetzung dieses Vorsatzes verrät die reale Absicht hinter der demokratisch klingenden Formulierung: »Zu diesem Zweck unterrichtet (!) die Präsidentschaft das Europäische Parlament regelmäßig über die im Rahmen der Arbeit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit geprüften außenpolitischen Themen und trägt dafür Sorge, daß die Auffassungen des Europäischen Parlamentes bei dieser Arbeit gebührend berücksichtigt (!) werden« (Art. 30,4).

In den fünfziger und sechziger Jahren war die Idee eines europäischen Staatenbundes, die schon Adenauer als Bundeskanzler propagiert hatte, noch am Veto Frankreichs unter de Gaulle gescheitert, der schon damals – zu Recht – eine deutsche Dominanz in einem vereinten Europa befürchtet hatte. Frankreichs »sozialistischer« Präsident, der Algerienkämpfer Mitterand, (ver)-mochte sich dagegen in den achtziger Jahren nicht mehr (zu) wehren und suchte sich deshalb der bundesdeutschen Regierung als ihr wichtigster »Partner« in der EG anzudienen, um so zumindest einen Teil der französischen Machtposition in Europa zu wahren.

EG-»Entwicklungspolitik«

In den siebziger Jahren arbeitete die EG mit all den von der Internationalismusbewegung bekämpften Diktaturen dieser Welt zusammen. Sie schloß Handelsabkommen mit Argentinien zur Zeit der Militärregierung, mit Chile unter Pinochet und mit El Salvador ab 1978, mit den Diktatoren von Brasilien, Paraguay, Uruguay, den Philippinen, Indonesien, Süd-Korea und mit zwei Dutzend Ländern mehr, in denen (zeitweise) diktatorische Verhältnisse herrschten. (Schon seit 1963 bestand auch ein Assoziationsabkommen mit der Türkei, das die »schrittweise Errichtung einer Zollunion zwischen der Türkei und

der Gemeinschaft mit der späteren Möglichkeit eines Beitritts der Türkei als Vollmitglied zum Ziel« hat.) Daß hinter all diesen Vereinbarungen politisches System stecken könnte, daß sich darin möglicherweise ein außenpolitisches Grundkonzept offenbarte, wurde von der Internationalismusbewegung nicht diskutiert.

Ebenfalls in den siebziger Jahren verstärkte die EG auch ihr »Engagement« in den Ländern südlich des Mittelmeeres. So handelte sie Anfang 1976 bedeutende Kooperationsabkommen mit den Regierungen des Maghrebs (Marokko, Algerien und Tunesien) und 1977 mit den Staatschefs des Mashrik (Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien) aus. Dabei wirkte das im Januar 1976 abgeschlossene erste Kooperationsabkommen der EG mit Marokko, das der dortigen Diktatur immerhin 400 Millionen Mark brachte, wie eine Belohnung für die Besetzung der Westsahara durch marokkanische Truppen und den dadurch angezettelten Krieg, der im November 1975, also nur zwei Monate zuvor, ausgebrochen war. Doch der Westsahara-Krieg war in der Internationalismusbewegung stets allenfalls ein Randthema und somit blieb auch die Rolle, die die EG in diesem Krieg von Anfang an spielte, unbeachtet. (Die kleine Solidaritätsszene, die seit Anfang der achtziger Jahre den Kampf der Sahrauis und ihrer Befreiungsbewegung Frente Polisario unterstützt, verbreitet noch heute weiter solidarisch klingende aber folgenlose Resolutionen des Europaparlaments gegen die marokkanische Besatzungspolitik in der Westsahara, statt sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß die EG mit Billigung eben dieses Europa-Parlamentes zum wichtigsten Finanzier und ihre Mitgliedsstaaten zu den wichtigsten Waffenlieferanten der marokkanischen Diktatur geworden sind. Ende 1992 hat die EG wieder 1,7 Milliarden Mark für den Alleinherrscher Hassan II. locker gemacht.)

Auch die Tatsache, daß Ägypten nach seinem mit Millionen-Schmiergeldern aus den USA und Europa geförderten Bruch mit der Sowjetunion ab 1977 noch vor Marokko zum wichtigsten Kooperationspartner der EG in der Mittelmeerregion avancierte, vermochte hierzulande keine kritische Diskussion auszulösen. Denn auch mit diesem islamischen Lieblingspartner der EG beschäftigt(e) sich nahezu niemand in der internationalistisch engagierten Szene.

1975 gab die EG auch ihren (neo)kolonialen Beziehungen zu den ehemaligen europäischen Kolonien in Afrika, der Karibik und im Pazifik (zu diesem Zeitpunkt insgesamt 46 »AKP-Staaten«) eine straffere, vertraglich geregelte Grundlage. In der Hauptstadt Togos wurde das erste sogenannte »Lomé-Abkommen« unterzeichnet. Nach außen pries die EG dieses Abkommen als »Modell für eine neue Nord-Süd-Partnerschaft«. Angeblich ging es dabei um – scheinbar in selbstloser Manier gewährte – Handelserleichterungen und Finanzhilfen, die Stabilisierung der Exporterlöse und technische Unterstützung für die Entwicklungsländer. Doch in einem Papier der EG-Kommission aus demselben Jahr 1975 werden andere, keineswegs altruistische, Motive für die »Partnerschaft« mit den AKP-Ländern genannt: »Die Gemeinschaft braucht breit gestreute, umfangreiche Investitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Entwicklungsländer: zur Diversifizierung und Absicherung ihrer Rohstoffversorgung, zur Schaffung einer dauerhaften Grundlage für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern und zur Erhaltung und Stärkung der Präsenz der europäischen Industrie und des europäischen Handels auf den Märkten der Entwicklungsländer gegenüber der internationalen Konkurrenz.«

Bis heute gab es vier Lomé-Abkommen, das letzte abgeschlossen im Dezember 1989 mit nun schon 69 AKP-Staaten und einer Laufzeit von zehn Jahren. Aber trotz allen offiziellen Geredes von »Handelspräferenzen« und »Exportstabilisierungen« zugunsten der AKP-Staaten ist ihr Anteil am Außenhandel der EG ständig gesunken – von 7 Prozent 1975 auf 3,8 Prozent 1989. Den Forderungen der AKP-Staaten nach einem Ausbau ihrer industriellen Infrastruktur, der sie unabhängiger von Importen aus Europa hätte werden lassen, wurde weder im ersten, noch in den folgenden Abkommen entsprochen. Im Gegenteil: Seit dem vierten Lomé-Abkommen von 1989 werden die AKP-Staaten jetzt auch von der EG direkt gezwungen, »Strukturanpassungsprogramme« in ihren Ländern durchzuführen, wie sie den verschuldeten Ländern der »Dritten« Welt zuvor schon vom Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank (mit Zustimmung der EG-Staaten) verordnet worden waren. Was als »Sanierung der Wirtschaft« ausgegeben wird, dient vor allem dazu, die Länder der »Dritten« Welt zur Zahlung ihrer Schulden bei den Banken und Regierungen der Industrienationen anzuhalten. Zu diesem Zweck werden überall gleiche Auflagen oktroyiert. Dazu gehören radikale Kürzungen bei den ohnehin kargen Sozialausgaben, Exportproduktion statt Selbstversorgung bei gleichzeitiger Öffnung der heimischen Märkte für ausländische (sprich: europäische) Waren. Die Folgen dieser Politik sind für die betroffenen Länder überall gleich: Hunger, Armut, Verelendung.

Im letzten Jahrzehnt ist das Pro-Kopf-Einkommen in 30 Ländern Afrikas, die dieser Tortur unterworfenen wurden, um 20 Prozent gesunken. Allein in den letzten vier Jahren haben die 27 ärmsten Länder Afrikas ihre Ausgaben für das Gesundheitswesen um 25 Prozent kürzen müssen. Und die Erziehungssysteme der meisten strukturangepaßten Länder sind durch Kürzungen zwischen 30 bis 50 Prozent und folglich zusätzlichem enormen Brain-drain weitgehend ruiniert (vgl. Claudia von Braunmühl, KONKRET 8/90).

Nach der Unterzeichnung des ersten Lomé-Abkommens 1975 vergingen jedoch zehn Jahre, ehe die bundesdeutsche Internationalismusbewegung sich mit den Folgen dieser EG-»Entwicklungspolitik« auseinanderzusetzen begann.

Wird fortgesetzt

Karl Rössel schrieb in KONKRET 7/93 über die ersten 15 Jahre der E(W)G und das Desinteresse der Apo an ihr

Konkret 10/93, S. 36

Erwin Riess

Nächstes Jahr in Stalingrad

Letzte Nachrichten vom Ausbruch des Liberalismus in Österreich

Sie habe während der Weihnachtsfeiertage intensiv über die Trennung nachgedacht, sagte sie. Der Bruch sei unvermeidlich geworden, ihre liberale Seele hätte keinen weiteren Tag an seiner Seite ertragen. Den Zeitpunkt der Trennung habe sie so gewählt, daß dem Gehörnten großer Schaden erwachse.

Alles nicht wahr, sagte er, und seine Stimme zitterte vor Wut. In Wahrheit habe sie sein Volksbegehren abgewartet, und erst als dieses respektabel, aber nicht himmelsstürmend ausgefallen sei, habe sie das freiheitliche Schiff verlassen. Falschmünzer, Ehrabschneider und andere Finsterlinge steckten hinter dem Verrat, er wisse keine andere Erklärung für die Ranküne, der sie sich hingegeben habe. Mehr noch als ihre Treulosigkeit schmerze ihre Niedertracht; nicht nur habe sie vier seiner Kameraden – abgekämpfte Krieger zwar und zu nichts Rechtem mehr zu gebrauchen – , abgeworben, nein, sie habe beim Verlassen der gemeinsamen Bleibe auch noch den halben Hausrat, fünf Mandate und den Posten des Dritten Nationalratspräsidenten mitgehen lassen.

So sprachen Heide Schmidt, die ehemalige Präsidentschaftskandidatin der FPÖ, und Jörg Haider, deren Parteivorsitzender, am Runden Tisch des ORF. Österreich war an jenem Januarabend um eine Partei, das »Liberale Forum«, reicher, die FPÖ um fünf Abgeordnete ärmer geworden. Gerade fünf Mandatare aber brauchte es, den begehrten Klubstatus vom sozialdemokratischen Nationalratspräsidenten Fischer zugesprochen zu erhalten; die Vertretung in den wichtigsten Parlamentsausschüssen war damit gesichert, das Füllhorn der öffentlichen Parteienfinanzierung geöffnet. Die Partei aus der Retorte entstand als institutionelle Antwort der politischen Klasse auf den Vormarsch der »Freiheitlichen«, das »Liberale Forum« sollte diesen zumindest einen Teil der Proteststimmen wegschnappen. Heide Schmidt, die nur einen kleinen Schritt aus der Marschkolonne getan hatte, erschien plötzlich als Bannerträgerin des offiziellen österreichischen Antifaschismus, der sich bekanntlich dadurch auszeichnet, daß er der braunen Suppe die übelriechende Würze verleiht.

Schmidt lebte sich schnell in ihre neue Rolle ein; sie eilte von einem Interviewtermin zum nächsten; kein Leitartikler, kein Fernsehmoderator, der nicht ihrem Mut Respekt zollte. Niemand fragte danach, wie es um jemandes Antifaschismus bestellt ist, der, nachdem er jahrelang der politischen Gemeinheit die Mauer gemacht hat, die Unversöhnlichkeit mit den Völkischen erst entdeckt, als das Ersatzbett in der Belle Etage überzogen und die Apanage verbucht ist.

Kurt Tucholsky, der aus seiner Aversion gegen Hunde nie ein Hehl machte, wurde einmal gefragt, ob er liberal sei. Das wisse er nicht, antwortete er, er wisse nur, daß die meisten Hunde liberal seien. In Österreich gibt es eine Million Hunde, die Tiere gedeihen prächtig und erfreuen sich mannigfaltiger öffentlicher Unterstützung. Die Hundehalter werden auch im Gegensatz zu totalitären Staaten nicht dazu angehalten, den Dreck ihrer Köter eigenhändig zu beseitigen; der österreichische Staat und seine Bevölkerung benehmen sich Hunden gegenüber sehr liberal.

Die Österreicher mögen für ihre Hundeliebe berüchtigt sein, ihren Liberalismus hat bislang noch niemand beklagt. Das »Liberale Forum« könnte hier Abhilfe schaffen. Schon im ersten halben Jahr seiner Existenz kam es zu einem erstaunlichen Aufschwung des Liberalismus, ausländische Beobachter sprechen sogar von einem liberalen Taumel, der das Land ergriffen habe. Hunderte Liberale stellten sich dem »Forum« ehrenamtlich zur Verfügung, Tausende erklärten ungefragt ihre Bereitschaft zum Parteibeitritt, und die Industriellenvereinigung suchte um die Genehmigung nach, der neuen Partei eine Millionenspende überreichen zu dürfen. Nationalratspräsident Fischer schirmte seine liberale Kollegin gegen freiheitliche Angriffe ab, Haiders Popularität erreichte einen Tiefpunkt, Schmidt hingegen rangiert in der Sympathieskala gleich nach dem umtriebigen Bundespräsidenten und dem entrückten Kanzler.

Von den liberalen Sternstunden der letzten Monate sollen hier nur die herausragenden erwähnt werden:

· Mitte März wird der Programmsprecher des »Liberalen Forums« vorgestellt. Es handelt sich um den vormaligen FPÖ-Abgeordneten Frischenschlager, der 1984 als Verteidigungsminister den aus Italien abgeschobenen Kriegsverbrecher Reder auf dem Rollfeld des Grazer Flughafens mit Handschlag begrüßt hat.

· Ende März tritt der »Wirtschaftssprecher« des »Liberalen Forums«, der Senfproduzent Mautner, auf den Plan. Er erklärt, das vordringlichste Anliegen liberaler Wirtschaftspolitik sei die Aufhebung des Kündigungsschutzes für behinderte Arbeitnehmer.

· Die liberale Woge macht auch vor der Hofburg nicht halt. Im April weigert sich Bundespräsident Klestil, der Eröffnung des Holocaust-Museums in Washington beizuwohnen. Die liberalen Österreicher würden das nicht gern sehen. Klestil bleibt also in der Hofburg und trägt von dort das Seine zum Aufschwung der liberalen Bewegung bei: Anläßlich eines Fototermins umarmt er einen geistig behinderten Jugendlichen.

· Im Mai wird das »Liberale Forum« in den niederösterreichischen Landtag gewählt. Gleichzeitig bescheren die liberalen Niederösterreicher, die Parallelaktionen von altersher schätzen, auch der FPÖ einen ansehnlichen Erfolg, der die Blauen sogar in die Landesregierung katapultiert. Verlierer der Wahl sind die Koalitionsparteien und die Grünen.

· Im Juni besucht Bundeskanzler Vranitzky als erster österreichischer Regierungschef Israel, im Reisegepäck führt erden Leitartikel des »Presse«-Herausgebers Chorherr mit, der den Kanzler daran erinnert, daß das Reiseziel Jerusalem und nicht Canossa heißt. In einer Rede anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde verwahrt sich Vranitzky gegen den von niemandem erhobenen Vorwurf der Kollektivschuld – Österreicher stellten bekanntlich achtzig Prozent der KZ-Mannschaften – , und spricht sich nachdrücklich gegen eine einmalige Entschädigungszahlung an die noch lebenden dreißigtausend jüdischen Faschismusopfer aus, eine Geste, die die Israelitische Kultusgemeinde seit Jahren urgiert. Viele Israelis erinnern sich noch an den Affront des damaligen UN-Präsidenten Waldheim, als dieser bei einem Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem die ihm angebotene Kipa, die traditionelle jüdische Kopfbedeckung, ablehnte. Vranitzky, der liberale Sozialdemokrat, meistert diese Hürde bravourös: Er erscheint mit Hut.

· Im Juli gedenkt das liberale Österreich seiner gefallenen Söhne und startet die Kampagne »50 Jahre Stalingrad«: Weil die »Gebeine der Verstorbenen verstreut im Steppengras liegen und Souvenirjäger herrenlose Soldbücher plündern« und weil »die Größe der Aufgabe in jeder Hinsicht die Möglichkeiten« der hilfswilligen russischen Politiker übersteigt, formiert sich ein Personenkomitee, das »1994 am Ort des furchtbaren Geschehens für die gefallenen Österreicher ein Mahnmal zu errichten« gedenkt. Das Komitee versteht sich als Teil einer »gewaltigen Aufgabe«, nämlich des »Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der in ganz Europa Außerordentliches geleistet hat«.

Die für die Verteidigung der Heimat am Donbogen Gefallenen müssen in »würdiger und christlicher Weise« bestattet werden. »Das erfordert einen hohen materiellen Einsatz.« Es ergeht daher die Bitte, »durch einen entsprechenden finanziellen Beitrag es zu ermöglichen, daß jene, die vor fünfzig Jahren ihr junges Leben« im Dienste brandschatzender Verbrecher ließen, ein Denkmal erhal-ten, das ihre außerordentlichen Taten in die Kalmückensteppe schreit: »Gefallenengedächtnisstätten sind Leuchttürme des Friedens.«

Den Aufruf zieren einige Farbaufnahmen. Sie zeigen unter anderem einen einsamen Totenschädel auf brauner Erde (»Das Grauen ist noch heute allgegenwärtig«) und eine Kirche in Wolgograd (»Alte Kirche im Kessel«). Ein Häuflein bleicher Knochen ist übertitelt mit: »Sie waren einst Soldaten der 297. Infanteriedivision.«

Das Proponentenkomitee stellt einen repräsentativen Querschnitt durch das liberale Österreich dar: Neben dem ehemaligen burgenländischen Gauleiter Portschy, der unter anderem für den Tod Tausender Roma verantwortlich ist, ruft auch der Präsident des steiermärkischen Landtags, Wegart, zur guten Tat auf. Wegart bewies im Vorjahr seine liberale Gesinnung, als er stolz erklärte, er würde jederzeit und immer wieder den Ehrenschutz für Veranstaltungen der Kameradschaft IV, des Traditionsvereins der Waffen-SS, übernehmen. Wegarts Freund, der bekennende Rechtsaußen Emmerich Assmann, bis zu seiner vor kurzem erfolgten Pleite Österreichs größter Waffenproduzent, ist ebenso mit von der Partie wie die bekannten Liberalen Kostelecky (Militärbischof), Habsburg (Ersatzkaiser) und Bacher (ORF-Intendant).

Außerdem unterstützen den Aufruf alle Landeshauptleute, Außenminister Mock, Verteidigungsminister Fasslabend, Bundeskanzler Vranitzky, Kardinal Groer und Kammerschauspieler Muliar. Ihnen beigesellt ist der in der Nachfolge des austrofaschistischen Prälaten Seipel wirkende St. Pöltner Bischof Kurt Krenn, welcher im innerkirchlichen Meinungsstreit tatkräftige Schützenhilfe von Jörg Haider erhält, wofür der wortgewandte Bischof nicht nur den Aufputz bei FPÖ-Parteitagen macht, sondern Familie Haider im Juli zu einer Privataudienz beim Papst verhilft.

Krenn wird vom Hochmeister des Deutschen Ordens, Wieland, vom Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, Verzetnitsch, und von Friedhelm Frischenschlager begleitet. Dahinter reihen sich der Obmann des Verbandes der Kriegsblinden, Glöckel, der Präsident des Aufsichtsrats der Creditanstalt-Bankverein, Göttlicher, Oberst in Ruhe Hans Hirn, Sparkassenpräsident Commendatore Höller und Präsident der Industriellenvereinigung Kessler ein. Ihnen folgen der Sekretär der Kriegsgräberfürsorge, Kreuzwirth, Bundesrat Liechtenstein, Oberst Arno Manner und der Bundesfeldmeister der Pfadfinder, Mazanek. Die liberale Nachhut bilden der Corpskommandant des Deutschmeister-Schützenkorps, Nachazel, und der Generaldirektor der Leykam-Papierfabrik, Oktapetz.

Eine zweite liberale Armeegruppe weist bedeutende Köpfe wie den Leiter der Bibliothek des Heeresgeschichtlichen Museums, Amtsdirektor in Ruhe Pechmann, Oberleutnant der Reserve Egon Sauer-Nordendorf, Moulin-Rouge-Besitzer Schimanko und Gräfin Revertera auf. Sie werden unterstützt vom Präsidenten des Kriegsopferverbandes, Schwarzl, vom Generaldirekor für die Öffentliche Sicherheit, Sika, vom Landesbranddirektor Strablegg, Klubobmann Trampusch, Rotkreuzpräsident Treichl und vom Abgeordneten zum Nationalrat Tychtl.

An der Spitze der beiden Züge schreiten die Einpeitscher des Liberalismus, Jörg Haider und Heide Schmidt. Über den Gräbern reichen die entzweiten Liberalen einander wieder die Hand, die Stimme des Blutes siegt über politisches Ränkespiel. Und im Kessel von Stalingrad fegt der Wind über die Totenstätte, und die vom Liberalismus geschändeten Schädel flüstern einander den Schlußsatz des Aufrufs »An alle Österreicher« zu: »Die harten Tatsachen können nur mit

großer Erschütterung zur Kenntnis genommen werden.«

Erwin Riess schrieb in KONKRET 5/93 über das Ende der österreichischen Neutralität

Konkret 10/93, S. 38

Gerhard Scheit

The End is at Hand

Über die neuesten Theorien von Endsieg und Untergang

Das Denken der Linken bewegt sich in Extremen, und nur die Extreme boomen, wenn ihr Markt schrumpft. Dabei ist auf dem Weg vom einen Extrem zum anderen meist ein realer Gewinn an Erkenntnis zu verzeichnen, freilich auch ein Verlust an Einsicht. (So ist's nun einmal am Markt.) 1989 war das Jahr des Endsiegs des Kapitalismus und des Endes der Geschichte. Von Francis Fukuyamas euphorischem Abschlußbericht kursierte in der Linken eine Trauerspielversion. Georg Fülberth ließ darum für die Verzweifelten ein Hintertürl offen und fügte dem Endsieg ein »Vorläufig« hinzu. Bei genauerem Hinsehen jedoch führt es zurück in jene alte teleologische Geschichtsphilosophie, die sich – anstelle des Marxismus – blamiert hat: Fülberth meint die Ursache für das Scheitern der Oktoberrevolution und der ihr nachfolgenden Gesellschaftsformationen darin zu sehen, »daß der Grad kapitalistischer Vergesellschaftung dort noch nicht so weit vorangeschritten war, daß der Übergang in eine neue Formation unvermeidlich oder – als eine Option unter mehreren – auch nur möglich geworden wäre. Die sozialistische Gesellschaft war noch nicht innerhalb der kapitalistischen herausgebildet.« So ist die Botschaft des »Vorläufigen Endsiegs« die, abzuwarten; den Theoretikern aber obliegt es, darüber zu entscheiden, wann es denn so weit wäre. Sie eben hätten in der Geschichte der Oktoberrevolution zuallererst versagt: Die Misere der »realsozialistischen« Ökonomie ist, so Fülberth, »keine ›Entartung‹, sondern Ergebnis eines in der Praxis sich negativ auswirkenden theoretischen Defekts«. Die teleologische Perspektive sichert dem Theoretiker noch im Versagen den Ruf des Demiurgen, des göttlichen Baumeisters, der das kapitalistische Chaos zum kommunistischen Kosmos formt.

»Wenn wir es denn wirklich mit dem ›Ende der Geschichte‹ zu tun hätten, so wird es kein Happy-End sein« – lautet die Antwort von Robert Kurz auf rechte Euphorie und linke Resignation, die dem Jahre 1989 auf dem Fuße folgten. Die Konzeption, die er in mittlerweile drei Büchern und zahlreichen Artikeln entwickeln konnte, entstand in einem jener kleinen Kreise, die man gerne Sekten nennt, um sich mit ihnen nicht weiter beschäftigen zu müssen. Die Gruppe um die Erlanger Zeitschrift »Krisis« antwortete sehr rasch und sehr polemisch auf die Endsieg-Stimmung. »Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie« sieht man hier nach dem Zusammenbruch der DDR den Kapitalismus schreiten. Und in seinem im Frühjahr erschienenen Buch *Potemkins Rückkehr* kann Kurz eine erste Bilanz ziehen: Alle warteten aufs Kapital, aber es kam nicht – weder nach Ostdeutschland noch nach Rußland; und die »Dritte Welt« wird mit wenigen Ausnahmen ohnehin schon seit längerem gemieden. Kurz läßt nun all die falschen Prognosen von 1990 und 1991 Revue passieren, setzt ihnen die Investitionszahlen der Gegenwart entgegen und versucht, sie in die Zukunft zu verlängern. Und es ist durchaus spaßig, zuzusehen, wie jene enthusiasmierten Chefideologen, Wirtschaftsredakteure und Politiker, berauscht von der Siegesstimmung des Jahres 1989, nacheinander ins Fettnäpfchen treten – allen voran der Kanzler mit schwerem Schritt.

Warum die Landschaften aber nicht blühen würden, obwohl doch alle es so wollten, hatte Kurz bereits 1991 im *Kollaps der Modernisierung* dargelegt: Das System wird in seiner Produktivität über sich selbst hinausschießen. Der Krisengrund ist »für das gesamte warenproduzierende Weltsystem in allen seinen Teilen ein und derselbe: der historische Rückgang der abstrakten ›Arbeits‹-Substanz infolge der konkurrenzvermittelt erreichten Produktivität«. Durch ständig erweiterte Automation benötigt das Kapital immer weniger Arbeitskräfte, die Billiglohnländer verlieren tendenziell an Bedeutung: Die Zahl der Arbeitenden schrumpft – und damit schwindet auch deren Kaufkraft. Die ›zu hohe‹ Produktivität führt also zur globalen Kaufkraftvernichtung. Es entsteht eine »Marktwirtschaft ohne Märkte«. Und die deutsche Wiedervereinigung schafft für diese Vorgänge die Bedingungen eines Treibhauses; Deutschland ist als Versuchsstation des Weltuntergangs eingerichtet.

Der alte Imperialismusbegriff hätte demnach ausgedient: Das produktive Kapital wird nicht mehr exportiert, sondern nur die von ihm produzierten Waren. Die Verelendung erfolgt nicht mehr als Ausbeutung, ganz im Gegenteil: Die Abwesenheit von Ausbeutung ist Ursache der Verelendung geworden: »Nicht mehr in der und durch die abstrakte Arbeit des warenproduzierenden Systems vollstreckt sich in der heutigen Welt der Verelendungsprozeß, sondern gerade umgekehrt dadurch, daß die rentable Vernutzungsfähigkeit menschlicher Arbeitskraft aufgrund der hohen Sachkapitalintensität zu erlöschen beginnt.« Das Kapital findet keinen besonderen Anreiz mehr an den Offerten zur Exploitation, die von den Verlierern des Kalten Kriegs treuherzig gemacht werden. »Der Prozeß kapitalistischer Globalisierung läßt rapide die Zonen der Rentabilität schrumpfen – auch für das westliche Kapital übersteigen die Investitionskosten die zu erwartenden Erträge bei weitem... Damit erlischt aber auch die alte imperialistische Option auf die territoriale Annexion fremder Großräume.«

Die Tendenzen, aus denen Kurz den Niedergang des warenproduzierenden Systems deduziert, hat Marx im *Kapital* beschrieben. Wenn es sich aber um Tendenzen handelt, deren Relevanz mit der Produktivität zunimmt, stellt sich die Frage, warum sie ausgerechnet jetzt über das System hinausschießen und zur End-Krise eskalieren sollten – warum nicht schon

vor sechzig Jahren, warum nicht erst in hundert? Woher nimmt Kurz die Gewißheit, daß der Umschlagpunkt jeden Moment erreicht ist? Woher das geringe Vertrauen in die Elastizität kapitalistischer Ökonomie?

Allzu hastig wird etwa die Möglichkeit verworfen, daß im Fernen Osten unter repressiven staatlichen Bedingungen neue nachhaltige Wachstumsschübe ausgelöst werden könnten. Kurz meint, das Volumen des ostasiatischen Raumes reiche einfach nicht aus, um die akute strukturelle Schwäche der globalen Gesamtökonomie ausgleichen zu können; und außerdem würde die einseitig exportorientierte Produktion dort sich auf Gedeih und Verderb an die Käufer in den USA binden: Das exorbitante Wachstum der neuen Schwellenländer ist abhängig vom US-Defizit. Nun weiß aber niemand, wie groß das Volumen dieser Regionen werden könnte und wofür es also ausreichen wird, ebensowenig bestimmbar sind die Grenzen defizitärer Kaufkraft: Wie dehnbar sind die Verschuldungsstrukturen? Denkbar wäre, daß sich in Ostasien Ein-Drittel-Gesellschaften bilden, deren zahlenmäßig nicht gerade kleines reiches Drittel für die Zwei-Drittel-Gesellschaften in den alten Metropolen des Kapitals neue Kaufkraft zur Verfügung stellen könnte.

Apokalyptische Prognosen haben meist die Tendenz, ein einziges Argument zu fokussieren; aus der monokausalen Erklärung der Welt gewinnen sie ihre Gewißheit über deren unbedingten Untergang. In der Theorie vom Kollaps der Modernisierung ist der eine einzige Grund freilich kein geringerer als die totalgewordene Bewegung des Kapitals – doch auch er beruht auf Abstraktionen. Kurz vermag nur in den Kategorien des Tauschwerts zu denken; ökologische Katastrophen, Atombomben-Abwürfe und ähnliche Verheerungen abseits des Börsengeschehens bleiben außerhalb seines Horizonts: Der Untergang nimmt nicht nur vom Markt seinen Ausgang, er findet auch nur dort statt. Die Krise, die Kurz an die Wand malt, hat in etwa das Aussehen der Weltwirtschaftskrise um 1930: eine Finanzkatastrophe, begleitet von Arbeitslosigkeit und Verelendung. Nur greifen die damaligen Lösungen heute nicht mehr: die staatlichen Eingriffe von *deficit spending*, faschistischer Aggression, Rüstungs- und Kriegspolitik.

Gerade Kurz, der die »sinnliche Vernunft« einklagt, »die das genaue Gegenteil der abstrakten, bürgerlichen, warenförmigen Aufklärungsvernunft« zu sein hätte, abstrahiert hartnäckig von der sinnlichen Qualität kapitalistischer Produktion und Konsumtion. Darin erweist sich seine Theorie als das genaue Gegenstück zu Günther Anders' Untergangsprophetie, die das Ende der Welt allein aus der Wirkung der Gebrauchswerte ableitet: Die Atombombe stand dabei natürlich im Vordergrund, Anders vollendete den ersten Band der *Antiquiertheit des Menschen* in den fünfziger Jahren; doch ging es ihm stets um die Gesamtheit der vom Menschen geschaffenen Dinge, die dem Menschen selbst ein Ende bereiten werden. So hat er ebenso das Fernsehen wie die Gentechnologie als entscheidende Faktoren seiner Gebrauchswert-Apokalypse gesehen. Tauschwertbeziehungen klammerte er nahezu vollkommen aus und gelangte darum zu einer rein anthropologischen Kritik der Gesellschaft. Später haben Zukunftsforscher wie Robert Jungk und andere grüne Denker Anders' radikale Gebrauchswert-Kritik soweit verdünnt, daß sie auch als Fernsehunterhaltung gut ankommt.

Die ökologischen Probleme sind in den Metropolen konsumierbar geworden – was täten die Redakteure in den Sommermonaten ohne Ozon? – , nun aber kommt auch noch die Misere an der Börse hinzu. Günther Anders meets Robert Kurz – die Integration von Tauschwert- und Gebrauchswert-Katastrophen müßte denn doch den nahenden Kollaps spürbar werden lassen? Möglich wäre aber auch, daß neue Gebrauchswerte dem warenproduzierenden System zu einer Stabilität verhelfen, die in den Kategorien des 19. Jahrhunderts allein kaum erfaßbar ist. Welche Wunder die Gentechnologie hier noch zu leisten vermag, bleibt abzuwarten; dem Fernsehen ist es jedenfalls schon heute gelungen, das Bewußtsein der Krise soweit zu verkleinern, daß es in seiner ganzen Größe als besonderer Gebrauchswert auf dem Buchmarkt verkauft werden kann – in Bleisatz gedruckt und in Leder gebunden. Im übrigen scheint es vorerst bei einer schleichenden Krise zu bleiben, die nur in stark abgestumpften Formen zu Bewußtsein kommt. Und dies ist im Grunde die entsetzlichste Variante der Zukunft. Kurz deutet sie an, wenn er in einer Nebenbemerkung über die wirtschaftliche Situation Osteuropas schreibt: »zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig«; oder wenn es über Brasilien heißt: »Im Industriegürtel von Sao Paulo vertreten die Gewerkschaften eine winzige Minderheit von einigen hunderttausend Beschäftigten, und sie führen ganz dieselben marktwirtschaftlich aufgeklärten Diskussionen und Verhandlungen über die Modernisierung wie in Europa. Daß um sie herum mehr als zehn Millionen soziale Schattengestalten, die genausogut Außerirdische sein könnten, ein stummes Drecksleben führen, steht nicht ernsthaft zur Debatte.« Es ist schwer einzusehen, warum dieses friedliche Nebeneinander so bald zu Ende gehen sollte.

Robert Kurz automatisiert den Untergang. Sitzt der Fülberthsche Demiurg vor dem Chaos der Welt und wartet darauf, daß es sich zum Eingreifen ordnet, so scheint Kurz das Eingreifen gar nicht für nötig zu halten: Die Welt richtet sich erst einmal selber zu Grunde. Und dem Theoretiker ist aufgegeben, den Automatismus des Untergangs zu interpretieren. Zu Grunde gehen aber zunächst nur die Illusionen der Citoyens über die eigene Handlungsmächtigkeit. Ihren großen Idealen von der Menschheit und ihrem kleinen Wissen von der Macht des Kapitals mag Kurz' Theorie als Roßkur verschrieben werden. Im Westen, im Herzen des Kapitals, sind die Höhenflüge des Citoyens zwar bescheidener geworden, aber ganz auf sie verzichten können nicht einmal die Ökonomen. Elmar Altvater etwa, der die Mechanismen des Marktes genau studiert hat, läßt – sobald es um Auswege aus der marktwirtschaftlichen Misere geht – die Wirklichkeit des Kapitals im »Modell der okzidentalen Weltbeherrschung« verschwinden. Als Projekt einer okzidentalen Rationalität mag die Moderne dem Citoyen handhabbar erscheinen. Aber die Moderne ist sowenig ein Projekt, wie das Kapital ein Modell ist; all diese Begriffe

suggerieren eine Handlungsmächtigkeit, die für niemanden, für kein Subjekt, besteht und bestand; sie kommen aus dem Wissenschaftsbetrieb, wo man sich um Projektgelder bewerben kann und Modelle ausprobiert. Um das Projekt Moderne hat sich in der Geschichte keiner beworben, und das Modell Kapitalismus sucht man sich nicht aus, vielmehr trifft es die Wahl.

So wundert es nicht, daß Altvaters Zukunft des Marktes der Markt selber ist, freilich mit sozialdemokratisch gedachten Rahmenbedingungen: »Planung, Markt, demokratische Institutionen der Partizipation und eine Öffentlichkeit der zivilen Gesellschaft sind unerläßliche Prinzipien eines komplexen Systems gesellschaftlicher Regulation auch in der im ›kalten Krieg siegreichen‹ westlichen Welt.« Diskret hat Altvater den Markt zwischen Planung und demokratischen Institutionen eingeschoben; mit der Machtfrage Verstecken spielen, bringt jedoch niemanden weiter – nur sozialdemokratische Politiker.

In den vom Marktgeschehen einst abgeschiedenen Gesellschaften des »Ostens« trieb der Citoyen noch seltsamere, zuweilen exotische Blüten – und dies nicht nur innerhalb der ehemals herrschenden Partei, sondern mehr noch in Opposition zu ihr. Die Citoyen-Illusionen gediehen hier nicht selten zu prächtigem Größenwahn. Wolf Biermann trägt ihn noch heute stolz zur Schau. Interessanter ist der Fall Rudolf Bahros. Seine »Logik der Rettung« besteht darin, die kapitalistische Akkumulation zunächst als subjektlosen Prozeß zu rekonstruieren – aber nur, um dieser »Megamaschine« sein großes Subjekt: den neuen Führer, den Fürsten, gegenüberstellen zu können und damit eine quasi-faschistische Perspektive zu legitimieren: Schließlich soll ja Hitler miterlöst werden.

Die Weltanschauung der alten Citoyens der Arbeiterbewegung zeigt sich dagegen noch von einer geradezu heroischen Anständigkeit. Man könnte sie die »Subjektphilosophie« der Linken nennen; nach ihrer Auffassung ist die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen; die Klassen sind ihre Subjekte; Bourgeoisie und Proletariat kämpfen miteinander wie die beiden Helden in Bernardo Bertoluccis Kostümfilm »1900«. Und das Kapital fungiert als Ausbeutungsinstrument – eine Peitsche, von dem einen Subjekt angeschafft, um das andere niederzuhalten. Es ist dies eine Sicht der Dinge, wie sie Marx und Engels etwa in ihrer mittleren Phase nahelegen: im *Kommunistischen Manifest*, in der *Deutschen Ideologie*. Robert Kurz stellt dagegen den Ansatz des *Kapitals* – und zwar als Darstellung und Analyse eines subjektlosen Prozesses. Von ihm versucht er, alle anderen an der Existenz der proletarischen Klasse orientierten Traditionen marxistischen Denkens abzustreifen. Sie seien bloß nostalgisch arbeiterbewegte Versatzstücke, die im Grunde nur dazu gedient hätten, den Marxismus selber in kapitalistische Modernisierungsbewegungen – wie denen der sozialdemokratischen Reformen und der »realsozialistischen« Gesellschaften – einzubauen. »Der sogenannte Klassenkampf war nur die Bewegungsform des Modernisierungsprozesses innerhalb der Hülle des warenproduzierenden Systems«; die Linke aber habe die Marxsche Theorie des Werts bloß »verteilungspolitisch« ausgeschlachtet »durch den ewigen unsäglichen Verweis auf den vermeintlich den Arbeitern ›vorenthaltenen Mehrwert‹, obwohl es darum eigentlich überhaupt nicht geht. Orientiert hauptsächlich an den Problemen der historischen Nachzüglergesellschaften einer ›nachholenden Modernisierung‹ (Sowjetunion, ›Dritte Welt‹), blieben auch die westlichen Marxisten unfähig zu einer Kritik der auf dem ›Wert‹ beruhenden betriebswirtschaftlichen Produktionsweise, und sie wollten deren Fetisch-Kategorien (Lohn, Preis usw.) immer nur alternativ ›anwenden‹.«

Ob es Kurz, der sich um philosophische Zusammenhänge nicht viel kümmert, nun bewußt ist oder nicht: Er hat die Kritik der Subjektphilosophie, die im Strukturalismus ihren Ausgang nahm, auf die Ökonomie übertragen. Die ganze bisherige Geschichte ist ihm eine Geschichte ohne Subjekte, eine Geschichte subjektloser Modernisierung – und sie führt schnurstracks in den Untergang. Was in Frankreich als eine Art vergeistigter Maoismus begann und in jenen feinsinnigen Analysen von Machtstrukturen endete, die Marxsche Kategorien nur mehr als effektvolle Metaphern zu verwenden wissen, wird von Kurz auf grobschlächtige Weise korrigiert: Er nimmt den Faden des Marxschen »Kapitals« wieder auf und leitet den subjektlosen Prozeß aus der Bewegung des Kapitals ab – und nicht das Kapital aus der Subjektlosigkeit allen Seins. Und schließlich reflektiert er sogar ein erkenntnistheoretisches Problem, das dem unhistorischen Verstand des Strukturalismus gänzlich unbekannt bleibt: Das Kapital ist »erst auf der heutigen Entwicklungshöhe als ›subjektloses System‹ kenntlich«.

Dennoch entgeht er dem Dilemma der Subjektkritik nicht: Der automatisierte Weltgeist verschluckt alle Formen des Widerstands. Jede Handlung gegen das Kapital wird zu einem Modernisierungsversuch im Dienste des Kapitals. Sei es nun die Frühzeit der Arbeiterbewegung oder die Oktoberrevolution oder die Entstehung der DDR: Die Geschichte ist eine Geschichte von Modernisierungsdifferenzen, also von Scheingefechten. Alle Citoyens, die aufbegehrten gegen die Bourgeoisie, agierten – ohne es zu wissen – im Dienste des Bourgeois, und dieser ist nichts anderes als ein Subjekt-Effekt des Akkumulationsprozesses. Mit der Totalisierung der Subjektkritik wird der Theoretiker zum vollendeten Zyniker. Das Kapital ist der subjektlose Weltgeist, und der zynische Theoretiker sein Sprachrohr. Wenn er seinen Hohn über die Illusionen der Linken und der Rechten ausschüttet, vergreift er sich nicht zufällig sondern systematisch in den Metaphern: »Als auch den Japanern die Puste ausging«, heißt es da, »wurde der Staffelstab des weltökonomischen Behindertenrennens an die Potemkinsche Vereinigungskonjunktur der Deutschen übergeben.« Die Deklassierten müssen spaßeshalber zur allegorischen Illustration jener Mechanismen herhalten, von denen sie deklassiert werden.

Wer die Geschichte vom Standpunkt der Sieger aus betrachtet, glaubt im nachhinein alles besser zu wissen. Niemand aber weiß im nachhinein alles besser. Ist der Prozeß kapitalistischer Akkumulation auch subjektlos, so stellt er die Individuen doch vor Alternativen, in deren Entscheidung sie zu Subjekten werden. Die Alternativen, die ergriffen werden konnten, waren immer konkret, doch die Grenzen der nicht ergriffenen sind im nachhinein weder abstrakt noch konkret festzulegen. Robert Kurz gesteht der deutschen Gesellschaft der zwanziger Jahren sogar die Alternative zwischen einer faschistischen und einer demokratischen Entwicklung zu; doch ›unterm Strich‹ negiert er die Differenz, denn alles läuft auf einen Modernisierungsschub hinaus. »Die barbarische Art und Weise, wie diese Epoche in Deutschland durch den Sieg des Faschismus spezifisch ausgeformt wurde, war keineswegs zwangsläufig, und ein Sieg der Arbeiterbewegung hätte zwar keine andere Formationsstufe des warenproduzierenden Systems hervorbringen können, aber der Geschichte ein anderes und mit Sicherheit weniger mörderisches Gesicht gegeben.« Alternativen im historischen Prozeß sind für Kurz nur als eine Art Kosmetik der Modernisierung denkbar. Wenn sie auch nicht zu beantworten ist, muß die Frage dennoch gestellt werden: Hätte sich die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung und der Sowjetunion nicht anders vollziehen können, wenn in Deutschland der Nationalsozialismus verhindert worden wäre?

Die Theorie des automatisierten Untergangs aber beteuert, daß es in der Vergangenheit niemals eine reale Alternative zum Kapitalismus gegeben habe. Es gibt sie also erst, seit Robert Kurz zur Feder griff. Bis dahin konnte sich jeder Widerstand »nur als Entwicklungs- und Verteilungskampf innerhalb der warenförmigen Hülle bewegen..., die jetzt erstmals selber wirklich und praktisch zur Disposition steht«. Indem der Widerstand der Vergangenheit vollkommen entwertet wird, erhält der baldige Untergang eschatologisches Gewicht: Er zeitigt das ganz Andere, das Jenseits der Geschichte. Die Mittel, die aus der Geschichte stammen, sind ihm nicht gewachsen. In seinem zweiten Buch (*Der Kollaps der Modernisierung*) polemisiert Kurz gegen jeden Versuch, auf Traditionen vergangener Befreiungsbewegungen, sei es nun die Aufklärung oder die Arbeiterbewegung, zurückzugreifen, um daraus Mittel und Wege im Kampf gegen das Kapital zu gewinnen. Die Widersprüche werden den Bewegungen und ihren Ideologien ausgetrieben, um sie als plane Widerspiegelung des warenproduzierenden Systems zu benützen; in dieser Hinsicht jedenfalls fällt die Theorie hinter die *Dialektik der Aufklärung* zurück, worin Horkheimer und Adorno sich der Voraussetzungen der eigenen Kritik und ihrer Mittel bewußt zu werden suchten und in der Kritik der Aufklärung auf Aufklärung nicht verzichteten. An ihrer Stelle fordert Kurz einfach »sinnliche Vernunft« als das genaue Gegenteil der abstrakten, bürgerlichen, warenförmigen Aufklärungsvernunft. Sie müßte dem bloßen Jetzt entspringen, der leeren, von vorangegangenen Kämpfen gesäuberten Gegenwart des Untergangs.

In seinem neuen Buch ist Kurz in diesem Punkt vorsichtiger geworden. Nun ist die Rede von den »positiven Errungenschaften der Moderne«, die nicht aufgegeben werden dürften, wenn die Reproduktion schrittweise von Warenform und Geld entkoppelt wird. Kurz beginnt, sich des alten Aufklärungsvokabulars, wie es nicht zuletzt von der Arbeiterbewegung überliefert wurde, zu bedienen: Er spricht von »Menschenfeindlichkeit«, »Menschenverachtung« und »mörderischem Irrationalismus«, von der »Rettung der Zivilisation« und ähnlichem mehr. Der so schön schillernde Begriff der »sinnlichen Vernunft« taucht gar nicht mehr auf. Merkwürdig ist, daß Kurz diesen Positionswechsel kaum reflektiert; er vollzog sich unter dem Eindruck des immer mächtiger werdenden deutschen Rechtsradikalismus, der mittlerweile eben seine eigenen Vorstellungen von sinnlicher Vernunft praktiziert. Kurz gebraucht das Aufklärungsinstrumentarium, um sich von der rechtsradikalen Kritik der Moderne zu distanzieren. Indem er hier einen klaren Trennungsstrich zu ziehen versucht, wird ihm halbwegs bewußt, daß es doch einiges zu bewahren gibt aus der Geschichte des warenproduzierenden Systems, wenn auch nicht die Warenform selbst. Allerdings versucht er, nun auch den Rechtsradikalismus zu automatisieren, er eliminiert bestimmte Kontinuitäten deutscher Geschichte, er reinigt auch hier die Gegenwart von den vergangenen Konflikten – doch immerhin erfordert die Reaktion auf ihn die Entscheidung des Subjekts: »Die neue Barbarei ist selber systemisch durch die Objektivität der Krise produziert. Es gibt nichts zu reintegrieren, und eine rechtsradikale, ethno-rassistische Identität ist nicht verhandlungsfähig. Der Verzicht darauf, die neue Barbarei kontrafaktisch aus dem subjektiven strategischen Kalkül der Kapitalistenklasse herleiten zu wollen, hat nichts mit einer therapeutischen Verharmlosung des Phänomens zu tun. Gerade weil die subjektlose Systemkrise einen derart barbarischen Bewußtseinsverfall hervorbringt, können dessen Träger auch nicht als zurechnungs- und verhandlungsfähige Subjekte akzeptiert werden... Sie stehen durch ihre Vorgehensweise außerhalb der menschlichen Zivilisation, und dieser Tatbestand kann nur durch Notwehr beantwortet werden.«

Foucaults Sympathien für den iranischen Fundamentalismus und der Wunsch Althussers, sich mit dem Papst über die Austreibung der Moderne zu verständigen, mag man vergessen – sie gehören in die Kuriositätenabteilung der Philosophiegeschichte. Doch in einer Zeit, da peruanische Guerilleros dem leuchtenden Pfad Heideggerscher Gedanken folgen, Heiner Müller nicht nur Nietzsche zu Füßen liegt, sondern sich auch noch mit Ernst Jünger anfreundet, und in der Rudolf Bahro schreibt: »Kein Gedanke verwerflicher als der an ein neues anderes 1933?! Gerade der aber kann uns retten« – in einer solchen Zeit ist ein Trennungsstrich, wie ihn Robert Kurz nun gezogen hat, wohl wichtiger als die Prognose des baldigen Untergangs, auf die doch nie Verlaß ist.

Literatur

Elmar Altvater: Die Zukunft des Marktes. Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot 1991

Rudolf Bahro: Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik. Berlin, Union Verlag 1990

Georg Fülberth: Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen. Hamburg, Konkret Literatur Verlag 1991

Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie. Frankfurt am Main, Eichborn Verlag (Die Andere Bibliothek) 1991

Robert Kurz: Potemkins Rückkehr. Attrappen-Kapitalismus und Verteilungskrieg in Deutschland. Berlin, Edition Tiamat 1993

Gerhard Scheit lebt in Wien und schrieb zuletzt über Heinrich von Kleist (Sonderband Text und Kritik)

Konkret 10/93, S. 42

Stefan Ripplinger

Modern Talking

»Alles ist gut geworden.« – Mit dem mehrbändigen Werk »Festung« hat nun auch der Schriftsteller Rainald Goetz sein tiefes Einverständnis mit der deutschen Gegenwart formuliert und seinen Teil zu ihrer ästhetischen Verklärung beigetragen

Wenigstens zwei Sorten Materialismus finden sich in der Schönen Literatur. Die erste Sorte sucht ihren Stoff im Stofflichen, um nicht zu sagen im Dreck, in den Wechselfällen der Wirklichen Welt also; sie wird neuerdings von so tollkühnen Burschen wie den Herren Biller und Altenburg propagiert. Dem formal anspruchslosen Leser versprechen diese beiden, neben »Wahrheit, Schönheit, Arbeit«, vor allem »Spannung, Tempo, Leben« (so M. Altenburg im »Spiegel« 42/1992), sie fordern Romane aus »Fleisch, Blut und Papier« (so M. Biller in *Die Tempojahre*, 1991). Der Leser kann sich ruhig zurücklehnen. Hingegen wird dem Schreibenden zugemutet, um mit dem echten, schwitzenden, stinkenden usw. Leben in Tuchfühlung zu bleiben, sich »an jene dirty places« zu begeben, »wo Bisse und Küsse so schwer zu unterscheiden sind und wo nicht schon alles durch einen ästhetischen Kodex gezähmt ist« (Altenburg). Es ist wenig erstaunlich, daß, wer sich von ästhetischen Kodizes nicht zähmen läßt, zumeist schematische Erzählliteratur, nicht selten Kitsch hervorbringt.

Die zweite Art literarischen Materialismus' hat ihre Materie allein an der Sprache oder, sagen wir es genauer, an den diversen Manifestationen der »großen öffentlichen Rede« (R. Goetz): Fernsehen, Radio, Druck, Gespräch. Sie bietet dem Autoren den Vorteil, erstens nicht mühsam etwas erfinden und zweitens, sich nicht die Hände schmutzig machen zu müssen. Ihm obliegt dafür die auch nicht leichte Aufgabe, aus diesem unerschöpflichen und spröden Material – aus dem, was man spricht – klug auszuwählen und es durch Bearbeitung in Form zu bringen. Wenn's gelingt, sollte auch der Leser etwas Neues erfahren haben über die Welt, die er kennt: die Welt der Kommunikation. Die gesamte dokumentarische und der größte Teil der Montage-Literatur der sechziger und siebziger Jahre läßt sich diesem Materialismus zuschlagen.

Der Schriftsteller Rainald Goetz will, nach seinen Selbstaussagen und seinen früheren Werken zu urteilen, unzweideutig zur ersten meiner beiden Sorten beisteuern. »(Lieber) eine Schnulze, daß es kracht, als irgendein artifizieller Mist«, posaunt er heraus. Seit seinen Anfängen insistiert Goetz »auf Wahrheit und Leiden, Wirklichkeit und Leben« (H. Winkels) – bis jeweils das Blut spritzt. Vom Wunsche, »mitten in das Leben selbst hinein zu fliehen, wo im Exzeß von Rausch und Nacht und Klang das schönste Denken (kristalliert)«, liest man bei ihm in jeder Zeile. Mit seinen »wirklich erlebten Geschichten« und seinen Tiraden wider die Literatur in der Literatur hat sich Dichter Goetz den Ruf eines autochthonen Polterers erworben.

Dieser unplugged-Attitüde zum Trotz legt der Mann nun ein Werk vor, das nicht anders als plugged-in zu heißen ist, *1989*, seine umfängliche und vollständig kommentarlose, also weitgehend entgoetzte Medien-Mitschrift, ein großes Panorama des Schreckensjahres. Materialistische Literatur der zweiten Art, wenn man meiner extemporierten Einteilung folgen will.

Der sich selbst zum »Kontrolleur« des Geschehenden und insbesondere des Gesagten aufwirft (»ekstatisch jubilierende Registratur«) und, wie ich höre, tatsächlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit mitschreibt, was hier und da besprochen wird, breitet auf knapp 1.600 Seiten seine Kollektaneen aus. Das präparierte Geschwätz eines Jahres liegt da wie unter Glas. Was die einbezogenen Medien anbetrifft, zeigt sich der Sammler als sehr umsichtig: Von Radiomeldungen über Zeitungsnotizen und Boulevard-Reißer (»Freßrückfall / wann / platzt / Liz Taylor«) bis hin zu aufgeschnappten Gesprächen und Latrinenwand-Gekritzel (»no a Spruch / Kieferbruch«) lassen sich die Einträge allen relevanten Medien der BRD zuordnen. Im Vordergrund steht natürlich das Fernsehen. Goetz bevorzugt Live-Reportagen, Sportübertragungen, Talkshows, naturkundliche, geschichtliche, politische Beiträge. Rein Fiktionales ignoriert er. Am 9. November schaut er BRD-, nicht DDR-Fernsehen.

Als ob er den Moment erfassen wollte, da das »trübe Land und das wüste Volk der Germanen« (Arnold Ruge) wieder erwachte, reicht Goetz' Material im wesentlichen vom Sommer 1989 bis Sommer 1990. Es ist chronologisch angeordnet. Diese Wort-Massen zu fügen, geht Goetz, anders als vor ihm große Meister dokumentarischer Verfahren – ich nenne Uwe Nettelbeck mit seinen Fernseh-Protokollen, Gerhard Rühm mit seinen »dokumentarischen sonetten« – , die die strenge und eindeutige Form bevorzugten, recht lax vor. Er zerhaut die gefundenen Sprachbrocken zu Bröckchen, die er auf kurze Zeilen verteilt oder als ganze Segmente aufnimmt. Teils thematisch und syntaktisch zerstückelt, teils naturbelassen zieht das Geplapper vorbei: »meine Güte nein / da bleibt einem / ja fast das Herz stehen // irgendwo da drüben / steht jetzt Hajo Friedrichs // heute Abend im Kanzleramt / Visionen einer besseren Welt«. Auf die üblichen Gemeinheiten (»daß die Teilung des Landes / eine offene Wunde sei«) folgt harmloses Geplänkel (»daß ich als Skateboardfahrer / halt so denke wie n Skateboardfahrer«). Goetz rückt Listen von Reizworten (Prominente, Orte, Parteien usw.) ein, fügt Lesefrüchte (aus Hegel, Warhol, Wittgenstein, Brecht und – natürlich – Luhmann) bei, Arbeitspläne, Schmierzettel (»am Fr 23 Spex Party / Sa 24 Max Hetzler Empfang«). Er schneidet zu, hebt hervor, wiederholt gelegentlich, strukturiert aber eher schwach. Manchmal läßt er – wie gedankenverloren – nachklingen: »Begriff des Geistes / Eis / weiß«, oder er ordnet nach Lauten: »Arm Arme Armee«.

Der Leser kann der »Musik der Reden« lauschen, ohne von Goetz' Persönlichkeit allzu sehr belästigt zu werden. Der Autor verschont ihn auch mit billigen Kontrasteffekten – wenn man von einer Passage absieht, in der Bilder von den Sonderzügen ausreisender DDR-Bürger neben solchen von den in die KZs verschleppten Juden stehen (»es waren auch Wagen / wie sie zum Viehtransport / benutzt werden«). Über sein höchst eigentümliches Verhältnis zum Holocaust wird noch zu sprechen sein.

Von der *1989*-Lektüre ist keine unmittelbare politische Einsicht zu erwarten. Man erfährt nicht, wie die ideologischen Staatsapparate sich z.B. die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz, die im ersten Drittel des Buches breiten Raum einnehmen, zunutze machten, nichts über das Spiel mit den Opferzahlen, die Zuschreibungen und Verkehrungen. Man erfährt nicht, wer wo sagte: »dieses Kapitel der Geschichte / wird vom Volk der DDR / selber geschrieben«. Aber die ebenso plumpe wie wirkungsvolle Propaganda der Tage verwandelt sich unterderhand in Reihen von Sätzen. Goetz legt Perlen des Journalismus aus – »es kommt Sturm / über die Ostsee / hier drinnen im Saal / begrüßen wir Willy Brandt« – , es sind Glasperlen. Für sich betrachtet ist *1989* – mit dem Urteil eines Stutzers über ein Werk von Charles Babbage – »a very nice book – just the kind of book that anybody could have written«.

Leider läßt sich das Buch nicht für sich betrachten. Es ist Teil von Goetz' *Festung*, zu der die gleichnamige Sammlung Theaterstücke ebenso gehört wie der Prosaband *Kronos*, der dem Ganzen »konkreten Halt wirklich erlebter Geschichten« geben soll. Seine mitgelieferten Stücke und Geschichten nötigen aber eine ganz eigene Sicht des Materialienteils auf, zu der sich, ohne die düsteren Seitenflügel dieser *Festung* zu kennen, wohl auch stalinistischste Kritiker nicht verstanden hätten.

Der Vater des Zeus, Kronos, wurde schon in der Antike, wegen der Homophonie mit »chronos«, für den Gott der Zeit gehalten. Wollte Goetz, als er seine während der letzten zehn Jahre in Rutschkys »Jahresbericht«, in Bohrers »Merkur« und in »Spex« veröffentlichte Prosa zu einem Band zusammenfaßte und das Ganze *Kronos* nannte, damit dem Geschmack des Suhrkamp-Publikums schmeicheln; wollte er also einfach nur sagen: »Kinder, wie die Zeit vergeht!«, dies aber etwas anspruchsvoller ausdrücken, und hätte er seine Kollektion auch »Tempus fugit« taufen können? Oder will er auf mehr hinaus?

Ich befürchte letzteres. Zwei Ausdeutungen des Namens werden gegeben. Die eine taucht im Theaterstück *Festung* auf, die andere in *1989*. Die erste, mit »Kronos überschrieben, besagt, daß die Zeit selbst innehalten müßte, würde sie der Tatsache gewahr, daß die Toten, die sie zurückläßt, in ihrem Fortschreiten, im Fortgang der Zeit immer neu getötet werden: »(Die Zeit) war Wachsen der Berge der nach der Ermordung noch einmal zu tierischen Kadavern zertöteten und ineinander und aufeinander geschmissenen toten menschlichen Leiber ...« Der Hinweis, die in der dunklen Rede genannten Leichenberge seien vor fünfzig Jahren angehäuft worden, sagt, welche Zeit, welche Geschichte gemeint sind. Und doch sei da das »Erleben dieses Unwahrscheinlichsten, daß genau das, was geschah, geschah, daß es weiter ging«. Des Unwahrscheinlichsten? Die Normalität sei, wie die Ordnung, unwahrscheinlich, lehrt der von Goetz hochverehrte Niklas Luhmann. Eine Lehre, die zwanglos auf die Normalität und Ordnung der BRD anzuwenden ist, in der auch der Holocaust nur ein Luhmannsches »Anschluß«-Problem darstellt, das auf unwahrscheinlichste Weise gelöst wird.

Die zweite Erklärung von »Kronos«: »das Zeitalter / des Kronos / galt bei den Alten / trotz seiner Grausamkeit / als das goldene Zeitalter«. Welche Grausamkeiten hier gemeint sind, können wir uns nun denken. Welches Zeitalter meint er? Die achtziger Jahre, in denen der Großteil der Texte entstanden ist? Nein, die habe er gehaßt, bringt Goetz in seiner Biller-Hymne (»Spiegel« 2/1992) zur Kenntnis. »Alles wird gut: haben sie (die Achtziger; St.R.) ganz am Anfang versprochen. Aber sie haben ihr Versprechen schließlich doch gehalten. Erst kam Acid, dann kam 1989.« Und so läßt sich wohl der enthusiastische Ton erklären, den der nunmehr Techno tanzende Goetz in seiner nach 1989 geschriebenen Prosa anschlägt. Alles wurde gut. Ist also mit dem »Zeitalter des Kronos« jene goldene Epoche gemeint, die 1989 anhob?

In einem aufschlußreichen Abschnitt von *Kronos* schreibt Goetz über den Soziologen Luhmann: »Manchmal erschrickt man beim Anblick einer Einzelheit dieser theoretischen Welt, die die Wahrheit von allem erhellt: der Bann der Schönheit dessen, was ist.« Genau das hat Luhmann, diesen bürokratischsten aller Bürokraten, nie bekümmert: ob etwas schön sei, – wohl aber die wichtige Frage, wie das »doch auch nötige Ja zur Gesellschaft wiedergewonnen werden kann« (*Soziale Systeme*, 1987). Wenn ich gleich noch eine »Beobachtung dritter Ordnung« hinzufügen darf: Ein Soziologe, der auf die Frage, welche Empfehlung er der Politik geben würde, äußert: »Die Politik ist offensichtlich undemokratisch. Sie läßt das, was das Volk sich eigentlich wünscht, nicht zu: nämlich daß die Ausländer rauskommen oder wenigstens nicht die guten Wohnungen haben und nicht fast soviel Geld als Beihilfe bekommen wie mancher als Lohn für Arbeit«, der außerdem mahnt: »Ladendiebstähle und Hausbesetzungen kommen kaum zur Anklage« und schließlich postuliert: »(Wir) müssen viel mehr Gefängnisse bauen, und nicht mehr Autobahnen« (»Symptome« 10/1992), hat auch zum kommenden Deutschland bereits seine Ja-Stimme abgegeben, wie es auch immer ausfallen wird.

Goetz liefert das »ästhetische System« dazu – »trotz allem: aus dem Geist der Lichterkette heraus ...« – , das Luhmann in seiner System-Architektur bisher ausgespart hat. Die Schönheit dessen, was ist. Alles ist gut. Alleine wäre ich nicht darauf

gekommen: So läßt sich *1989* natürlich auch anschauen. Billers Frage, ob Hitler ein Warholianer war, wird à propos der Goetzschen Affirmations-Ästhetik neu zu stellen sein.

Es kommt noch ärger. Das Fernsehen, sagt Rainald Goetz, sei »Revolutionär auf der Bühne von 1989« gewesen. Das, was da umgewälzt wurde, müssen wohl die Leichenberge gewesen sein, die den Pfeil der Zeit, den Gott Kronos, erschrocken innehalten ließen; sie können nun mit Erde beworfen werden.

Diesen Eindruck vermittelt Goetz' gigantische Fernsehshow *Festung*, die dem Gesamtwerk den Namen gab. Ihrer Maxime entsprechend: »wie Automaten wollen wir / nicht ohne uns ein bißchen zickig / scheu zu zieren dann aber doch / mit vollem Rohr die Spalten und Kanäle alle füllen«, befiehlt der Autor die heimlichen und unheimlichen Stars der kulturellen Öffentlichkeit der BRD, nebst einigen Toten, zum Appell. Um nur einige von denen, die mitspielen müssen, also nicht bloß genannt werden, zu erwähnen: Augstein, Diedrich (Diederichsen), Michael Graeter, Karl Held, Vittorio Hösle, Beate Klarsfeld, Hans Jürgen Krahl, Peter Iden, Madonna, Lothar de Maizière, Walter Moers, Jan Philipp Reemtsma, Franz Josef Wagner, Arno Widmann. Einer fehlt in diesem Aufgebot: Siegfried Unseld. Aber der hat Goetz schon den Auftrag zu dem Stück erteilt und braucht wohl nicht eigens darin aufzutreten.

Ein Präsentatoren-Trio, bestehend aus Katja Ebstein, Hape Kerkeling und – spezieller V-Effekt – Wolfgang Pohrt, führt mit viel Tralala – »danke danke dankeschön« – durch die Show, die als eine Art postmoderne Wannseekonferenz (»Wannseekonferenzkonferenz«) angelegt ist. Ort der Handlung: Wannseevilla, Zeit der Handlung: 9. November 1989. Es soll also in parodistisch zugespitzten Formen und Figuren moderner TV-Kommunikation über den Holocaust verhandelt werden. Um die Sache abzukürzen, lege ich gleich das Ergebnis vor. Es wird, nach Autors Wille, von J.P. Reemtsma vorgetragen: »(Wir) sind das Grundabstraktum Kommunikation / wir sind weil wir noch leben der Triumph / der Kommunikation über Vernichtung / wir sind die Fürchterlichen / wir sind Menschen / und die ganz normalen und das schönste was es gibt.«

Fürchterlich, aber schön. Grausam, aber golden. Auf die unwahrscheinlichste Weise stellt sich Normalität her. In jeder deutschen Kommunikation werden die Toten noch einmal getötet. Aber das Leben muß ja weitergehen.

Nun ließe sich einwenden, es sei bereits ein Verdienst, wenn einem zum 9. November überhaupt der Holocaust einfällt, mehr noch, daß jener, wenn auch in der geschmacklosesten Manier, darüber ein Stückgemacht hat. Und sind nicht seine einge-streuten sprachpflegerischen Hinweise – »Ist Ihnen bekannt ... welche Verbrechen / im Namen eines Wortes wie Antlitz / verübtworden sind? / Brauch und Krone / Fuge / Zeugnis ... «; das sei »Gaskammervokabular« – , so naiv sie in ihrem Bemühen sind, Worte zu denunzieren, wo sie, wenn schon, deren Gebrauch treffen müßten, fast ... antifaschistisch zu nennen?

Um Himmels willen! Gegen dieses falsche Verständnis, die Sache sei politisch anzugehen, muß sich der Dichter, der ein »praktizierender Nichtpolitiker« ist, heftig verwahren. Er bringt sich also selbst ins Spiel, allerdings nicht als Rainald Goetz, sondern als »Bezichtigter« (wessen?), der Goetz-Texte (»Moskau«, »Kadaver« usw.) geschrieben hat und dessen Aussagen von einem »Schriftführer« wiedergegeben werden.

Am 6. August 1969 (der Todestag Adornos!), sagt der Schriftführer, sagt der Bezichtigte, sagt Goetz, sei durch die »Revolution der Studenten« das »Ende der faschistischen Herrschaft« in Deutschland eingetreten, damit sei zwar Dichtung wieder möglich (wir erinnern uns an das bekannte Diktum Adornos über Gedichte nach Auschwitz), Kritik aber unmöglich geworden. »Wie kann seither vom Negativen überhaupt noch gesprochen werden, wenn nicht über den ... Umweg des Nichtnegativen?« Ganz neue Dialektik. Daß es diesmal eine angebliche Revolution von 1969 sein soll und nicht die Revolution »auf der Bühne von 1989«, die eine affirmative Haltung erzwingt, muß nicht weiter irritieren; jeder Anlaß wäre diesem Dichter recht.

Erfreulicherweise gibt er uns sogleich eine kleine Anwendung seiner abstrusen Theorie an die Hand, die ich den Lesern dieser Zeitschrift nicht vorenthalten will: »Als Beispiel führte der Angeklagte dann den Begriff Reichstag, Reichstagswahl und die von der deutschen Zeitschrift Konkret geforderte sogenannte Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1989 an, wo entgegen allen anderslautenden, selbstverständlich entgegengesetzten Intentionen in Wirklichkeit doch nur ganz normale faschistische Hetzpropaganda für die Wiederbelebung des wie gesagt vor zwanzig Jahren gestorbenen bundesrepublikanischen Faschismus getrieben werde, damit man selbst als monatlich erscheinender Antifaschist und Kommunist einfach ordentlich orientiert wie eh und je weitermachen kann, als wäre nichts Neues passiert.« Dabei ist ja etwas Neues passiert: Alles ist gut geworden. Goetz weiter: »Gerade dies würde er selbst alles nur zu verständlich und geradezu ehrenwert finden, allerdings eines eben doch nicht. Daß nämlich von den antifaschistischen Faschismuspropagandisten ... so ein selbstgefälliges Wohlgefühl für das eigene propagandistische tolle Tuen abgesahnt und ausgestrahlt werde ... «

Welch verschlungenen »Umweg des Nichtnegativen« manch einer nimmt, um – höchst verklausuliert und qua zwiefacher Brechung in einer auf den Tag der Konterrevolution gelegten Theater-Konferenz über den Holocaust – schlicht Ja zu sagen! Hätte sie sich nicht einfach in eine der Lichterketten einreihen können, diese Leuchte, in deren freischwebender

Kommunikationstheorie derjenige, der über Faschismus redet, sofern er es nur eindeutig genug tut, selbst ein Faschist ist; eine Auffassung, nebenbei bemerkt, die mit der von allen Schmöcken dieses Landes vertretenen, der Faschismus sei eine Erfindung des Antifaschismus, harmonisch zusammenklingt.

Sollte uns ausgerechnet einer, für den KZs »Kommunikationslager« sind, etwas über die immer wieder neu Ermordeten des Holocaust erzählen dürfen? Warum berichtet er nicht statt dessen von seinen dionysischen Techno-Parties? Ich weiß, warum.

Nicht umsonst steht am Schluß des eben zitierten Monologs der Satz: »Der Angeklagte kam dann auf seine Bewunderung für den Schriftsteller Maxim Biller zu sprechen.« Es war nämlich Biller, der (a.a.O.) angesichts der »geschichtsschwangeren 90er-Jahre-Epoche« den mangelnden Patriotismus der jungen Garde deutscher Schriftsteller monierte: »Die Jugend aber schweigt. Ich höre nicht Rainald Goetz oder Thorsten Becker oder Diedrich Diederichsen über Deutschland sprechen ... « Sollte sich Goetz dies zu Herzen genommen haben, dann gewiß auch die Weisung, der Reaktion sei mit einem »modernen, fortschrittlichen, zivilen, internationalen Nationalismusbegriff« entgegenzutreten, die Biller, als ob er Eulen nach Athen oder Schwachsinn in eine deutschnationale Redaktion tragen wollte, in dem Magazin (»Spiegel« 41/1992) ausgab, welchem eben jener Rudolf Augstein vorsteht, den er zuvor einen »alten Idioten« nannte.

Und noch einmal Biller: »Vielleicht wäre eine Spur Patriotismus gar nicht schlecht ... Patriotismus ist auch Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft von Kultur und Sprache, Region und Geschichte, in die man hineingeboren wird. Patriotismus ist eine Art Gesellschaftsvertrag. Du gibst was, du kriegst was« (*Tempojahre*). Motherfuckin' right! Sie haben genommen, sie haben gegeben. – Mehr als andere, wie man das von »rasenden Mitläufern« (Chr. Schultz-Gerstein) auch erwarten darf. Bedenken wir aber, daß ihre Schriften eines Tages, vielleicht bald schon, nur Dokumente, bloß Material sein werden.

Ich übergebe die patriotischen Beiträge der Goetz und Biller dem Komitee Unheilbares Deutschland zur Aufbewahrung.

Rainald Goetz: *Festung*: *Festung* (es 1793), *1989* (es 1794), *Kronos* (es 1795). Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1993. Zusammen 78 Mark, auch einzeln käuflich

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 9/93 über Theodor Lessing

Konkret 10/93, S. 45

Dietmar Dath

Home (Alone) Invasion

Kurzangebundenes zum kompliziertesten Skandal des Sommers

»Der Skandal beginnt, wenn die Polizei ihm ein Ende macht.«
Prince, Die Chinesische Mauer

»If I gave you diamonds and pearls

Would U be a happy boy or a girl?«
Karl Kraus, »Diamonds and pearls«

Michael Jackson ist unschuldig.

Dieser Satz ist eigentlich das einzige und Komplexeste, was zu dieser Sache gesagt werden müßte, wenn es noch Leute in diesem Journalistenberuf gäbe, die Ohren haben, zu hören, und einen Verstand, zu begreifen, daß dieser Satz den Sänger keineswegs entlastet, sondern im Gegenteil das, was man ihm vorzuwerfen hatte und hat, auf dem Stand einfriert, auf dem man jetzt über ihn (den Vorwurf wie den Jackson) reden könnte. Aber ich kann im Moment nicht mitreden, weil der Skandal bei mir etwas bewirkt hat, wovon alle anderen, die sich darüber bis jetzt verbreitet haben in den drei Tonlagen, die das Böse für solche Situationen bereithält: Häme = »Bunte« / Verharmlosung = »Spiegel« / Themaverfehlung = »Woche«, leider verschont geblieben sind: Ich erkannte mein Unberufensein, hier zu urteilen, und damit wäre ich eigentlich erledigt und könnte für den Rest meines Lebens die Fresse halten, falls Michael Jackson tatsächlich jemandem ein Leids getan hat, denn dann würde sich doch jemand fürs öffentliche Daherschreiben disqualifizieren, der wie ich in dieser Situation großen Haß auf alle bekommt, die den Mann jetzt mit Moraldreck und womöglich noch mit schleimiger Fraternisierung verfolgen. »Willkommen im Klub«, röchelt der »Spiegel« wie der schlimmste Bahnhofskinderverführer, der im zarten Prinzen wegen »ähnlicher Neigungen« einen Seelenverwandten (zunächst mal anderer »Skandalstars«) entdeckt haben will, als ob Kinderfickenwollen oder überhaupt Schwache ausnützen und quälen im bewußten Seelenleben Jacksons je eine so große Rolle spielen könnten wie im Unbewußten der »Spiegel«-Kulturberichterstattung.

Klar könnte unsereinem einfallen, daß einer, der mal behauptet hat, »we are the world, we are the children«, jetzt eben das bekommt, was er für solche Sottisen verdient hat. Aber über was freut sich dann eigentlich die Schadenfreude, wenn nicht gerade darüber, daß einer, dessen öffentliches Wirken von uns nie erschüttert werden konnte, trotz aller Kritikwürdigkeit der an seinem Image, seinem Sound und seinen Personal Media Politics haftenden Gemeinheiten jetzt über eine Privatheit gestolpert ist, die wirklich eher das Problem der ganzen *World*ist als seines, was nicht heißt, daß die *World* sich jetzt da einmischen darf.

Laßt uns, verlangt ein weiser Mann, nicht von Sex reden.

Darüber aber, daß einer, dessen Musik ich nur zweimal gemocht habe (wo, gehört nicht *hier*her), nicht an deren schmierigsten Aussagen leidet sondern daran, daß Aasgeier ihm vorwerfen dürfen, diese Aussagen seien ja gar nicht wahr, er sei ja gar kein Freund des Weihnachtsbaums und schädige in Wirklichkeit die »ganze Familie«, für die er sich erfunden hat, kann ich mich doch nicht freuen.

Der Jackson-Skandal hat bewirkt, daß die Verteidigung der Popkultur und des Glamours abermals durch Leute geschieht, die in Wirklichkeit das Kinderficken zu Zwecken der Kunst so bagatellisieren wie jede andere Form von gewaltsamer Verwandlung von Schuld in Unschuld.

Der Jackson-Skandal hat bewirkt, daß die fragwürdigen Individuen, die vom »Mißbrauch des Mißbrauchs« reden, wieder mal ihr »kontroverses« Maul aufreißen können.

Der Jackson-Skandal hat bewirkt, daß Eltern, die ihre Kinder nach »Neverland« schicken wollten und ihnen versprachen, dort gehe es zu wie im Himmel, jetzt lernen, daß dort, auf Jacksons Ranch, zwar wirklich ein Himmel ist und keine Reformhölle, die die Eltern heimlich meinten, aber mehr einer, der den Engeln Spaß macht statt den Kleinen, die dort nur zu Besuch sind.

Der Jackson-Skandal hat ferner bewirkt, daß unheimlich viele Eltern unheimlich vielen Kindern erklären mußten, was Kindesmißbrauch ist, also was man dem Idol eigentlich vorwirft, und das finde ich sehr gut, weil ich mir lebhaft vorstellen kann, in was für Schwierigkeiten sich die blöden Eltern dabei manövriert haben – jede durch Poperscheinungen hervorgerufene Demonstration der Tatsache, daß es eine Welt gibt, die die Alten nicht begreifen, werde ich immer gutfinden und ehren.

Macauly Culkin ist der Schlüssel zur ganzen Affäre – der Darsteller des Kevin in »Home Alone« (»Kevin allein zuhaus«) ist auch einer der kleinen Jacksonfreunde, aber im Gegensatz zu allen anderen auch einer mit genug symbolischer

Überdeterminiertheit, daß er wirklich was zu der Sache sagen kann und gehört wird. Er sagt: »Michael hat mich immer anständig behandelt.« Und er spielt im Video »Black or White« jenen kleinen Jungen, dessen böser Vater durch Zuschlagen der Tür ein gerahmtes Michael-Jackson-Foto zerstört und dafür vom Sohn mit einem Gitarrenakkord gerichtet wird. In den statistisch allermeisten Fällen ist der Kindermißbraucher der Vater oder eine ähnlich intime Autorität.

Und die »Bildzeitung« fragt sich, was Michael Jackson mit dem kleinen Kevin (»Er war allein zuhaus«) gemacht haben könnte. Der große HipHop-Star Ice-T nannte seine letzte Platte »Home Invasion« und wollte damit zum Ausdruck bringen, daß seine Musik, die nicht wie die Michael Jacksons alles verschweigt, was heute (Black *and* White) Kinder bedroht, in die Heime der weißen Familien eindringt und dort von den kleinen Kevins gehört werden wird, was diese schließlich dazu befähigt, die von ihren weißen Alten getragene Ordnung zu zerschlagen.

Und jetzt haben wir den Fall, daß kleine Kevins in ganz vielen Zimmern erbittert zu einem Mann halten, dem die Eltern möglicherweise zurecht vorwerfen, das getan zu haben, was Eltern auf der ganzen Welt, besonders aber in den reichen Ländern, wo die kleinen Kevins CD-Player haben, täglich ihren Kindern antun, weswegen diese Trost in Popwelten suchen. Wenn also die Eltern ihren Kindern jetzt Platten wegnehmen wollen, auf denen durch einen Zufall, den weder Jackson noch seine Platten verschuldet haben, plötzlich eine ganze Menge Wahrheiten über den Mißbrauchszusammenhang White Family of Man zu hören sind, dann kann man die Kinder, die die Platten behalten wollen, verteidigen.

Aber nicht die Platten.

Denn es gibt bessere.

Dietmar Dath schrieb in KONKRET 9/93 über Spielbergs »Jurassic Park«

Konkret 10/93, S. 46

Clemens Nachtmann

Säfte und Substrate
Teil des Übels

»Ressentimentgeladenes Philosophenkönigtum« – »lächerliches Kasperltheater« – »Sündenfall aller Ideologiekritik«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den wir in KONKRET 8/93 dokumentiert haben, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Reaktionen ausgelöst. Nach den Beiträgen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam im letzten Heft folgen nun Stellungnahmen von Clemens Nachtmann, Alex Demirovic und Heiner Möller

»Indem (der gesunde Menschenverstand) sich auf das Gefühl, sein inwendiges Orakel, beruft, ist er gegen den, der nicht übereinstimmt, fertig; er muß erklären, daß er dem weiter nichts zu sagen habe, der nicht dasselbe in sich finde und fühle; – mit anderen Worten, er tritt die Wurzel der Humanität mit Füßen. Denn die Natur dieser ist, auf die Übereinkunft mit anderen zu dringen, und ihre Existenz nur in der zustande gebrachten Einheit der Bewußtseine. Das Widermenschliche, das Tierische besteht darin, im Gefühle stehenzubleiben und nur durch dieses sich mitteilen zu können.«
G.W.F. Hegel, Phänomenologie des Geistes

Daß Marx seiner Ökonomiekritik die englische und französische Nationalökonomie zugrundelegte, zeugt nicht nur von gutem Geschmack, sondern war eine schlichte Arbeitsnotwendigkeit. Denn obgleich jede Ideologiekritik es mit einem vorgefundenen falschen Begriff der Realität zu tun hat, auf die die Kritik letztlich zielt, so ist sie andererseits als immanente Kritik darauf angewiesen, daß der falsche Begriff, wie verzerrt und verbogen auch immer, doch ein gewisses Maß an Wahrheit über den Gegenstand transportiert. Diese Voraussetzung war in der englischen und französischen, nicht aber in der deutschen Nationalökonomie erfüllt. An der letzteren diagnostizierte Marx schon früh das Umkippen von Ideologie in Wahn und Lüge. So schreibt er 1845 über Friedrich Lists Buch *Das nationale System der politischen Ökonomie:* »Der hohle, windige, sentimentale Idealismus des deutschen Bürgers, hinter dem der kleinlichste, schmutzigste Krämergeist verborgen liegt, die feigste Seele sich versteckt, ist zur Epoche gekommen, wo er notwendig sein Geheimnis verraten muß. Aber er verrät es wieder in echt deutscher, überschwenglicher Weise... Er verleugnet den Reichtum, indem er ihn erstrebt. Der ganze theoretische Teil des Listschen Systems ist nichts als eine Verkleidung des industriellen Materialismus der aufrichtigen Ökonomen in ideale Phrasen. Die Sache läßt er überall bestehen, den Ausdruck aber idealisiert er.«

Charakteristisch für die im Listschen System zu Tage tretende deutsche Ideologie ist also eine ganz absurd anmutende Wirklichkeitsverleugnung. Nicht daß die Verleugnung ihrer wesentlichen Triebkräfte nicht Kennzeichen der bürgerlichen Gesellschaft im allgemeinen wäre: Vermöge des von ihr objektiv produzierten Scheins legitimiert sie sich gerade nicht inhaltlich als bestimmte Form von Herrschaft, sondern als Nicht-Herrschaft, ökonomisch als Gesellschaft der Freien und Gleichen, politisch als Volks-Staat, der »wir alle« seien. Während jedoch Ideologie in ihrer Scheingestalt im allgemeinen vom Unwesen kapitalistischer Vergesellschaftung noch etwas durchscheinen läßt, indem sie das Widersprechende versöhnen will, hat die deutsche Ideologie sich von ihrem gesellschaftlichen Grund vollständig emanzipiert: Sie produziert nicht mal mehr einen falschen Begriff der Realität, sondern nur unerbittlichen und gnadenlosen Wahn. Solch wahnhafte Wirklichkeitsverleugnung, »die Verleugnung des Reichtums, indem man ihn erstrebt«, wird dabei in einen Ausweis moralischer Überlegenheit umgemünzt, in einen Beweis dafür, daß es sich bei den Deutschen um kein Volk von gewissenlosen Geschäftemachern handele, sondern daß sie sich durch Tiefe des Gemüts und hochherzige Gesinnung auszeichneten. Indem List also schlicht leugnet, daß im Kapitalismus sich alles um den Tauschwert dreht, jedermann dem Geld als der Inkarnation allgemeinen Reichtums hinterherjagt; indem er den Kapitalismus als »System der Produktivkräfte« affirmiert und zugleich alles, was diesen unvermeidlich charakterisiert, als ihm äußerlich und im Grunde wesensfremd erklärt, enthält seine Theorie schon in nuce den modernen Massenwahn, den völkischen Antisemitismus, mit dem die Nazis dann reüssierten.

Kein Wunder also, daß Marx, offensichtlich angewidert von der heuchlerischen Gesinnungsprotzerei der deutschen Ideologie à la List, sich voll überschwenglichen Lobes zeigt über den »offenherzigen, klassischen Zynismus... womit die englische und französische Bourgeoisie in ihren ersten, wenigstens im Beginn ihrer Herrschaft wissenschaftlichen Wortführern der Nationalökonomie den Reichtum zum Gott erhob und ihm, diesem Moloch, rücksichtslos alles, auch in der Wissenschaft, opferte...« Die »inhumane« Gesinnung, die apologetische Absicht der von ihm kritisierten Ökonomen war Marx also egal, solange diese wenigstens um schonungslose Darstellung des Gegenstandes, um Wahrheit sich bemühten – und je offener und unverblümter dabei der objektive Zynismus der Realität ausgedrückt wurde, umso besser. Und er konnte darüber großzügig hinwegsehen, weil es ihm selbst nicht darum ging, seine unmaßgebliche Gesinnung vor anderen

auszubreiten, sondern um objektive Wahrheit, um das Begreifen der Logik der Sache – auch auf die Gefahr hin, daß dabei die eigenen Hoffnungen unter die Räder kommen.

Gemessen an den Maßstäben der Marxschen Kritik ist das ebenso lächerliche wie ärgerliche Kasperltheater, das einige besonders gesinnungstüchtige Antirassisten anläßlich des Referats von Christoph Türcke veranstaltet haben, weder kritikwürdig noch kritikfähig. Egal, ob es sich um die von Ingrid Strobl und Bettina Hoeltje auf dem KONKRET-Kongreß vorgetragenen und in der August-KONKRET dankenswerterweise dokumentierten Statements, um den von Jutta Ditfurth in der »ÖkoLinX« Nr.11 oder um den von Jan Lam in der September-KONKRET abgedruckten Artikel handelt – an ihnen ist nichts wahr, kein Wort, kein Satz, kein Gedanke. Nicht um eine Kritik des Textes von Christoph Türcke geht es ihnen, sondern um eine moralische Disqualifizierung der Gesinnung seines Autors. Der Selbstinszenierung als moralisch makellose Menschen, die da betrieben wird, dient das Referat von Türcke als bloße Folie, und dabei ist Strobl noch ehrlicher als Hoeltje, weil erstere wenigstens Moralin pur feilbietet, während letztere ihrem Beitrag noch den Anstrich einer »ernsthaften Auseinandersetzung« verpaßt, während sie doch in Wahrheit dasselbe Betroffenheitsgeschwätz vom Stapel läßt. Daß Türcke allen Ernstes die bloße Tatsache zum Vorwurf gemacht wird, daß er überhaupt »gesprochen (hat) von Zuchtwahl, von Rassenmischung« (Strobl), belegt, wie wenig es um den Text geht und wie sehr nur um bestimmte verpönte Begriffe. In welcher Konstellation diese Begriffe stehen, was sie dort besagen, wie die Argumentation verläuft – das interessiert einen feuchten Kehricht bzw. es wird, wie bei Hoeltje, ja irgendwie erkannt, aber sogleich als besonders abgefeimte »Strategie« ausgemacht, um das Publikum mit rassistischem Gedankengut zu infiltrieren.

Wäre dies alles bloßer Irrtum, bloßes Mißverständnis, so könnte man mit denen, die den Eklat provozierten, in eine Diskussion treten und versuchen, Irrtümer und Mißverständnisse auszuräumen. Man könnte sie darauf hinweisen, daß dem ersten Teil des Türckeschen Vortrages, worin er von »Rassen« spricht, der theoretische Status einer Spekulation über die Naturgeschichte der Menschheit zukommt; daß er den Begriff der »Rasse« ausschließlich als klassifizierenden, nicht wertenden gebraucht und als Maßstab der Klassifikation wiederum ausschließlich die Hautfarbe wählt; daß er die Wirkung des Körpers auf Geist und Seele und vor allem umgekehrt von Geist und Seele auf den Körper eigentlich unmißverständlich als einen »ungleichzeitigen« historischen Prozeß schildert, der es verbietet, von Hautfarbe auf Charakter und andere Dinge zu schließen; daß er die banale Naturgegebenheit der Hautfarbe nur deshalb an den Anfang seines Vortrages setzt und sie nur deshalb so herausstreicht, um ihre Banalität und Bedeutungslosigkeit angesichts der weiteren Entwicklung menschlicher Sozialgeschichte nur umso deutlicher hervorzuheben; und man müßte in diesem Zusammenhang die Antirassisten einmal danach befragen, ob die Existenzweise der einst noch ganz in die erste Natur verstrickten und deshalb selbst naturwüchsigen Kollektive dem Begriff der »Rasse« nicht noch am nächsten käme. Man könnte sie ferner auffordern, zur Kenntnis zu nehmen – obgleich wohl ein wenig Begriffsstutzigkeit dazugehört, es nicht zu tun – , daß der inkriminierte Begriff der »Zuchtwahl« bewußt und in kritisch-denunziatorischer Absicht eingesetzt wurde; wenn Türcke von der »Zuchtwahl« spricht, »die die moderne Wirtschaftsordnung höchstselbst (und also nicht mehr die unmittelbare, erste Natur; Lesehilfe für empörte Antirassisten, C.N.) veranstaltet«, so variiert er den von Horkheimer und Adorno öfter formulierten Gedanken von der »Naturverfallenheit« der menschlichen Gesellschaft dergestalt, daß er einen Begriff aus der Evolutionslehre auf die Gesellschaft überträgt, nicht um gesellschaftliche Verhältnisse zu rebiologisieren, sondern um in drastischer Art und Weise zu zeigen, daß, obwohl menschliche Naturbeherrschung in der bürgerlichen Gesellschaft auf ein ungekanntes Maß gesteigert wurde, die Menschen nur nach Maßgabe ihrer Kapitalproduktivität etwas gelten, daß also die bürgerliche Gesellschaft die Menschen selektiert, und zwar in einer Blindheit und Bewußtlosigkeit, die der der ersten Natur in nichts nachsteht und die der Begriff der »Zuchtwahl« in all seiner Brutalität, die er an sich selbst hat, zur Sprache bringt.*

Und so könnte man auf weitere Punkte hinweisen, und selbstverständlich könnte man an diesen und anderen Gedanken, wären sie erst einmal begriffen, begründete Kritik anmelden: schwer erträglich der weihevolle Orgelton, den Türcke bisweilen anstimmt; nicht zu rechtfertigen seine Formulierung von der ihre »Huld« verteilenden »Natur«, wenn damit, was dem Zusammenhang entspräche, ausgedrückt werden sollte, daß in der Natur nicht, wie die Öko-Apostelmeinen, Gerechtigkeit und Friede, sondern Willkür und Zufall herrschen; unzureichend begründet die Ausführungen über die »Besitzstandsbunkermentalität« als Grund des deutschen Fremdenhasses, weil gezeigt werden müßte, wie Leute überhaupt auf die Idee kommen, Flüchtlinge könnten ihnen die Butter vom Brot stehlen – indem sie nämlich ihr Staatsbürgerdasein restlos verinnerlicht haben.

Aber intellektuelle Redlichkeit ist die Sache der betroffenen Antirassisten nicht, heißen sie nun Strobl, Hoeltje, Ditfurth oder Lam, und nur schwer glaubhaft ist es, daß ausgerechnet Wolfgang Pohrt entgangen sein sollte (sein Artikel in KONKRET 9/93 erweckt allerdings diesen Anschein), daß nichts anderes als antiintellektuelles Ressentiment sich da gegen Türcke und die sogenannte »Kritische Theorie« austobt – so spricht Ditfurth, eine beliebte Ressentimentkategorie benutzend, vom »Elfenbeinturmbewohner« Türcke; Lam wiederum bevorzugt eher den Verweis aufs Dringliche, um Bemühungen um materialistische Gesellschaftskritik zu denunzieren, während »J./Westberlin« im »AK« vom 25.8.93 gleich richtig zur Sache geht und im Stil früherer »Marxistischer Blätter« vor den »desorientierenden Konsequenzen« warnt, die den Linken von der »Kritischen Theorie« und ihren Adepten Türcke und Pohrt drohe.

Nicht um eine argumentativ ausgewiesene und damit nachvollziehbare Analyse und Kritik dessen, was »Rassismus« ist, geht es diesen Antirassisten, sondern um ein moralisches Bekenntnis zu einem völlig unüberprüfbaren antirassistischen »Selbstverständnis«, einer subjektiven Haltung, die sich aus viel Trauer, Empörung und Betroffenheit, viel gutem Willen und einigen politischen Leerformeln zusammensetzt und welche zu ihrer Bestätigung und Selbstvergewisserung allerdings gewisser Theorieversatzstücke bedarf – zum Beispiel der These, daß »Rasse« ein soziales Konstrukt sei. Würden sie diese These auch nur einen Moment lang ernstnehmen und auf ihre Konsequenzen hin durchdenken, so müßten auch sie die Tauglichkeit des Begriffs »Rassismus« anzweifeln, denn die Praxis dessen, was als »Rassismus« bezeichnet wird, ist im Kern nichts als die gesellschaftliche Sortierung von Menschen durch den Souverän nach Maßgabe ihres Einsatzes für Staat und Kapital und die Verinnerlichung solcher Sortierung durch die Staatsbürger. Die Hautfarbe ist dabei nur legitimatorische Bebilderung solcher Praxis, ihre Rechtfertigung als »natürlich« und der »Natur des Menschen« entsprechend. Sie ist auswechselbar und kann je nach Lage der Dinge durch andere Legitimationen ersetzt werden. Dann wäre aber auch der Begriff »Rassismus«, insofern er sich nur auf die Oberfläche des gemeinten Phänomens bezieht, fragwürdig. Außerdem wäre dann jenseits ihrer gesellschaftlichen Funktionalisierung die Hautfarbe als ein von solcher Funktionalisierung unterschiedenes, ebenso real existierendes wie belangloses Naturmerkmal erkannt – und nichts anderes hat Türcke nachgewiesen.

Aber so ist die These von der sozialen Konstruktion von »Rasse« bei den moralischen Antirassisten ja nicht gemeint: Sie wird eingesetzt, um sich und anderen zu demonstrieren, wie fortschrittlich gesonnen man doch sei, indem man selbst den Versuch, historisch eindeutig bestimmte Begriffe nicht anders zu »besetzen«, was in der Tat unmöglich ist, sondern sie zum Gegenstand von Reflexion zu machen, verbieten will. Genauso wie Friedrich List als ein herzensguter Deutscher sich scheute, den Begriff »Tauschwert« in den Mund zu nehmen, obwohl in der bürgerlichen Gesellschaft doch alles um den Tauschwert sich dreht; wie List in der Vergottung allgemeinen Reichtums als des Zieles kapitalistischer Produktion nicht die Benennung eines unumstößlichen Tatbestandes und den adäquaten Ausdruck des objektiven Zynismus der Gesellschaft zu erblicken vermochte, sondern nur anstößige Worte, die angeblich die üble Gesinnung seiner Gegner verraten; wie er also, um ungestört der eigenen Gesinnung und Herzensgüte sich erfreuen zu können, lieber die ungemütliche Realität verleugnete und das Verleugnete und Verdrängte als böse Absicht in die Außenwelt projizierte – genauso wollen die Antirassisten als linke Deutsche den Hinweis, daß es Menschen unterschiedlicher Hautfarbe gibt, nicht als die Feststellung eines ebenso unbestreitbaren wie banalen und von Türcke genau so gekennzeichneten Tatbestandes, und die Rede von der Zuchtwahl, die die kapitalistische Ordnung in Eigenregie vornehme, nicht als vernichtende Kritik ebendieser Ordnung begreifen, sondern einzig als »böse Worte« wahrnehmen, welche nicht nur nicht zu begreifen, sondern zu vermeiden als Gütesiegel antirassistischer Prinzipienfestigkeit gilt und welche in gleich welchem Zusammenhang zu gebrauchen als grundlose und böswillige Absicht, die antirassistische »Identität« zu zersetzen, gesehen wird. Das »Stehenbleiben im Gefühle«, das Insistieren auf dem guten Willen, der sich an der gesellschaftlichen Objektivität gar nicht erst bewähren will, die hartnäckige Reflexionsverweigerung, die im Gewande moralischer Überlegenheit daherkommende Ignoranz und Realitätsverleugnung, der gewaltheischende Bekenntniszwang – dies schweißt die deutschen Antirassisten mit dem »hohlen, windigen, sentimentalen Idealismus« deutscher Ideologie im allgemeinen und mit dem Lichterketten-Antirassismus der von ihnen zurecht verabscheuten Volksgemeinschaft zusammen, von der sie sich ansonsten nur durch ebenfalls wieder den guten Willen unterscheiden, keine alternative Sympathiewerbung für Deutschland veranstalten zu wollen.

Und genau diese Tyrannei des guten Willens ist der Springpunkt. Statt den eigenen revolutionären Willen negativ festzuhalten in der kompromißlosen theoretischen Durchdringung dessen, wogegen man sich wendet, haben die Linken es in der Vergangenheit bei der Bekundung dessen, was sie sein wollen – antikapitalistisch, antiimperialistisch und weiß der Geier, was noch alles – belassen und sich die Realität nach Maßgabe dieses Willens zurechtinterpretiert, indem sie ihn in alle denkbaren »Bewegungssubjekte« hineinprojizierten, die sich gerade anboten. Theorie hatte die eigenen Absichten zu legitimieren, und wo sie dies nicht tat, indem sie Zweifel an dieser Willensillusion anmeldete, galt sie als »abgehoben«, »elitär«, wenn nicht gar als »zynisch« und »menschenverachtend«. Auf diese Weise konnten sich die Linken über ihre gesellschaftliche Ohnmacht, die nicht erst 1989 eingesetzt hat, prächtig hinweglügen, solange es noch irgendwelche »Bewegungssubjekte« aufzuspüren gab. Seit die famosen »neuen sozialen Bewegungen« sich nun endgültig und unabweisbar als das entpuppt haben, was sie immer schon waren, als alternative Bewegungsformen der deutschen Volksgemeinschaft, und neue nicht in Sicht sind, klafft ein Abgrund zwischen dem guten Willen zur Veränderung und der Realität, die sich dagegen hartnäckiger sperrt als je zuvor. Anstatt diesen Zustand jedoch als Chance zu nutzen, mit der Willensillusion endlich radikal zu brechen, sind die Linken nun auf die Idee verfallen, die eigene psychische Innenausstattung, die sogenannte »politische Identität«, aus eigener Kraft neu herauszuputzen. Bis zum Beweis des Gegenteils ist deshalb davon auszugehen, daß die Tatsache, daß Themen wie Rassismus und Antisemitismus in großen Teilen der Rest-Linken seit geraumer Zeit sich großer Beliebtheit erfreuen, nur zum Teil auf die Angriffe auf Ausländer im »wiedervereinigten« Deutschland zurückzuführen ist, sondern einen jener unvermittelten Schwenks hinsichtlich der thematischen Geschmackspräferenzen indiziert, mit denen die Linken in der Vergangenheit so geglänzt haben. Er dürfte so folgenlos bleiben wie die Beschäftigung mit anderen Themen auch.

Der Skandal, über den gesprochen werden muß, ist nicht das Referat von Christoph Türcke, sondern die Tatsache, daß die angegriffenen und ermordeten Ausländer und Flüchtlinge deutschen Linken das Material abgeben, um ihre absolut belanglosen Wehwehchen zu kurieren, und daß jenen mit autoritärer Geste übers Maul gefahren wird, die, wie Türcke, sich dieser deutschen Selbstfindungstour entgegenstellen. Der Skandal ist, daß deutsche Linke die unbestreitbare Tatsache, daß die bedrohten Ausländer und Flüchtlinge weder gute noch schlechte Rassismustheorien brauchen, sondern praktische Solidarität und sonst nichts, schamlos zur Bestätigung und Legitimierung eigener Denkfaulheit und Theoriefeindlichkeit heranziehen. Im Ausländer denjenigen zu sehen, der einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung der eigenen Sinnkrise leistet: das ist die linksdeutsche Variante jener deutschen Haltung, die die Ausländer nur deshalb respektiert, weil sie Steuern zahlen und das Bruttosozialprodukt vermehren. Der sentimentale und ressentimentgeladene Antirassismus, wie er sich in den Angriffen gegen Christoph Türcke zu erkennen gibt, verhindert so den Antirassismus, der an der Zeit wäre. Er ist ein Teil des Übels, für dessen Gegner er sich irrtümlich hält.

*Vgl. dazu Adorno, dessen Entlarvung als Rassist wohl demnächst auch auf der Tagesordnung stehen dürfte, in der *Negativen Dialektik*: »Menschliche Geschichte, die fortschreitender Naturbeherrschung, setzt die bewußtlose der Natur, Fressen und Gefressenwerden, fort. Ironisch war Marx Sozialdarwinist: was die Sozialdarwinisten priesen und wonach es sie zu handeln gelüstet, ist ihm die Negativität, in welcher die Möglichkeit ihrer Aufhebung erwacht.« (*Negative Dialektik,* Frankfurt 1966, S.349)

Clemens Nachtmann ist Autor der Zeitschrift »Bahamas« und lebt in Berlin

Konkret 10/93, S. 49

Alex Demirovic

Säfte und Substrate
Die tiefere Einsicht ...

»Ressentimentgeladenes Philosophenkönigtum« – »lächerliches Kasperltheater« – »Sündenfall aller Ideologiekritik«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den wir in KONKRET 8/93 dokumentiert haben, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Reaktionen ausgelöst. Nach den Beiträgen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam im letzten Heft folgen nun Stellungnahmen von Clemens Nachtmann, Alex Demirovic und Heiner Möller

Eine der zentralen Thesen Christoph Türckes ist, daß »Rassismus« allenfalls noch einen politischen Reflexmarkiere, der die Antirassisten blind mache. Der ubiquitäre Gebrauch dieses Begriffs zeige, wie unscharf, wie modisch und unangemessen er für die Analyse der weltgeschichtlichen Lage sei.

Ich bezweifle, daß dies wirklich eine angemessene Beschreibung der aktuellen Kontroversen über die Ursachen und die Dynamik der rassistischen Pogrome ist. Denn wenn auch Polizeibehörden und Gliederungen der SPD gelegentlich von ›Rassismus‹ sprechen, so scheint mir doch insgesamt ein neurotisches Tabu über diesem Begriff zu liegen. Die fremdenfeindlichen Handlungen jugendlicher Gewalttäter werden, so die öffentlich geäußerten Befürchtungen, mittels des Begriffs ›Rassismus‹ voreilig mit Nazitum in Verbindung gebracht. Günstigstenfalls soll mit diesem Argument verhindert werden, daß die rechte Mordbrennerei mit dem geplanten, industriellen Massenmord der Nazis gleichgesetzt wird. Neurotisch aber ist jener abwehrende Gestus dann, wenn mit ihm bestritten werden soll, daß diese Anschläge eine gesellschaftliche Dynamik in Gang setzen können, die erneut – wie während des NS, wenn auch in anderer Form – zu systematischer Ausgrenzung, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung führen könnten. Die herrschende Sprachregelung sieht für die Kennzeichnung der aktuellen Angriffe auf Ausländer den Begriff ›Fremdenfeindlichkeit‹ vor. Türckes Plädoyer für diesen Begriff ist also keineswegs so kritisch und dissent, wie er selbst zu glauben scheint. Für seine terminologische Wahl gibt er Gründe, auf zwei möchte ich eingehen.

Türcke verteidigt den Begriff ›Rasse‹ als angemessene Bezeichnung der naturgeschichtlich entstandenen Ausformungen des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur. ›Rasse‹ sei der Name, den wir bestimmten natürlichen und vererbbaren Eigenschaften der Menschen beilegen. Die Antirassisten säßen dem Rassismus auf, wenn sie dessen Verknüpfung des Rassebegriffs mit Minderwertigkeitsvorstellungen zustimmten und ihn deswegen gar nicht mehr verwendeten. Rassen seien – nach Kant – irreduzible »Tatbestände«, die sich nicht aus einer Urmenschheit ableiten ließen. Aber repräsentiert Kant den letzten Stand paläoanthropologischer Forschung, und sind die Ergebnisse die-ses Wissenschaftszweiges – angenommen, Türcke hätte sich überhaupt die Mühe gemacht, seine Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen – ideologiefreie Verkündigungen ex cathedra? Wohl kaum. Leider ignoriert Türcke auch die Untersuchungen, denen zufolge ›Rasse‹ als klassifikatorischer Begriff im Europa des 14./15. Jahrhunderts entwickelt worden ist, um dem Adel eine genealogische Identität zu verleihen, und von vornherein eine Semantik der Höher- und Minderwertigkeit implizierte. Ebensowenig würdigt Türcke die biologische Einsicht, daß die Streuung von sog. Rassemerkmalen innerhalb von »Rassen« ebenso groß ist wie die zwischen ihnen, sich Rassen also wissenschaftlich nicht unterscheiden lassen. Selbst phänotypische Merkmale wie die Hautfarbe erweisen sich – soziologischen und ethnologischen Erkenntnissen zufolge – als bloß symbolische Unterscheidungsmerkmale. Insgesamt wird nicht klar, warum Türcke glaubt, daß die Nennung des Namens Kant schon ausreichen könnte, dem Begriff ›Rasse‹ eine ideologische Unschuld wiederzugeben, die er auch in vornationalsozialistischer Zeit nicht hatte. Mobilisiert der Rassebegriff nicht unwiderruflich Bilder des kollektiven Gedächtnisses – Repräsentationen von Nasen, Kopfformen etc. – , die immer wieder von neuem zur Ausbildung von Bedrohtheits- und Feindschaftsgefühlen beitragen? Daß auch Türcke trotz seiner Verteidigung der Wissenschaftlichkeit des Rassebegriffs diesen nicht ernst nimmt, zeigt seine weitere Argumentation, in der er ihn regelrecht wieder fallen läßt.

Denn Türckes zweites und zentrales Argument besagt, daß mit der Entstehung des modernen, die Welt in einen homogenen Markt umwandelnden Kapitalismus und Imperialismus die Naturgeschichte an ihr Ende gekommen sei. Menschenrassen seien ein Anachronismus geworden; Rassen, Völker und Sippen würden durchmischt und gleichgeschaltet und schließlich in einem Einheits- und Durchschnittstypus enden. Als Reaktion auf diese Gleichschaltung sei der Rassismus der wahnhafte Versuch, die Reinheit der Rassen zu erhalten. Diese negative Wertung des Rassismus erscheint im Gedankengang Türckes inkonsequent, da doch die Rassenforschung von ihm vor allem als rassekundlich-wissenschaftlicher Versuch betrachtet werden müßte, den Ergebnissen und Folgen der Rassenmischung nachzugehen. Wenn der Rassebegriff wissenschaftlich brauchbar sein soll, müßte dies gerade für die Phase des Kapitalismus gezeigt werden.

Doch für Türcke ist der heutige Rassismus nur die Oberfläche einer tiefersitzenden Furcht vor dem Fremden, die Erscheinungsform einer der ältesten und finstersten Regungen der Menschheit, dem Fremdenhaß. Diese misanthropologische Behauptung über die frühe Phase der Menschheit, die so wenig Argumente für sich hat wie ihr

Gegenteil, kann Türcke nur mit einer geschichtsphilosophischen Konstruktion plausibel machen, die er einigen Naturrechtsphilosophen des 17. und 18. Jahrhunderts abgeguckt zu haben scheint. Im altsteinzeitlichen Urwald lauerte Fremdheit überall. Die Horden, Sippen, Clans bildeten sich aus, indem sie diese Fremdheit in Bekanntes und Gleiches verwandelten. Diese assimilatorische Anstrengung schuf schließlich stabile gesellschaftliche Systeme, die somit nichts anderes sind als die Folge der Reduktion von Fremdheit auf Gleichheit.

Mit dieser auf Gehlen und Luhmann zurückgehenden Annahme rutscht die Argumentation Türckes ab in eine Betrachtung der Weltgeschichte von Sozialsystemen, derzufolge diese nur die eine Funktion der Bewältigung von Fremdheit (gehabt) haben. Damit verbinden sich zwei Probleme: Erstens ist so noch nicht erklärt, ob und warum sich Fremdheit an sog. Rassemerkmalen festmacht (also: das Fremde = der Fremde = der rassisch andere) oder ob diese nicht eine Form der symbolischen Konstruktion von Eigenem und Fremdem sind. Im Sinne von Türcke könnte die Identifizierung des Fremden qua Rasse als eine Form verstanden werden, ihn gleich zu machen und damit Fremdheit zu bewältigen; dann müßte der Andersrassige nicht mehr zum Feind werden. Diese logische Möglichkeit zeigt, daß die philosophische Kategorie einer anthropologischen Fremdenfeindlichkeit unbrauchbar ist, um Rassismus zu erklären. Zweitens unterstellt Türcke, die Menschen seien bereits als vorgesellschaftliche fremdenfeindlich gewesen. Fremdenfeindlichkeit gilt somit nicht als eine erst gesellschaftlich erzeugte Einstellung. Damit wird ausgeblendet, daß sich historisch Klassengesellschaften entwickelten, in denen der Rassismus auch eine ideologische Form der Konsensbildung von Regierenden und Geführten, also selbst Herrschaftsunterworfenen (gewesen) ist. Bestimmte, nicht alle Gesellschaften erzeugen unter ihren Mitgliedern die Einstellungen, für deren Lösungen sie Türcke zufolge geschaffen werden.

Für Türcke ist das Hauptproblem der aktuellen kapitalistischen Entwicklung, daß die Gesellschaft jene ursprüngliche Aufgabe nicht mehr erfüllt, sondern alle füreinander zu Fremden und Feinden macht. Auf dem höchsten Stand der Möglichkeit einer zivilisatorischen Bewältigung von Fremdenangst wird diese so neu erzeugt. Wenn nun aber urgeschichtlich die Furcht vor Fremdheit durch die Konstruktion von Volk und Rasse reduziert werden konnte und auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau die rassische Identität das Gefühl von Gleichheit und Vertrautheit schuf – ist es dann nicht plausibel, wenn auch gegenwärtig wieder rechte Ideologen den Versuch unternehmen, die Furcht vor dem Fremden durch die Konstruktion von Rassen zu bewältigen? Selbstverständlich aber haben hier diejenigen recht, die den Rassismus bekämpfen, auch wenn sie vielleicht – wie Türcke einwenden könnte – nur ein Symptom bekämpfen.

Türckes Text bleibt an diesem Punkt auf gefährliche Weise uneindeutig. Er kritisiert – mit der sehr unglücklichen Wortwahl aus dem Nazi-Jargon – die »Gleichschaltung« der menschlichen Rassen. Suggeriert er damit nicht doch eine ökologisch motivierte Rassennostalgie? Warum thematisiert er bestimmte Aspekte des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, das nicht allein in symbolischen Konstruktionen aufgeht, in Kategorien der Rasse? Warum schließlich wird nicht an den modernen kapitalistischen Entwicklungen auch das positive Moment der Freisetzung der Individuen aus allen traditionellen – und dies sind eben weltgeschichtlich gar keine rassischen – Verhältnissen hervorgehoben?

Unterstellt – was wahrscheinlich ist – , daß Türcke nicht rassistisch argumentieren will, besteht sein Vorschlag darin, den modernen Imperialismus und seine selbstwidersprüchlichen zivilisatorischen Errungenschaften zu bekämpfen, die alle Menschen gleichschalten und gleichartig werden lassen, um sie dann doch in der Konkurrenz wieder zu Fremden zu machen und damit Urängste zu mobilisieren. Türckes Antwort auf das Problem rechter Gewalt und Mentalität ist somit: Da die Menschen das Fremde nun mal fürchten und dies nicht zu ändern ist, müssen die modernen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft, die ursprünglich geschaffen wurde, um den Menschen die Angst zu nehmen, weltweit so verändert werden, daß sie diese Funktion wieder erfüllen kann und das Fremde zum Vertrauten und Gleichen wird.

Derartige Überlegungen zeugen von einer lediglich abstrakten Radikalität. Denn die Freisetzung von Fremdenfeindlichkeit wird darin als Ergebnis der Zerstörung tradierter völkischer und rassischer Einbindungen und als Folge von Kommodifizierungs-, abstrakten Markt- und Konkurrenzprozessen verstanden. Der politische und kulturelle Prozeß, in dem heute von konkreten sozialen Akteuren Fremdheit als Element einer spezifischen, neuen Form von Rassismus erzeugt und eine Form neorassistisch vermittelter Konsensbildung zwischen Herrschenden und Beherrschten organisiert wird, bleibt bei Türcke ausgespart, indem er sich darüber lustig macht, daß manche so verrückt seien, von einem differentiellen Rassismus oder Rassismus ohne Rassen zu sprechen. Hätte er die Gründe dafür zur Kenntnis genommen, wären ihm wahrscheinlich zwei Ausführungen nicht mehr so leicht von der Hand gegangen.

Türcke meint, uns an die »Selbstverständlichkeit« erinnern zu müssen, daß das Seelenleben und das Denkvermögen den Körper hinter sich lassen und ein seine Physis überschreitendes Tempo entwickeln, da sie flexibler seien. Sie würden – als von ihm geprägte – auch ihn wieder prägen, doch nach einem ihm gemäßen, sehr langsamen Rhythmus. Es sei dahingestellt, ob diese Trennung von Körper und Geist nicht ein weiterer konservativer Topos und längst kaum noch haltbar ist. Mit seiner Überlegung wendet sich Türcke gegen die rassistische Annahme einer ahistorischen Erbmasse. Er mag damit den traditionellen Rassismus des 19. Jahrhunderts treffen, er verfehlt damit jedoch den dynamischen Rassismus der Nazis und erst recht den Neorassismus. Alain de Benoist, einer der konzeptiven Ideologen der Neuen Rechten, bestreitet ausdrücklich, rassistisch zu argumentieren, und begründet dies u.a. mit dem Hinweis, daß die kulturelle

Entwicklung die genetische Selektion bestimme. Seine Hauptsorge gilt der kulturellen Identität, die durch eine Mischung der Ethnien und Völker geschwächt werde. Für ihn wie für andere Neurechte ist die Fremdenangst ein gattungsgeschichtlich erworbener, genetisch bedingter Affekt, der sich im Fall von »Überfremdung« einstelle und auf den die politische Klasse durch entsprechende Maßnahmen angemessen reagieren müsse, jedoch nicht wolle. Auf diese Entwicklung neurechter Theoriebildung müssen antirassistische Überlegungen und Politiken reagieren, ohne dabei die traditionellen Formen des Rassismus aus dem Blick zu verlieren.

Türckes Bild vom Rassismus entspricht einem status quo ante der rassistischen Ideologiebildung. Dies ist auch der Fall, wo er die Ansicht äußert, allein das Lob der Differenz biete noch kein Antidot gegen Fremdenfeindlichkeit, vielmehr sei Identifizierung und Identität nötig. Benoist lehnt es ausdrücklich ab, die Anderen als minderwertig zu betrachten, und fordert ebenso den Mut zur Identität wie die Achtung vor der Andersartigkeit und die Anerkennung der Differenz. Dies hat zu der antirassistischen These vom differentialistischen Rassismus geführt. Schon längst also gibt es in der Diskussion über den Neorassismus die Einsicht, daß – anders als dies Adorno noch glauben mochte – allein der Bezug auf die Anerkennung der Differenz noch wenig bewirkt, nachdem die Neue Rechte ihn sich zu eigen gemacht hat und im Namen der Anerkennung der Differenz und der Rechte unterschiedener Völker gegen Gleichmacherei und kulturellen Imperialismus die Bewahrung der völkischen Eigenheiten fordert. Angesichts dieser ideologischen Konstellation muß die antirassistische Linke die Dialektik von Gleichheit und Differenz zur Geltung bringen.

Es ist wohl deutlich geworden, daß ich Türcke nicht für einen Rassisten halte. Allerdings ist seine Verwendung der Kategorien ›Rasse‹, ›Gleichschaltung‹ und ›Fremdenfeindlichkeit‹ ebenso verwirrend und falsch wie seine Rückführung der Krise des Wohlfahrtsstaats auf die Migration und die These von den rechten Randgruppentätern. Derlei mag zu einem der ideologischen Rinnsale werden, die dem Strom des Rassismus zufließen. Demgegenüber hat es den Anschein, als ob Türcke eine Diskurstaktik in Anspruch nehme, mit der er vermöchte, alle diese bedenklichen Begriffe und Topoi zu nutzen und dialektisch zu zeigen, daß er gleichwohl radikaler ist als alle Antirassisten zusammen. Doch überschätzt er sich, wenn er glaubt, er könne kollektiv verwendete und lange umkämpfte Begriffe aus allen ideologischen Kontexten lösen und neutralisieren. So gerät sein Text in Zweideutigkeiten, die er, wie er ja verspricht, selbstkritisch überprüfen sollte. Vor allem aber, so mein Vorschlag, sollte er darüber nachdenken, ob der Gestus seiner Argumentation der Situation angemessen ist. Es ist schlechte Dialektik, wenn Türcke glaubt, die Lage der Menschheit gewissermaßen aus einigen anti-antirassistischen Affekten heraus erklären zu können. Das ist nicht theoretische und politische Auseinandersetzung, sondern Ressentiment. Ein solches ressentimentgeladenes und elitäres Philosophenkönigtum blockiert die notwendigen Diskussionen um einen Antirassismus auf der Höhe der Zeit. Es setzt den Sonderweg der deutschen Intellektuellen mit anderen Mitteln fort, statt sie auch diskursiv mit den antirassistischen Intellektuellen Europas zu verknüpfen.

Alex Demirovic ist Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung

Konkret 10/93, S. 53

Heiner Möller

Säfte und Substrate
Die Unschuld der Begriffe

»Ressentimentgeladenes Philosophenkönigtum« – »lächerliches Kasperltheater« – »Sündenfall aller Ideologiekritik«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den wir in KONKRET 8/93 dokumentiert haben, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Reaktionen ausgelöst. Nach den Beiträgen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam im letzten Heft folgen nun Stellungnahmen von Clemens Nachtmann, Alex Demirovic und Heiner Möller

»Warum nicht die schwarze, weiße, gelbe, rothäutige Variante der Menschheit, wie Kant es tat, als Rassen definieren?« fragt Christoph Türcke in KONKRET 8/93 und stelltseine Theorie vor, nach der die ungleiche Verteilung der »Huld der Natur« – klimatische und andere Einflüsse – ungleiche, verschiedene Menschen hervorgebracht habe. Denn die »eindeutigsten und haltbarsten« Merkmale der Verschiedenheit pflanzten sich »unweigerlich« fort, »mit wem sich die betreffende Person auch paare«. Warum also nicht so definieren, wie es die unbescholtene Autorität Kant getan hat? Wie hat ers denn getan?

Kant legte in seinen Vorlesungen »Über die Racen« die Theorie von den vier Klimazonen (naß-kalt, trocken-kalt, trocken-heiß, naß-heiß) zugrunde. Er folgte der anthropologischen Theorie des 18. Jahrhunderts, die die Hautfärbung der Menschen aus der Mischung der Säfte und der Lösung des Eisens im Blut bestimmte. Daß »in dem Geschlechte der Weißen dieses in den Säften aufgelösete Eisen gar nicht niedergeschlagen (wird), und dadurch zugleich die vollkommene Mischung der Säfte und Stärke dieses Menschenschlages bewiesen« sei, galt Kant als evident. Diese »vollkommene Mischung« finde sich – erklärt er uns der Sichtweise der Eroberung der Welt von Europa aus folgend – in der »Alten Welt«: »Frägt man: mit welcher der jetzigen Rassen der erste Menschenstamm wohl möge die meiste Ähnlichkeit gehabt haben, so wird man sich, wiewohl ohne jenes Vorurteil, wegen der anmaßlich größeren Vollkommenheit einer Farbe vor der anderen, vermutlich für die der Weißen erklären. Denn der Mensch, dessen Abkömmlinge in alle Himmelsstriche einarten sollten, konnte hiezu am geschicktesten sein, wenn er uranfänglich dem temperierten Klima angemessen war; weil solches zwischen den äußersten Grenzen der Zustände, darin er geraten sollte, mitten inne liegt. Und hierselbst finden wir auch von den ältesten Zeiten her die Rasse der Weißen.«

Man kann diese Wertung, gemessen an der damaligen Diskussion, gemäßigt rassistisch nennen, zumal Kant sich in seinen Vorlesungen bemühte, seine Definition der Rassen als vier durch die Hautfarbe unterschiedene »Klassen« von der wissenschaftlichen Diskussion des 18. Jahrhunderts über die Einteilung der Menschen in unterschiedliche Arten abzusetzen, nach der beispielsweise die Schwarzen mehr Affen als Menschen seien. Er bestand darauf, daß die Hautfärbung der einzige Rasseunterschied sei, während alle anderen Unterschiede »Naturcharakter« trügen, die sich jede der vier Rassen unter entsprechenden Bedingungen in gleicher Weise »aneignen« könnte.

Doch Léon Poliakov hat in seiner Untersuchung über die Quellen des Rassismus darauf hingewiesen, daß der spätere Kant in seiner »Anthropologie in pragmatischer Hinsicht« (1798) offenkundig seinen eigenen Vorsatz verließ, einen Zusammenhang von Blutmischung und Charakter herstellte und die Schlußfolgerung zog, daß »die Vermischung der Stämme... dem Menschengeschlecht nicht zuträglich sei«, da diese »nach und nach die Charaktere auslöscht«.

»Rasse« – ein soziales Konstrukt

Daß Kants biologischer und wertender Rassismus für das 18. Jahrhundert eher gemäßigt war, macht es nicht vernünftiger, sich heute auf ihn zu berufen. Wir stehen vor der Frage, warum Türcke im Jahre 1993 den Unsinn von der Kombination Haut-Klima, Rasse und Vererbung für die Erklärung politischer Entwicklungen benutzt, warum er neben der sozialen und kulturellen eine biologistische Differenz aufmacht und warum eine große Zahl Linker dies für einen interessanten Diskurs hält. Gegen den biologistischen Vorwurf wehrt er sich in der Pose jenes Wissenschaftlers, der Begriffe demgemäß benutzt, »wofür sie einst standen«, und nicht, wozu sie gemacht wurden. Das hört sich gut und denkradikal an. Nur ist die Behauptung, es könne einen nicht wertenden Rassebegriff geben, falsch, wie gerade an Türckes Quelle Kant überzeugend nachgewiesen werden kann. Kant setzt den Begriff »Rasse« ein, um soziale und kulturelle Hierarchien biologisch zu fundieren. Die Kategorie dient dem Nachweis, daß die weiße Rasse, wenn auch unverschuldet und naturbegünstigt, die überlegene sei. Einen Rassebegriff, der nicht als soziales Konstrukt beurteilt werden müßte, gibt es in der Geschichte nicht.

Ein nicht wertender Rassebegriff ist daher ein Unsinn, der sich auch nicht mit dem klug klingenden Vorwurf gegen die Logik des Antirassismus (wer mit Rasse hantiert, argumentiert rassistisch), daß wer Kreis sage, rund meine, retten läßt. Das

geometrische Konstrukt Kreis determiniert Formbestimmung, Unterscheidbarkeit und mathematische Berechenbarkeit, ihm fehlt die Gesellschaftlichkeit.

Der Sündenfall der naturwissenschaftlichen Anthropologie lag nicht erst, wie Türcke schreibt, in der Wertung von Rassen, sondern in ihrer Konstruktion. Das Konstrukt ›Rasse‹ determiniert soziale Wertigkeit, das ist die Logik der Sache. Entsprechend ist in der wissenschaftlichen Diskussion je nach Stand von Erkenntnis und Entdeckung die Definition der Hautfarbe als »signifikantestes« Rassemerkmal dem Interesse der rassischen Hierarchisierung angepaßt worden. Schon Türckes Behauptung, daß Hunderassen Bezeichnungen seien, die mit Wertigkeit nichts zu tun haben, zeugt bestenfalls von Naivität. Als wenn der (Deutsche) Schäferhund nur ein Name und nicht auch eine Klassifizierung ist. Entsprechend war und ist der »Neger« am wenigsten ein Name, sondern eine Rassebezeichnung in eindeutiger Abwertungsabsicht.

Zu welchen Skurrilitäten der Versuch führt, einen biologischen Rassebegriff zu retten, hat Dieter E. Zimmer in seiner »Zeit«-Serie »Angst vor dem Fremden« gezeigt. Er versucht, sich von der »unbiologischen Rassendoktrin der Nazis« abzusetzen: »Unbiologisch war sie, weil die Deutschen eben keine auch nur halbwegs reine Rasse sind, sondern eine nordeuropäische Promenadenmischung.« Bei den Nazis hätten wir es also klassisch mit einem »Mißbrauch des Rassebegriffs« (Türcke) zu tun, obwohl sich doch bereits in seinem Gebrauch das Hauptmerkmal des Rassismus ausdrückt. Wenn Gesellschaft die Überformung von Natur ist, wie Türcke schreibt, dann reicht es, das Naturwesen Mensch vom Tier zu unterscheiden. Weiteres über die Verschiedenheit der Menschen erklärt nicht die Natur-, sondern die Gesellschaftsgeschichte.

Weil Türcke das soziale Konstrukt ›Rasse‹ zur Natur erklärt, kann seine Ideologiekritik an den Antirassisten nicht stimmen. Weil er Rasse als Realität nimmt, muß er ideologisch argumentieren. Der Vorwurf, den linken Antirassisten sei die Verknüpfung von »Rasse« und »minderwertig« zur zweiten Natur geworden und sie würden dem Schein aufsitzen, statt das Wesen zu erkennen: es gehe nicht wirklich um Rasse, sondern um die entfremdete Wahrnehmung der Konkurrenz, dieser Vorwurf benötigt selbst die Konstruktion einer »realen« Rasse. Auf solcher Grundlage qualifiziert Türcke den Antirassismus pauschal ab, statt ihn so zu behandeln, wie er in der linken Diskussion behandelt gehört: Gegen die Inflation des Rassismus als Kategorie der »Tagesschau«, gegen seine bürgerliche Soziologisierung gilt es einen geschärften, antikapitalistischen Rassismusbegriff zu setzen; und es gilt, die Modernisierung des desavouierten biologischen Rassismus zum aufgeklärt-kulturalistischen herauszuarbeiten und anzugreifen.

Der Kern der Popularisierung und Inflationierung des Rassismusbegriffs ist aber gerade seine Reduzierung auf das, was (fast) alle ablehnen: das offene, krude Ressentiment gegen primäre Unterscheidungsmerkmale (davor wäre übrigens auch der Begriff des »Fremdenhasses« nicht gefeit). Zu einer multikulturell produzierenden Nationalökonomie mit »Herrenvolk« paßt die differentialistische Ausgrenzung und Hierarchisierung der Gesellschaft besser als der »primitive« Rassismus – solange sie funktioniert und außergewöhnliche Veränderungen nicht auch außergewöhnliche Methoden erfordern. Deswegen ist der »primitive« Rassismus aber nicht einfach disfunktional. Der »krude« Rassismus in Rostock und anderswo ist mit dem Wunsch der großen Mehrheit ausländerfreundlicher Bürger, den Zuzug zu begrenzen, ein reales Bündnis eingegangen. Dem Staat hat dies die Realisierung seiner Asylgesetzgebung ermöglicht, die zumindest vorübergehend relative Zufriedenheit erzeugt hat. Nur: Rassistisch bleiben die verschiedenen Artikulationsformen der Ausgrenzung. Weil Türcke nicht anerkennt, daß Rassismus Herrschaftsideologie ist, kann er dessen Absichten auch nur eine andere Interpretation geben: als sozialer Protest von unten und – wie er in einer Fußnoten-Ergänzung schreibt – allgemeine »Besitzstandswahrung«.

Ein zweiter Biologismus: der »Furchtinstinkt«

Einen zweiten Biologismus führt Türcke ein, den »Instinkt der Furcht«, den »Fremdenhaß«, eine »der ältesten und finstersten Regungen der Menschheit«. Mit Nietzsche läßt sich trefflich provozieren, aber was? Die Natürlichkeit der Furcht vor dem Fremden ist gleichfalls eine Schimäre der naturwissenschaftlichen Anthropologie, von Verhaltensforschern und Psychologen. Sie zu beweisen sind Kohorten von Forschern angetreten, die sich auf ihre gesetzten Ergebnisse versteiften und bewiesen, was zu beweisen war und aufgrund der Ergebnisse auch plausibel scheint, nämlich daß Kinder mit Furcht und Ablehnung auf ihnen Unbekanntes reagieren (»fremdeln«). Nun gibt es Untersuchungen, die das glatte Gegenteil beweisen. Die Schlußfolgerung ideologisch weniger auf die Naturhaftigkeit festgelegter Forschungen lautet: »Universell ist Fremdenfurcht im Sinne der Erkundungsbereitschaft und des verstärkten Interesses des Kindes für den Fremden, aber nicht als Abwendung oder Ablehnung von Fremden« (Tsiakalos); »eine Prädisposition für Ablehnung von Fremden« sei nicht beweisbar, sondern es sei nur nachzuweisen, daß solche Ablehnungen »unter bestimmten Bedingungen lediglich möglich sind«.

Ich bezweifle sogar, daß der hier gewählte Begriff der »Fremdenfurcht« das Problem trifft – denn soweit die Forschungen zeigen, entscheidet über die Ausprägung der Ergebnisse der »Erkundungsbereitschaft« (Furcht oder Vertrauen) entweder die Art, wie das Unbekannte dem Kind begegnet, oder die Art, wie es dem Kind bekannt gemacht wird. Wir haben es auch hier mit einer sozialen Überformung kindlicher/menschlicher Natur zu tun.

Warum Türcke auf solche Weise die »Inflation des Rassismus« kritisiert? Seine Botschaft scheint mir deutlich: Wenn es Rassismus nicht gibt (weil sich das Ressentiment nicht auf eine reale »Rasse« bezieht), wenn das, was wir Rassismus nennen, der durch Sozialneid und Konkurrenz gesteuerte »Fremdenhaß« ist, dann kann man gegen Rassismus auch nicht kämpfen. Wenn zudem der »Furchtinstinkt« eine der menschlichen Natur eingegebene Grundregung ist, dann läßt sich auch diese nicht bekämpfen, solange Konkurrenz und Sozialneid als Ausdruck der Wertvergesellschaftung existieren, solange also der Kapitalismus existiert.

Gut gebrüllt Löwe, das klingt radikal. Ist es aber nicht, denn Türcke überbringt auch die Botschaft, daß man den Kapitalismus nicht eher bekämpfen kann, als er wie deus ex machina fällt, was dann nicht Ergebnis des Kampfes, sondern seiner selbstzerstörerischen Eigenbewegung wäre. Solche Sichtweise gehört zum Theoriebestand einer größer werdenden Schule einer bestimmten Interpretation und Anwendung der Marxschen Werttheorie. Ihr scheint das Kapitalverhältnis zur »zweiten Natur« geworden zu sein, und sie muß jeden Versuch des Eingriffs in diese »Natur«, jeden Ansatz von verändernder Kritik und Politik als unsinnig denunzieren.

Hermann Gremliza, der Türcke gegen den Vorwurf des rassistischen Argumentierens nicht nur verteidigt, sondern dessen Text »zu größten Teilen richtig« findet (»bloß in einem, dem entscheidenden Punkt falsch«), hat den Kritikerinnen und Kritikern auf dem KONKRET-Kongreß Theoriefeindlichkeit, »Wahnhaftigkeit« oder, im Falle der geschätzten Autorin Ingrid Strobl, »Instinktsicherheit« (wohl wegen »weiblicher Intuition«) bescheinigt. Er hat Türcke nicht verstanden, denn sonst hätte er ihn nicht verteidigen dürfen. Hat er ihn doch verstanden, dann wäre dies schlimm.

»Instinktsicher«, nämlich seinem antideutschen »Impuls« folgend, hat er immerhin erkannt, daß Türcke eine Nivellierung von Widersprüchen betreibt, die alle Erscheinungen der Klassengesellschaften und des kapitalistischen Weltmarkts auf eine monokausale Erklärung reduziert: die unausweichliche Konkurrenz des totalisierenden Weltmarkts mit ihren unausweichlichen Folgen. Daß vor diesem Hintergrund Auschwitz der US-Rassenpolitik ähneln soll, kann Gremliza nicht stehenlassen.

Aber Ingrid Strobl hat einfach nur zugehört. Was Gremliza in Türckes nachgereichter Vorbemerkung entdeckt hat, steckte bereits im Vortrag. Dort führte Türcke aus: »Die jüdische Weltverschwörung war Hirngespinst. Der Einwanderungsdruck verelendeter Massen existiert wirklich.« So kommts, wenn man Äpfel mit Birnen vergleicht. Bereits vor sechzig Jahren waren Weltmarkt, Krise und Konkurrenz, also reale Faktoren, Motoren für den Siegeszug einer Ideologie, die Türcke (durchaus richtig) als Hirngespinst bezeichnet.

Massenarbeitslosigkeit und Konkurrenz wären, würde man sich dem Bild vom »Einwanderungsdruck« anschließen (ich tue es nicht), die Vergleichsebene. Die »jüdische Weltverschwörung« als das für das Unverstandene verantwortlich gemachte Phantom, hat heute zahlreiche Synonyme – »Asylantenflut«, »Fundamentalismus«, »Überfremdung« und weitere, von denen unklar ist, welches davon die bündelnde Kraft sein könnte, um dem Unverstandenen einen Namen zu geben, um die Bereitschaft zu neuen Exzessen hegemoniefähig zu machen, wenn es wieder heißen sollte »Deutschland erwache«. Türcke schätzt aber die nationalsozialistische Massenunterstützung falsch ein, wenn er sie auf deutsche »Vaterlandsliebe« und »Leidenschaft« zurückführt und heute »gar nicht mehr genug Emotionen« für Rassismus und Nationalismus sieht. Nicht ein von allen materiellen Grundlagen völlig gelöster Wahn war der Motor für die Unterstützung des deutschen Nationalsozialismus. Die NS-Propaganda verfolgte sehr wohl so »rationale« Ziele wie Arbeit für alle, Wohlergehen, »Lebensraum«, Siege im Krieg zum Wohle Deutschlands, also aller »Volksgenossen«.

Kapitalismus ohne Subjekte

»Andere erklären den Kapitalismus, weil in seiner Ära die übelsten Angriffe von Weißen auf Schwarze und Indianer stattfanden und stattfinden, für ein genuin rassistisches System, als gehe es ihm eher um die Etablierung einer Herrenrasse als um die Gleichschaltung aller Menschen und Dinge als Waren zum Zwecke ihrer maximalen Ausbeutung und Vernutzung« (Türcke). Insofern das Kapitalverhältnis als subjektloses gesetzt wird, gleichermaßen wirksam für Besitzende und Besitzlose; insofern Türcke also dem Kapitalismus an sich, seiner »Natur«, einen fixen Zweck (»Gleichschaltung aller Menschen und Dinge ... zum Zwecke«) unterstellt, anstatt von seiner Bewegungsgesetzlichkeit zu sprechen, die auch politisches Handeln bestimmt, werden die Untaten der Subjekte zu bloßen Folgen objektiver Abläufe. Opfer und Täter werden eins – »die diffuse rechtsradikale Szene, kaum weniger am Rand der Gesellschaft als die Ausländer«. Die Nivellierung von Auschwitz ist logisches Produkt solchen Denkens, weil die Vernichtung Folge des gleichen subjektlosen Verhältnisses ist wie der US-Rassismus und der neodeutsche »Fremdenhaß«.

Erst wenn das Kapitalverhältnis nicht nur als ein gesetzmäßiges Wirken ökonomischer Prozesse mit politischen Zwangsläufigkeiten begriffen wird, sondern auch als Herrschaftsverhältnis, erst wenn die gesellschaftliche Organisierung dieses »Naturverhältnisses« mitgedacht wird, durch die Menschen – wie verblendet im Denken auch immer – aktiv in diesen »Naturprozeß« eingreifen, erschließt sich eine andere Sichtweise, die Täter und Opfer unterscheiden, die richtig und falsch erkennen hilft. Dann wird auch klar, daß Türckes ›Fremdenhaß‹ nicht einfach der naturhafte Reflex auf das

Unverstandene ist, sondern einer Ideologie folgt, die ihre Widerspiegelung in der gesellschaftlichen Hierarchie findet: Klassengesellschaft ist zumeist auch Rassengesellschaft. Innerhalb wie unterhalb der Klassen rangieren die »Rassen«, und es wird untereinander noch einmal ausgeschlossen und abgewertet. Das macht den Rassismus so wertvoll und wirkungsmächtig.

So wenig die Internationalisierung der Bewegung des Kapitals seine gesellschaftliche Organisierung in Nationalstaaten auflöst, weil Staat, Staatsvolk und Nation notwendige Mechanismen sind, um Herrschaft aufrechtzuerhalten und den »Selbstlauf des Geldes« immer wieder auf seinen Verwertungszweck, die Ausbeutung von Menschen und Dingen als Waren, zurückzuführen, so wenig löst sie den Rassimus auf, führt man ihn nicht wie Türcke auf Biologie, sondern auf Herrschaft zurück. Als solche ist er älter als der Kapitalismus, vermutlich so alt, wie die Herrschaft von Menschen über Menschen. Im Kapitalismus ist er vom Mythos zur Wissenschaft von höher- und minderwertigen Menschen geworden – ein der Warengesellschaft adäquates Ausleseprinzip, das den Keim für Selektion und Vernichtung enthält. Er ist mitnichten ein »Anachronismus«, sondern sehr aktuell und hat unter den Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz Zukunft. Er steht der Zivilisation nicht entgegen, sondern ist ihr zuzuordnen.

Bekenntnis zur zivilisatorischen Funktion des Kapitalismus

Wo KONKRET das beliebte Spiel »Motivforschung« spielt und pauschal alle Türcke-Kritikerinnen und -Kritiker als theoriefeindlich abqualifiziert, möchte ich mit einer Spekulation über die Motive von KONKRET und der Zustimmung für Türcke schließen. Was könnte so unterschiedliche Strömungen wie die auf dem »Was tun?«-Kongreß vertretenen einigen, eine Frage wie: »Gibt es ein biologisches Substrat, das es gestattet, Menschenrassen in nichtdiskriminierender Absicht zu unterscheiden?« zu behandeln? Das Substrat, die eigenschaftslose Grundlage »Rasse«, wird bei Türcke der »Rassenauflösung« durch den Kapitalismus unterworfen. Dessen fortschrittliche, zivilisierende Funktion will er retten gegen den Anwurf, von einem »Anachronismus« wie dem Rassismus durchdrungen zu sein – er zitiert aus dem »Kommunistischen Manifest« gerade diesen Satz: »Die Bourgeoisie zwingt... auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation.«

Fast 150 Jahre nach dem Erscheinen des »Manifests«, nach zwei imperialistischen Weltkriegen, Auschwitz und dem Ende des »zivilisierenden« Kolonialismus ist aber bewiesen, daß Barbarei heute nicht nur als Rückschritt, sondern auch als dominantes und nicht bloß zweites Gesicht des kapitalistischen Fortschritts buchstabiert werden muß. Marx hatte diese zivilisierende Funktion des Kapitalismus nicht als Notwendigkeit, sondern als Möglichkeit vorhergesehen, die durchzusetzen er das Proletariat für fähig hielt. Die Anhänger des subjektlosen Kapitalismus haben dieses zwar gestrichen, nicht aber die Orientierung auf die Zivilisationstendenz des Kapitalismus. Letztere ist ein linker Anachronismus.

Weil dieses Denken Kapitalismus als Fortschritt mit barbarischen Auswüchsen interpretiert und nicht als das eigentlich Barbarische, kann der Kapitalismus umstandslos gegen das Zurückschlagen der Barbarei auf die westliche Zivilisation verteidigt werden. Und prompt folgt der Sündenfall aller Ideologiekritik, die Realpolitik. Wir erfahren von Türcke, daß der rechte Mob nicht nur durch »Unsensibilität«, sondern ebenso durch »Übersensibilität« gekennzeichnet sei, weil er spüre, daß der »Einwanderungsdruck verelendeter Massen« real sei und deswegen »dem sozialen Netz tatsächlich eine Zerreißprobe bevorsteht«. Folglich landet Türcke bei der schnöden sozialdemokratischen Forderung nach einem weniger entwürdigenden Asylverfahren. Die Ausgrenzung aber muß bleiben: Offene Grenzen, so wünschenswert und human sie wären, dürfe es nicht geben, weil dies »in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände produzieren würde«.

Türcke verkoppelt Einwanderung und zunehmende Konkurrenz, Schein und Wirklichkeit, und sitzt damit der Propaganda als Realität auf. Obwohl die Zunahme der Konkurrenz aus den erklärten deutschen Zielen (Spitzenpositionen auf dem Weltmarkt) und der daraus notwendigen Umstrukturierung der Wirtschaft (inklusive notwendiger Massenarbeitslosigkeit) resultiert; obwohl dieser Prozeß erkennbar und wirtschaftspolitisch gesteuert ist, entwirft er den Schrecken der Einwanderung. Schnitte ins soziale Netz sind aber nicht Einwanderungsfolge, sondern sie dienen dem Staatsziel der Absenkung aller Bestandteile des Lohns zur Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals. Die Umstellung des Sozial- und Wohlfahrtsstaats auf einen niedrigeren Level ist ein von der Einwanderung unabhängiges, schon lange diskutiertes Ziel. Die Asylpolitik dient als kalkulierter Regulator, um die Notwendigkeit dieses Programms plausibel zu machen. Das ist der »Einwanderungsdruck«.

Auf die Realpolitik folgt der Appell an den »common sense« der Metropolenlinken: »Machen wir uns nichts vor, jeder der hierzulande irgend sein Auskommen hat, spürt etwas von jenem Bedürfnis nach Besitzstandswahrung, das ebenso brachial wie prophetisch in den Anschlägen auf Ausländer in den letzten Wochen und Monaten ausgebrochen ist.« Hand aufs Herz, exekutieren Skins und Nazis nicht, was sogar wir Linke denken, nur in die Tat umzusetzen uns nicht trauen, weil wir zu zivilisiert sind? Das Bekenntnis zur Vorteilnahme des Metropolenbewohners, zur Abwehr ihrer Bedrohung durch die Opfer ihrer zivilisatorischen Errungenschaften, kommt als Ausdruck eines Objektiven daher, als nicht kritikabel. Die Zugehörigkeit zum produktivsten Teil der Welt erlaubt es demnach dem härtesten Kritiker des Kapitalismus, links zu denken und dabei die »zivilisierten« Metropolenverhältnisse so zu verteidigen, wie sie nun einmal sind.

Wir haben dies Bekenntnis zur zivilisierenden Funktion des Kapitalismus und zur Abwehr ihrer vermeintlichen Gefährdung zuletzt im Golfkrieg erlebt. Als es realpolitisch angesagt zu sein schien, den Krieg gegen die »Bedrohung des Westens« durch den Barbaren Saddam Hussein zu unterstützen, wurde auf Kriegsbefürwortung eingeschwenkt. Damals war es indes noch möglich, diese Parteinahme mit dem Argument, Israel sei bedroht, zu vermengen. Die These von der »Bedrohung« durch Einwanderung kann sich mit solcher moralischen Ehrenhaftigkeit nicht schmücken. Sie muß schnöde ihre eigene Teilhabe am System verteidigen, kann aber, so ist zu befürchten, gerade dafür mit Verständnis rechnen. Vielleicht erklärt dieses »Kontinuum«, warum KONKRET nach der Golfkriegsdebatte erneut dieses Faß von der Bedrohung der Zivilisation geöffnet hat – und nun im Zuge der Rassismusdiskussion das »biologische Substrat Rasse« und einen neuen »Anti-Antirassismus« hoffähig macht.

Heiner Möller schrieb in KONKRET 9/92 über die Aktion Kinderklau in Sarajewo

Konkret 10/93, S. 57

Otto Köhler

Ein deutscher Verlag

Der Geschäftsführer ein Verleger von Nazi-Literatur, sein Cheflektor ein revisionistischer Historiker – kein Wunder, daß das neue Programm des Ullstein/Propyläen-Verlags eine tiefbraune Färbung aufweist

Vor zwanzig Jahren warf Axel Springer Erde auf den Sarg des toten Heinz Ullstein und gelobte mit einem Christuswort Treue über das Grab hinaus: »Fürchte dich nicht, / sondern rede / und schweige nicht, / denn ich bin mit dir, / und niemand soll sich unterstehen, / dir zu schaden...«

Als Springer 1985 selbst starb, hatte er ein Jahr zuvor das Erbe des jüdischen Verlegers veruntreut. 1984 schloß er den Ullstein/Propyläen-Verlag, den er der Familie Ullstein abgekauft hatte, mit dem Verlag Langen-Müller/Herbig zusammen, dessen Eigentümer Herbert Fleissner die Geschäftsführung der gemeinsamen Verlagsgruppe übernahm. So wurde ein engagierter Rechtsextremist programmverantwortlicher Chef des drittgrößten deutschen Buchkonzerns, Programmverantwortlicher für eine – wie Springer einst versprochen hatte – »Tradition, die uns verpflichtet«.

Fleissner, ursprünglich nur Chef des Bogen- und des Klinger-Verlages, verdiente mit Nazi-Dichtern wie Wilhelm Pleyer und rechtsextremistischen Vertriebenenzeitungen so viel Geld, daß er sich 1967 den bekannten Verlag Langen-Müller aus dem ehemaligen Besitz des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes kaufen konnte. Er verlegte Altnazis wie den Goebbels-Adjutanten Wilfred von Oven und die ehemalige Tötungsmaschine Hans-Ulrich Rudel. Mit Franz Schönhubers SS-Memoiren *Ich war dabei* beförderte Fleissner das Entstehen der Reps. Und nach seiner Machtübernahme bei Ullstein/Propyläen drängte er auch den ehemals jüdischen Verlag nach rechts.

Gewiß, er gab sich – das ist in einer solch riesigen Buchfabrik nicht vermeidbar – auch pluralistisch, sogar Willy Brandt ließ sich verführen, seine Memoiren in Fleissners Propyläen-Verlag zu verlegen, Seite an Seite mit Ernst Nolte, der seit seiner Entdeckung, daß Auschwitz nur eine Filiale des Gulag war, zum Starautor des Verlages aufstieg. Doch um ein Problem seines verlegerischen Schaffens kam Fleissner nicht herum: Die alten Nazis sind aus rein biologischen Gründen im Aussterben begriffen. Woher neue nehmen?

Doch da nahte Rainer Zitelmann. Der Berliner Junghistoriker hatte rechtzeitig zum Historikerstreit ein neues Hitlerbild gestaltet. Für seine Dissertation hat er sich die Frage gestellt, was der Führer denn eigentlich gewollt habe. Und schon sah Hitler ganz anders aus, als wenn man ihn nur nach dem Ergebnis seiner Taten beurteilt. So entstand das nun schon beim zweiten Verlag (Klett-Cotta, Stuttgart) in vierter Auflage vorliegende Buch *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, das so geschrieben ist, daß auch die alten Parteigenossen Freude und Gewinn aus seinen Erkenntnissen zogen. Ob der 1990 bei Fleissner erschienene Sammelband *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus* Zitelmanns Gesellenstück sein sollte, ist ungewiß – jedenfalls war er rundherum gelungen. Herausgeber Zitelmann hatte sich mit einer Großzahl der Mitarbeiter eine junge Kampf- und Rezensionsgemeinschaft revisionistischer Historiker geschaffen. Und so war es nicht erstaunlich, daß er letztes Jahr von Fleissner in die strategisch wichtige Position eines Cheflektors des Ullstein-Verlages eingesetzt wurde.

Inzwischen hat er sich voll eingearbeitet. In diesem Herbst erscheint ein Ullstein/Propyläen-Programm, von dem Fleissner – was die rechte Gesinnung betrifft – bisher nur träumen konnte.

Allen voran natürlich ein neuer Nolte von der sehr bewährten Art: *Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus.* Ernst Nolte leistet hier Abbitte, weil er im Hinblick auf die Gaskammern von Auschwitz die Thesen der rechtsradikalen Literatur »nicht ernst genommen« habe. Beispielsweise könne, so Nolte, die »am wirkungsvollsten von Franzosen wie Paul Rassinier und Robert Faurisson formulierte These nicht mehr als voll unsinnig oder bösartig zurückgewiesen werden, es habe eine ›Endlösung‹ als ideologisch begründete Massenextermination nie gegeben und selbst das Zugrundegehen von Hunderttausenden in Lagern und Ghettos oder durch die Gewehre der Einsatzgruppen müsse im Zusammenhang mit Erfordernissen und gewiß exzessiven Wünschbarkeiten der Kriegsführung gesehen werden«.

So steht es in Noltes verquaster Formulierungsweise, aber doch deutlich, auf Seite 8. Und noch auf Seite 308 findet er zwar die Indizierung des berüchtigten *Auschwitz-Mythos* von Wilhelm Stäglich »verständlich«, weil dieses Buch – es behauptet, daß nicht ein einziger Jude vergast wurde – »eine weitgehende Übernahme der nationalsozialistischen Terminologie« zeige. Das Buch enthalte aber auch »Argumente und Beobachtungen, die ernst genommen zu werden verdienen«. Und so kommt er zu dem Schluß: »Ob allerdings die Entziehung des juristischen Doktorgrades durch die Universität Göttingen eine angemessene Reaktion war, dürfte nicht leicht zu entscheiden sein.«

Tatsächlich stellt Nolte an die Verleihung eines Doktorgrades nicht die geringsten Anforderungen. Das beweist der 31jährige Christian Striefler, der nach dem Studium 1989 Forschungsassistent bei Professor Michael Wolffsohn an der Münchner Universität der Bundeswehr wurde und zugleich als Berliner Kulturkorrespondent für die »Welt« tätig war. Seit

1992 ist er Grundsatzreferent des sächsischen Innenministers Heinz Eggert. Und dazu bekam er 1993 bei Ernst Nolte den Doktortitel für eine Arbeit, deren Diskette Cheflektor Zitelmann eilig in die Druckmaschine warf. So kommt schon Ende September das derart entstandene Buch *Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik* mit der Verlagsbotschaft auf den nationalen Buchmarkt, daß die Vorbereitungen für einen Aufstand der KPD durchaus ernst zu nehmen waren. Folge: »Erst die genaue Kenntnis dieser Bedrohung macht die antibolschewistische Gegenkonzeption Hitlers verstehbar.« Ebenso wichtig: »Der Autor nimmt den sozialistischen Anspruch der NSDAP ernst.«

Warum? Ganz einfach – Striefler über Hitler: »Er selbst empfand sich ohnehin als Sozialist, als jemand, der aus einfachen Verhältnissen kommend Verständnis für die Sorgen und Nöte des Mannes von der Straße aufbrachte.«

Woher weiß Striefler das? Aus Joachim Fests *Hitler*, Seite 391ff., gibt er an. Da wäre es ganz nützlich gewesen, wenn Doktorvater Nolte und Lektor Zitelmann nachgeschlagen hätten. Bei Fest steht zwar, daß Hitler einmal sagte: »Ich bin Sozialist.« Aber Fest ergänzt, was Hitler damit gemeint hat: »Ich kann heute noch nicht sehen, wenn mein Chauffeur ein anderes Essen hat als ich« – was nebenbei gesagt bei Hitlers Eßgewohnheiten eine schwere Strafe für den Chauffeur war. Aber selbst Fest stellt klar: »Sichtlich sind im Sozialismus-Begriff Hitlers weder ein humanitärer Antrieb noch das Bedürfnis nach einem Neuentwurf der Gesellschaft.«

Hitler degradierte, so schreibt Fest an dem von Striefler angegebenen Ort, die Begriffe zu reinen Spielmarken. Doch von Doktorvater Nolte werden diese Spielmarken in Zahlung genommen – und Ullstein druckt. Hauptsache es kommt dabei das Ergebnis heraus, das auf der letzten Seite von Strieflers Arbeit steht: Hitler habe sich dazu entschlossen, »mit legalen Mitteln an die Macht zu gelangen«, während die Kommunisten mit Sprengstoff- und Waffenlagern, organisierten Plünderungen und Überfällen auf Geldboten den Aufstand vorbereiteten.

Quellen? Ja, »ein schier unerschöpfliches Reservoir«. Es sind, wie Striefler auf Seite 20 einräumt, die Akten des Generalstaatsanwalts beim Landgericht Berlin – der Bestand wurde während des Dritten Reiches angelegt, wobei nur die für die »Kampfzeit der Bewegung« geschichtlich wertvollen Akten aufbewahrt werden sollten – , trübe Ursprünge also. Doch braune Quellen liebt der Nolte-Doktorand so sehr, daß er anklagend fragt, warum neben dem »roten Großvater« der Geschichtswerkstätten-Literatur »die gleiche Artikulationsmöglichkeit für alte SA-Männer nirgendwo nachzulesen sei«.

Der bei Ullstein angekündigte Band *Die Faschismuskeule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken* wird, wenn überhaupt, dann nicht zum vorgesehenen Termin Anfang Oktober erscheinen. Der Autor Hans Helmuth Knütter, zur Zeit noch Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn, sieht sich heute schon von dem oben erwähnten Aufgebot umzingelt und will nun erst mal – wie er verkündete – »den Linksextremisten«, die »angebliche Zitate« aus dem »Zusammenhang« seiner Werke gerissen hätten, »mit allen straf- und zivilrechtlichen Mitteln« entgegentreten. Die Universitätsleitung muß sich zur Zeit mit Vorwürfen gegen Knütters letzte Schrift *Wanderungsbewegungen – ein Faktum/Multikulturelle Gesellschaften – eine Fiktion* auseinandersetzen, in der dieser Wissenschaftler lehrt, daß »Vorurteile eine wichtige, orientierende Funktion haben«.

Doch eine weitere Probe seines Könnens liefert der Bonner Professor bereits in einem anderen Ullstein/Propyläen-Buch dieses Herbstes. Dort schreibt er über »Deutschfeindlichkeit im westlichen Ausland« und erinnert sich froh an bessere Zeiten beim Kampf gegen »antideutsche Kampagnen«, deren Ziel »die Destabilisierung der Bundesrepublik Deutschland« gewesen sei. Der Bonner Politikwissenschaftler, der im Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung saß und 1985 innerhalb der Reihe »Texte zur inneren Sicherheit« eine Broschüre über die »Wege zur wehrhaften Demokratie« schrieb – Titel: *Freiheit? Aber sicher!* – definiert für Ullstein auch, was er unter »antideutsch« versteht und was er im Kampf dagegen für lobenswert hält: »Noch 1956 gelang es den Bemühungen der Bundesregierung, die Vorführung des Auschwitz-Filmes von Alain Resnais ›Nacht und Nebel‹ auf den Filmfestspielen in Cannes zu verhindern, weil die Gleichsetzung von Nationalsozialisten und Deutschen befürchtet wurde.« Auschwitz war nämlich – wie Ernst Nolte inzwischen nachgewiesen hat – eine Erfindung Stalins.

»Deutschfeindlichkeit ist eine Sache intellektueller Meinungsführer«, erläutert Knütter und nennt sie beim Namen: Gregor Gysi, Erich Kuby, Jürgen Habermas, Günter Grass. Solchen »Intellektuellen, Schriftstellern und hedonistisch eingestellten Bildungsbürgern« gelte es »zu widerstehen«. In einer Fußnote, mit der er auf Angaben hinweist, die er selbst in seinem Buch *Deutschfeindlichkeit gestern, heute und morgen...?* gemacht hat, outet sich Knütter selbst als Bestandteil der rechtsextremen Szene. Es erschien im Verlag der Zeitschrift »Mut«, dem Leitorgan der ehemaligen »Brandt-an-die-Wand«-Bewegung gegen die Ostverträge. »Mut« wurde 1979 wegen antisemitischer Agitation gegen den Auschwitz-Film »Holocaust« als jugendgefährdend indiziert und fand sogar Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht. Chefideologe von »Mut« ist heute der 33jährige Karlheinz Weißmann, der zusammen mit Zitelmann den Ullstein/Propyläen-Band herausgab, in dem Knütters Beitrag steht. Der Titel dieses Bandes ist Programm und Kampfansage zugleich: *Westbindung: Chancen und Risiken für Deutschland.*

Weißmann, dessen *Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung* gleich nach Zitelmanns Einmarsch bei Ullstein erschien und in »Mut« als »Marschgepäck in die Zukunft« gepriesen wurde, läßt dafür jetzt den Autor dieser Eloge, den SFB-Redakteur Ansgar Graw, bei Ullstein gegen die Westbindung linksliberaler Historiker wie Hans Ulrich Wehler anschreiben.

Der dritte Herausgeber des *Westbindungs*-Bandes, der 1993 promovierte Michael Großheim, treibt seine Abneigung gegen westliche Zivilisationsstandards soweit, daß er aus einem Methodenstreit in der Psychologie einen nationaldarwinistischen Kampf macht zwischen »deutscher« und »amerikanischer« Psychologie. Titel seines Aufsatzes: »Die westdeutsche Psychologie nach 1945 – amerikanistische Mode oder exakte Wissenschaft?« Darin schreibt Großheim über die Kapitulation der bis 1945 zu Heerespsychologen heruntergekommenen deutschen Seelenforscher: »Die besiegten Deutschen schienen an einer Art Minderwertigkeitskomplex zu leiden, dem man wissenschaftlich durch den bedingungslosen Anschluß an amerikanische Erkenntnisse und Verfahren abhelfen konnte.« Wichigste Informationsquelle waren damals, so erforschte der 31jährige, »Besatzer-Institutionen von der Art der Amerika-Häuser.« Doch jetzt ist das Reich wieder erwacht und so, hofft Großheim, »müßte in der neuen Situation Deutschlands, mit dem jetzt vielfach beschworenen Ende der Nachkriegszeit, auch die alte deutsche Psychologie in erneuerter Form wieder neue Chancen haben«.

Alle drei Herausgeber – Zitelmann, Weißmann, Großheim – kommen in ihrer Einleitung »Wir Deutschen und der Westen« zu dem gemeinsamen Befund: »Das Bekenntnis zur ›westlichen Wertegemeinschaft‹ hat... fast den Charakter einer auf die totalitäre Durchdringung der gesamten Gesellschaft gerichteten politischen Utopie angenommen.« Sie plädieren für eine Rückkehr zum deutschen »Sonderbewußtsein«, das »unter dem Eindruck des Kriegsausbruchs in den ›Ideen von 1914‹ eine deutlich konturierte Gestalt annahm«.

Ideen? Die fixe Idee der deutschen Kriegspartei war 1914, daß sich ein von allen Seiten eingekreistes Deutschland mit einem Griff nach der Weltmacht und einem umfangreichen Annektionsprogramm aus der vermeintlichen Umklammerung befreien müsse. Das steht jetzt bei Ullstein zur Wiederauflage an. Die Herausgeber zur außenpolitischen Standortbestimmung Deutschlands nach dem DDR-Anschluß: »...wird den Deutschen zunehmend bewußt werden, daß die Definition ihrer Interessen und ihre Handlungsoptionen auch von geopolitischen Gegebenheiten, zumal vom Schicksal der Mittellage, mitbestimmt wird«.

Wir sind wieder eingekreist und müssen zur Kenntnis nehmen, daß nicht einmal Hitlers Krieg ein eindeutiger Angriffskrieg war, denn, so die Herausgeber: »Sowohl für den Ersten wie auch für den Zweiten Weltkrieg kam ökonomischen und machtpolitischen Motiven auf beiden Konfliktseiten eine entscheidende Bedeutung zu.«

Der Sammelband soll – nach glaubwürdiger Verlagsangabe – die Skepsis »der meisten Autoren gegenüber der Maastrichter Utopie einer Totalwestintegration in einen europäischen Bundesstaat« demonstrieren. Am besten ist dies Ludwig Watzall gelungen, dem Redakteur der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte«, mit seinem Beitrag »Der Irrweg von Maastricht«. Als angebliches Zitat »unserer französischen ›Freunde‹« präsentiert er das Diktum: »›Deutschland wird zahlen‹, sagte man in den zwanziger Jahren. Es zahlt heute: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg.« Der Mann von der Bundeszentrale warnt vor dem europäischen Kohäsionsfonds aus einem guten rassistischen Grund: »In ihn müssen jährlich 20 Milliarden DM eingezahlt werden, damit die Südländer Korruption und Nepotismus weiter finanzieren können.«

Das stärkste Stück aber aus Zitelmanns modischer Herbstkollektion ist der Band *Die Legende von der ›Zweiten Schuld‹* eines Manfred Kittel, der schon mit 25 Jahren in der, sagt er, »Politikberatung« tätig war und sein Buch schrieb als Widerlegung von Ralph Giordanos These von der »Zweiten Schuld«, die in der bewußten Verdrängung und Verleugnung der Vergangenheit bestehe. Kittel widerlegt so: Er zitiert aus dem Zeitungsarchiv die jeweiligen Sonntagsreden zur Woche der Brüderlichkeit und betrachtet sie als erfolgreiche »Vergangenheitsbewältigung«. Er referiert den Ablauf ganzer Parlamentsdebatten über die NS-Vergangenheit, ohne daß klar wird, was er daran analysieren möchte außer, daß »der Verlauf der Diskussion Wasser auf die Mühlen der Kommunisten« gewesen sei.

Das mag er so sehen, das Problem ist nur, auch in diesem Fall handelt es sich um den Nachdruck einer Dissertation, geschrieben von einem Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung, der auf nahezu jeder Seite seines Buches nachweist, daß er zu wissenschaftlicher Arbeit unfähig ist. Gut, er will, und das zwingt ihn zu den seltsamsten Verrenkungen, nachweisen, daß Adenauer und die CDU in den fünfziger Jahren beim Umgang mit der NS-Vergangenheit so gut wie keinen Fehler gemacht hätten. Das ist natürlich eine Aufgabe, an der ein gewissenhafter Historiker verzweifeln müßte. Aber soweit kommt Kittel erst gar nicht. Er weiß nicht, wie man richtig zitiert, er setzt Satzstücke und Begriffe in Anführungszeichen, die gar keine Zitate sind, er verfährt mit allem und jedem so, wie es ihm gerade in den Sinn kommt, methodisches Arbeiten ist ihm unbekannt.

Nun ist er gewiß nicht der einzige, der eine Dissertation geschrieben hat, die erfolgreich einen Nachweis der Unfähigkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten erbringt. Zu allem Überfluß aber offenbart Kittel auch noch selbst auf Seite 80, welchen

Begriff von Wissenschaft er hat: »Globke, der einen wissenschaftlichen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen verfaßt hatte, wurde von den Sozialdemokraten mit dem Vorwurf der ›juristischen Prostitution‹ konfrontiert.«

Gab es da wirklich keinen Doktorvater, der fürsorglich fragte, was denn an einem Kommentar »wissenschaftlich« sei, in dem es heißt: »Jedes Volk wird durch die Aufnahme artfremden Blutes in den Volkskörper in seiner Lebensfähigkeit beeinträchtigt«? Hier beginnt der eigentliche Skandal: Der Doktorvater heißt Horst Möller und ist Chef des Instituts für Zeitgeschichte. Und dort darf dieser unglückliche Doktorand mit dem über 400 Seiten starken Unfähigkeitsnachweis ausgerechnet Hand anlegen an eine der heikelsten wissenschaftlichen Aufgaben: die Edition der Goebbels-Tagebücher – jetzt weiß man wenigstens, warum sie so reich an Fehlern ist, bisher ist allein die Herausgeberin Elke Fröhlich dafür verantwortlich gemacht worden.

1977 wurden hundert Jahre Ullstein gefeiert. Axel Springer schrieb im Vorwort des Jubiläumsbandes über den Verlag, den er sich gekauft hatte: »Zweimal wurde das große Werk der Ullsteins in der nazistischen Nacht zerstört. Der erste Schlag zerbrach das Fundament dieses aus jüdischem Unternehmergeist geborenen großen Beispiels verlegerischen Erfolges und freiheitlicher Verantwortung. Mit brutaler Drohung wurde die Familie Ullstein 1934 gezwungen, den Verlag für ein Butterbrot zu ›verkaufen‹... Drei Jahre noch mißbrauchten die neuen Machthaber den Namen Ullstein, dann löschten sie ihn.«

Jetzt, nach dem dritten Schlag, da nichts mehr von dem alten jüdischen Verlag geblieben ist, sollte man endlich auch den Namen wieder löschen und der alten Nazi-Bezeichnung von 1937 wieder zu ihrem Recht verhelfen: Deutscher Verlag – was sonst?

Otto Köhler schrieb in KONKRET 9/93 über die BASF in Bischofferode

Konkret 10/93, S. 60

Christel Dormagen

Ich habe gelesen

Manchmal löst sich das Kofferproblem auf unerwartete Weise: Packeich solche Bücher für den Urlaub ein, die schon ewig ungelesen an der Bettkante liegen? Oder nehme ich mir die vor, deren Titel auf verstreuten Zetteln und Zeitungsrändern stehen – flüchtig hingekritzelt während eines Telefongesprächs mit Freunden: Das muß du unbedingt lesen! Oder sollen es – Pflicht mit Neigung kombiniert – die Rezensionsexemplare sein, die sich im Haus angesammelt haben. Am besten von allem etwas?

Nichts von alledem. Nicht ich suche aus. Es wurde schon ausgesucht für mich. Ich bewohne für längere Zeit das Ferienhaus von Freunden. Und zu dessen Ausstattung gehört wunderbarerweise eine veritable Bibliothek, eine Art völlig unsystematischer Urlaubskollektion. Ganz offenbar setzt sie sich aus haargenau jenen oben genannten drei Kategorien zusammen, so daß ich durchaus diverse Bekannte treffe.

Den Mann ohne Eigenschaften z.B. Den wollte ich immer schon noch einmal lesen. Die erste Lektüre fand in der allgemeinen Studentenbücherei in Freiburg statt. Dort, wo auch sämtliche Zeitungen und Zeitschriften aushingen. Heute kann ich mir gar nicht mehr recht vorstellen, daß ich ein Sommersemester lang jeden Tag dorthin gepilgert bin, mich in einen der Sessel setzte – das Buch hatte ich extra an einem falschen Platz ver-steckt, damit kein anderer es fand – , eine unsichtbare Glasglocke über mich stülpte und las und las und las...

Die Wiederlektüre jetzt habe ich allerdings höchst dosiert betrieben. Quasi aus Selbsterhaltungstrieb. Das Buch stiehlt einem fast sämtliche Lust, neue oder gar neueste Bücher zur Kenntnis zu nehmen. Vom Denken eigener nochniedagewesener Gedanken mal ganz zu schweigen. Lauter melancholische Déjà-vus. Nein, in Wirklichkeit verhält es sich selbstverständlich so, daß man selber den Zustand der Welt so exakt gar nicht zu erfassen und zu formulieren in der Lage ist. Also lieber eine Kehrtwendung nach vorne im Ferienbücherschrank. Der dann, wie sich herausstellt, insgesamt so lustig gar nicht ist.

Doch erst lockt noch eine der Alten, eine Unscheinbare, auf die mich – wenn mich ihr Buch auch sonst nicht groß erleuchtete – Camille Paglias Masken der Sexualität aufmerksam gemacht hatte. Es ist die, nach fast hundert Jahren Malträtierung oder einfach nur Vergessen, inzwischen zur großen, wo nicht gar größten amerikanischen Lyrikerin erklärte Emily Dickinson.

Sieben Gedichte wurden zu ihren Lebzeiten gedruckt. Und das anonym und verstreut in Zeitschriften, z.T. vom Redakteur sogar noch »verbessert«. 1775 hat sie insgesamt geschrieben. Und die wurden zum ersten Mal 1955 in der Originalfassung veröffentlicht. Da war sie schon über 60 Jahre tot. Das Leben der Dichterin verlief äußerlich völlig undramatisch. Emily Elizabeth Dickinson wurde am 10. Dezember 1830 in der kleinen Universitätsstadt Amherst, Massachusetts, geboren. Sie starb am 15. Mai 1886 in ihrem Geburtshaus. Der Radius ihrer täglichen Aktivitäten beschränkte sich auf ihr Elternhaus und den Garten, dessen Grenzen sie kurz nach ihrem dreißigsten Lebensjahr nicht mehr überschritt.

Dieser Absatz steht in einem sehr schönen kleinen Band aus dem Berliner Henssel-Verlag. Darin finden sich 60 Gedichte, jeweils in englisch und in deutsch. Dazu kommentierte Auszüge aus Briefen, ein paar wenige Fotos und eine knappe Einführung in Leben und Werk. Alles ist mit – wie mir scheint – Sorgfalt, Kenntnis und Einfühlung von Lola Gruenthal besorgt worden. Und auch mit Zurückhaltung. Inzwischen nämlich hat man von allen Seiten versucht, diese merkwürdige Frau einzukassieren: als Hausfrau mit fehlgeleitetem Beschäftigungsdrang (sie war weder eine professionelle Dichterin noch eine Amateurin: sie war eine private Dichterin, die unermüdlich schrieb, wie andere Frauen kochen oder stricken); als Psychotikerin, deren Gedichte ihren allmählichen Zerfall dokumentieren; als Superfeministin mit einer heimlichen lesbischen Geliebten; als gottessüchtige Mystikerin; als Existentialistin vor ihrer Zeit... etcpp. Ein Mensch, der über ein Vierteljahrhundert lang nicht weiter als bis zum Gartentor geht – dem des elterlichen Hauses wohlgemerkt – ; solch ein Mensch weckt ja in der Tat Neugier und Verdächte.

Gedichte sind meist nicht mein Fall. Die ihren allerdings – aphoristisch verrätselte Logikungeheuer in infantiler Verkleidung – habe ich, soweit abgedruckt, doch gelesen. Was mich aber elektrisiert hat, sind Dickinsons Briefe. Sie hatte sich schriftlich um Rat an einen damals bekannten Literaturkritiker gewandt; und daraus entwickelt sich eine absonderliche Korrespondenz. Er ahnt die Künstlerin in ihr (Ich würde gern recht oft von Ihnen hören, aber ich bin immer ängstlich, weil ich fürchte, was ich schreibe, könnte schlecht gezielt sein & vorbeitreffen an dem feinen Rand Ihres Denkens); und sie verehrt ihn übermäßig (wollte ich Ihnen zu danken versuchen, würden die Tränen meine Zunge hemmen).

Einmal besucht dieser Mr. Higginson sie auch in ihrem Provinznest und berichtet darüber in einem Brief an seine Frau: Sie kam mir mit zwei Lilien entgegen, die sie mir mit einer kindlichen Geste in die Hand gab & sagte: »Dies ist meine Einführung«, mit einer leisen, ängstlichen, atemlosen, kindlichen Stimme – und fügte flüsternd hinzu: »Verzeihen Sie, daß

ich Angst habe; ich sehe nie fremde Menschen und weiß kaum, was ich sage.« In diesem Brief zitiert er auch Aussprüche von Dickinson. Daraus und aus den Briefen der Dichterin an den Kritiker sei hier einiges zitiert.

In einem ihrer Briefe heißt es: Zu leben ist so aufregend, es läßt nur wenig Raum für andere Beschäftigungen, obwohl Freunde, wenn möglich, ein noch schöneres Ereignis sind. Higginson notiert folgende Aussprüche: Es gibt viele Menschen auf der Welt (Sie müssen sie auf der Straße bemerkt haben). Wie leben die? Woher nehmen sie die Kraft, am Morgen ihre Kleider anzuziehen? Und: Es gibt immer eine Sache, für die man dankbar sein muß – daß man man selbst ist & nicht jemand anders. Als ihr Vater gestorben ist, schreibt Dickinson: Ich bin froh, daß es die Unsterblichkeit gibt – aber ich hätte sie lieber selbst erprobt – bevor ich ihn übergab. Noch einmal Higginson an seine Frau: Ich war nie mit jemandem zusammen, der meine Nervenkräfte so erschöpfte. Ohne daß ich sie anrührte, zehrte sie an mir. Ich bin froh, daß ich nicht in ihrer Nähe lebe.

Und schließlich ein letzter von Higginson festgehaltener Ausspruch: Ich fragte sie, ob es ihr nie an Betätigung fehle, da sie nie ausgeht & nie Besuch empfängt. »Es ist mir nie eingefallen, daß ich je in aller Zukunft den geringsten Ansatz zu solch einem Bedürfnis verspüren könnte.«

Ein langweiliges Leben? Ein sehr geheimnisvolles Leben. Und nun als Kontrast ein übervollgepacktes, ein exemplarisch aufregendes Leben. In seinem entschiedenen Willen zur Offenlegung und zur Öffentlichkeit vielleicht auch ein geheimnisloses: 900 Seiten über Simone de Beauvoir von der amerikanischen Biographin Deidre Bair, die auch Becketts Leben beschrieben hat. Der Gegensatz könnte nicht größer sein: Dickinson hatte sich später ausdrücklich jede Publikation ihrer Gedichte verbeten. Beauvoir weiß schon sehr früh und sehr genau, daß sie Schriftstellerin sein will. Und das ist sie nur, wenn sie auch gedruckt wird. Die Amerikanerin verließ ihr heimatliches Haus so gut wie nie. Die Französin besaß in dem Sinne keine Heimat: kein Haus, kein Gartentor. Ihre Heimat sind öffentliche Orte, ihr Hotelleben ist bekannt. Erst im Alter hat sie sich übrigens ihre erste Wohnung gekauft.

Simone de Beauvoir ist immer eine Figur der Verehrung für mich gewesen und auch – wie für eine ganze Generation von Frauen bestimmter Herkunft und Geschichte – eine beneidete Person: Was für ein glanzvolles Leben hatte diese Madame 1000 Volt. Und ständig dieser berühmte Umgang – all diese Menschen, die intellektuelle und künstlerische Geschichte gemacht haben. Von der Lebensgemeinschaft mit Sartre gar nicht zu reden. Sie war vielen von uns, den feministischen Töchtern gewissermaßen, lange ein großes Vorbild. Und jetzt, nach der Lektüre, hat sich mir das Bild auf kaum benennbare Weise verschoben. Das ist keinesfalls einer Voreingenommenheit oder einem falschen Tonfall der Biographie vorzuwerfen. Die erschlägt allenfalls durch die akribische Fülle von Fakten; fast als habe die Autorin als interessierte, aber neutrale Beobachterin Tag für Tag neben Beauvoir gestanden.

Es ist eher so, daß ich manches lieber nicht gewußt hätte. Nicht so viel über das brave, altkluge Mädchen; nichts so Genaues über die fleißige Studentin, die vier Studienjahre in dreien ebenso diszipliniert absolvierte wie fünf Leben in einem; nichts über ihre Abhängigkeit von männlichem Lob und männlicher Ermunterung. Und besser gar nichts über das »Heilige Paar«. Über Sartres geradezu erstaunliche erotische Umtriebigkeit und den zunehmend elenden Kampf mancher dieser Frauen untereinander, vor allem jedoch mit »Castor«, der Nummer Eins, um den Götterbesitz.

Vielleicht wird mir da allzu vertraute Weiblichkeit gespiegelt. Zu deutlich erkenne ich die Verhältnisse, wie sie sind und wie Beauvoir sie z.B. im *Anderen Geschlecht* selbst beschreibt. Es hat eben einiges für sich, wenn das Leben kunstproduzierender Menschen ein Geheimnis bleibt. Und wenn auch nur aus dem Grund, daß man sich so um die Unterscheidung von Leben und Werk nicht zu kümmern braucht. Aber Lust habe ich doch bekommen, ihre Bücher wiederzulesen – zur Nachprüfung einer Vorliebe: Haben sich Schatten auf ihr Werk gelegt? Und wenn ja, woher stammen sie?

Ein Schattenspiel ganz anderer Art betreibt ein noch lebender Schriftsteller, bei dem ich, s.o., sogar froh bin über die magere Klappentextauskunft: *geboren 1909 in Montevideo*. Denn das komplizierte Konstrukt aus Geheimnissen, das seine Bücher Werk um Werk erschaffen, genügt vollauf: Juan Carlos Onetti. Gelesen habe ich jetzt Der Tod und das Mädchen, eine Geschichte von 80 Seiten und so etwas wie ein Krimi ohne Auflösung, auch wenn Opfer und Täter bekannt sind. Trotzdem bleibt alles ein Rätsel – Zeit, Orte, Personen. Womöglich läßt sich die Erzählung, trotz der Anmerkungen, aus sich heraus kaum begreifen; denn sie bewegt sich voraussetzungslos in der den Text übergreifenden Erzählwelt von Onetti. Eine ganze Reihe seiner Romane spielt in jenem im doppelten Sinne fiktiven Santa Maria. Doppelt insofern, als diese deutsch-schweizerische Kolonie in Südamerika nicht nur dem Hirn ihres Autors entsprungen ist, sondern darüber hinaus auch der Vorstellung einer seiner Romanfiguren.

Da ich von Onetti schon die Romane *Der Leichensammler*, *Lassen wir den Wind sprechen* und die Erzählung *Der Schacht* kenne, begegnete ich zwar alten Bekannten wieder und konnte Fäden zusammenknüpfen. Doch ohne das befriedigende Kreuzworträtselgefühl. Die Decke schwerblütiger Vieldeutigkeit läßt sich nicht endgültig lüften. Und das ist sehr verführerisch.

Im ersten Roman der Nordamerikanerin Rosellen Brown, *Mein lieber Sohn,* wird ein furchtbares Geheimnis aufgedeckt. Eigentlich schon ziemlich am Anfang des knapp 500 Seiten starken Buches. In einer Kleinstadt Neuenglands wird ein junges Mädchen erschlagen aufgefunden. Und sehr schnell weisen alle Indizien in eine Richtung – auf den unbescholtenen 17jährigen Sohn einer hochsympathischen Familie: Der Vater ein verrückter Künstler und Hausmann, die Mutter beliebte Kinderärztin, dazu noch eine kluge 12jährige Tochter. Was die Autorin nun auf den folgenden 400 Seiten entfaltet, sind die Geschichte des Verdachts und die Geschichte der Tat. Wie kann es dazu kommen, daß man einen Menschen umbringt? Was richtet solch ein Ereignis mit den Menschen an; mit denen der Stadt und vor allem mit der Familie?

Erzählt wird abwechselnd aus der Perspektive von Vater, Mutter und Tochter. Und das absolut atemberaubend und absolut überzeugend in der Darstellung seelischer Verhaltensweisen. Wie da z.B. aus Verantwortung die Eltern des Jungen einander fast zu Feinden werden. Gut geht die Geschichte – ganz untypisch für US-Erfolgsbücher – auch nicht aus, sondern unspektakulär bitter. Wie das Leben halt.

Bei Fruttero & Lucentini bleibt Gott sei Dank alles hübsch in den Bahnen beruhigender Fiktion. Obwohl doch der Protagonist mit der Krankheit der Melancholie geschlagen ist. Trotzdem – im neuesten auf deutsch vorliegenden Buch des Autorenteams (das sich übrigens, was das Privatleben angeht, angenehm bedeckt hält; auch wenn man zu gern wüßte, wie z.B. rein technisch das gemeinsame Schreiben funktioniert) bleibt alles befriedigend übersichtlich, selbst das »Geheimnis« in Form diverser Leichen. *Das Geheimnis der Pineta* spielt in einer eingezäunten und bewachten Reichen-und-Rentiers-Dauerferienkolonie am Meer. Eben der Pineta, dem Pinienhain. Und eigentlich passiert dort so gut wie nie etwas außer gehobener Langeweile und gepflegtem Faulsein. Bis es dann doch irgendwie zu den Todesfällen kommt, die hauptsächlich vom depressiven Signor Monforti aufgeklärt werden. Mit der düsteren Hellsichtigkeit des Melancholikers sozusagen. Das alles wird aber in feiner Beschaulichkeit erzählt, mit Neigung zu Ausschweifungen, Sinn für die kuriosen Typen, die dort aufkreuzen, und mit gelassener Ironie. Man hat ja, wie gesagt, Zeit, weil nichts passiert.

Ein Buch, das sich gut im Liegen lesen läßt. Ebenso wie vielleicht auch *Mein lieber Sohn*. Bei Onetti und Dickinson muß man unbedingt sitzen. Und die Dauergeschäftigkeit der Pariser Intellektuellen-Bohème reißt einen vermutlich von selbst aus dem Liegestuhl. Meine letzte Empfehlung nun ist für die gedacht, die sich gar nicht mehr erinnern können, wann sie zum letzten Mal ein Buch im Liegen gelesen haben. Die die weitschweifige Beschreibung des Müßiggangs in der Pineta kaum ertragen. Die grundsätzlich keinen Urlaub machen, geschweige denn Ferien. Die sich von berufsnotwendigen Fachbüchern ein Resümee durch ihre Assistentin anfertigen lassen. Kurzum: für Menschen unter Streß.

Schöner Schuften heißt das kleine Handbuch mit dem Untertitel *Wege aus der Arbeitssucht*. Um die nämlich geht es. Inzwischen ist die Arbeitssucht – allerdings noch nicht von den Krankenkassen – als veritable Krankheit anerkannt, die häufig sogar zu frühem Tod führt. Sie wird von Spezialisten zu den *stoffungebundenen Süchten* gezählt. Und ganz und gar nicht nur die sprichwörtlichen Manager fallen dieser *legalen Droge Arbeit* anheim, sondern Hausfrauen, Handwerker, Pfarrer ebenso.

Bekannt ist inzwischen auch, daß der Körper in Alarmsituationen, wie Streß z.B., selber ein hochkompliziertes und hochwirksames Gegenprogramm zu starten in der Lage ist: *Blitzartig werden bis zu 80 verschiedene Substanzen in die Blutbahn geschwemmt* – eben jene körpereigenen Drogen. Das Buch, von den drei deutschen Autoren Orthaus, Knaak und Sanders verfaßt, ist im besten Sinne amerikanisch aufgemacht: übersichtlich, leichtfüßig, praktisch und sogar gelegentlich unterhaltsam. Vielleicht ist es ja heilsam, per Lektüre mal zu testen, gerade als Mensch mit einer helfenden oder sog. kreativen Arbeit, ob man schon auf dem besten Wege ist, freie Zeiten als vergeudete Zeiten zu fürchten. Und dazu als Abschluß zwei Sätze, ebenfalls im Buch zitiert, von einem frühen Diagnostiker dieser höchst deutschen Krankheit: *Eine sehr seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat. Es ist die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht.* (Paul Lafargue: *Das Recht auf Faulheit).*

In diesem Sinne schöne Leseverschwendungszeiten mit:

Emily Dickinson: *Guten Morgen, Mitternacht. Gedichte & Briefe*. Ausgewählt und übertragen von Lola Gruenthal, Henssel 1987;

Deirdre Bair: *Simone de Beauvoir. Eine Biographie*. Deutsch von Sabine Lohmann, Uda Strätling und Sonja Hauser, Goldmann 1992;

Juan Carlos Onetti: *Der Tod und das Mädchen*. Deutsch von Jürgen Dormagen, Suhrkamp 1993;

Rosellen Brown: Mein lieber Sohn. Deutsch von Monika Elwenspoek und Otto Bayer, Diogenes 1993;

Carlo Fruttero & Franco Lucentini: *Das Geheimnis der Pineta*. Deutsch von Burkhart Kroeber, Piper 1993;

Jürgen Orthaus, Almut Knaak, Katrin Sanders: *Schöner Schuften. Wege aus der Arbeitssucht*, Kiepenheuer & Witsch 1993

Christel Dormagen schrieb in KONKRET 4/93 über die Postfeministin Camille Paglia

Konkret 10/93, S. 63

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Ein Mensch schreit auf gegen Heitmann

Gestern Nacht kein Auge zugetan und um acht Uhr dreißig beim Prostatologen Termin

Und da ist von o.B. bis Tut mir leid für Sie alles drin

Dann der Zores mit dem Hauswirtsanwalt, die Kreditabsage, die Brücke oben rechts und der augenscheinliche Verfall der Dioptrien

Und der jüngere der beiden Buben ist wiedermal nicht mehr clean

Kurz: Ich hänge überm Abgrund und mein Antlitz leckt der Bär

Da kommst du, Heitmann, mir mit deiner ungeheuerlichen Luxusunverschämtheit, Bundespräsidente wernzuwolln daher

Einfach so

Zwischen Verdauung und Klo

Ungebeten und ohne Talent

Ei gucke, ich bin der neue Bundespräsident

Aber, Heitmann, und wenn ich mir aus dem Erlös von einem Dutzend mich in die Sicherungsverwahrung bringenden Zweigstellenüberfällen die dich verhindernden Wahlmänner kaufen muß

Du kommst mir nicht in den B-1-Daimler 600 Freifahrtgenuß

Du täglich bei 95 Grad frischgewaschnes pietistisches Hemd wirst nicht der Prösident aller Krauts von Flens bis gaden und vom Rhein bis Neiße

Mit dieser ixmal abgekackten/aufgewärmten second virtue Pünktlichkeits- und Fleiß- und Ordnungsscheiße

Für den Opa, der witzigerweise nach dem Achten Fünften Fünfundvierzig London hört und (Ungeheuerlichkeit!) über den Anwalt des Friedens und der Arbeiterklasse, Walter Ulbricht, spaßt

Kannst du nix; wer aber, von den Opaknien herunter, als erwachsener Mensch den Kommunismus, das Glühwürmchen im finsteren Kaos namens Kapitalismus haßt

Wer als lutherischarisches Gotteskind

Durch Stuttgarts City latschend in die Kamera sagt, daß ihm Dönerkebabianer ein Greuel sind

Wer zudem in seiner Jugend sich nicht direkt befriedigte, sondern in der Arbeit als Kirchenmann auf die ersatzweise Tour

Für den gibt es ein Bu-Prä, Du? Niemals! nur

P.S.

Auch meine Mama, Heitmann,

dachte einst anders, als wie heut denken so viele Fraun

Und hieß mich in das Deutschland und seine über alles reaktionären Lausbuben illuminierende Licht der Welt schaun

Freilich, hätt sie mich abgetrieben,

wär dir mein zackenschroffes Nein erspart geblieben

P.S. II:

Ich bin da voller Zuversicht

Heitmann, nein, du wirst es nicht.

Man müßte diesen Powerkondolierer/innen diese kondolente Kotze wieder reinstopfen können ins Maul, reinstopfen ins Maul unds Maul zuhalten, daß es ein kathartisches Würgen wär, wie schon lang nicht mehr.

Hallo, Boss-Men in 72543 Metzingen

Fällt euch nicht auf, daß euer Kleiderständer eine fatale Ähnlichkeit hat mit den von Arno Breker modellierten Runenritterfressen, oder soll das so sein?

Konkret 10/93, S. 64

Georg Seeßlen

Zurück in die Zukunft

Das Raumschiff Orion fliegt wieder (und nach wie vor in falscher Richtung)

Mit den Entwicklungen des »neuen« Fernsehens ist offenbar auch die Sehnsucht nach dem »Steinzeitfernsehen« gewachsen. Das hängt natürlich mit nostalgischen Erinnerungen der Generation zusammen, die gerade dabei ist, den Geist aufzugeben. Es hängt mit der Mischung aus Übersichtlichkeit und Komik zusammen, einer Sehnsucht nach dem Schwarzweiß von Peter Frankenfelds Jacket (so wie uns ein Jahrzehnt zuvor eine Sehnsucht nach den Farben von Technicolor erfaßt hatte). Es hängt damit zusammen, daß das, was einst Dekor sein sollte, jetzt als Design erscheint, und das, was sich bemüht, »natürlich« zu sein, jetzt ziemlich abgefahren »fremd« wirkt.

Abgefahren wie der Zug der Moderne: Dieses Steinzeitfernsehen war auf eine Zukunft gerichtet, die es selbst tatkräftig zu verhindern half. Die Gleichzeitigkeit der Anmaßung großkarierter Jacken und bodenloser Spießigkeit, die Selbstreferenz als Stärke des Individuums und nicht des Mediums (Clemens Wilmenrod, der einen Clemens Wilmenrod-Kopf auf der Kochschürze trug, Luis Trenker, der zum Samstagsnachmittagskaffee nur immer von sich selber und höchstens noch von seinen Bergen und seinen Büchern darüber sprach), ein Terrain der Biederkeit, die jede Exaltation als Sensation erscheinen ließ; und natürlich das nicht zu vergessen, was in seiner Steinzeit das Fernsehen in den Familien war: die Praxis des Rituals (und des Verbots) und die Phantasie der Differenzierung – das alles macht uns, nicht immer, aber immer öfter, glänzende Augen.

Zum kleinen Kult innerhalb dieser Wiederentdeckungsstrategien (die es übrigens in unseren Nachbarländern noch viel heftiger gibt) hat sich die deutsche SF-Serie »Raumpatrouille« entwickelt, die von den Erlebnissen des Raumschiffes Orion und seiner Besatzung am Rande des Universums handelt und von der Invasion der Frogs.

Was ist schon gegen den naiven Charme einer Serie zu sagen, in der die Technologie eines Raumschiffes aus Bierzapfhähnen, Schrankgriffen und Küchengerät zusammengestellt wird, in der die Schauspieler durch allerlei Verrenkungen irgendeinen furchtbaren Magnetsturm simulieren müssen, weil die Kamera fest am Studioboden verschraubt zu sein scheint, in der die Darsteller ansonsten vor allem stocksteif umhergehen, einander gegenüberstehen oder -sitzen und sich mit ebenso stocksteifen Dialogsätzen bombardieren, in der ein Roboter mit reichlich obszönen, äh – Fortsätzen (Gummi, aufblasbar, vermuten wir) die Asimovschen Regeln der Robotik nicht befolgt, weil die Drehbuchautoren uns mit ihrer Logik nicht behelligen wollen, in der man in einer Diskothek in einem gewaltigen Goldfischglas regelmäßig einen noch blödsinnigeren Tanz aufführt, in der die Frauen noch Bienenkorbfrisuren tragen und irgendwie auch wieder nicht »emanzipiert« sind, in der die Weltregierung grübelt und die Helden handeln und in der die Welten so eindrucksvoll verbrennen wie Papierbälle, weil es nämlich Papierbälle sind? Gar nichts, so lange wir nicht argwöhnen dürften, hinter dem harmlosen Vergnügen am Erinnern und am Schlechtgemachten möchte vielleicht doch noch eine tiefere Sehnsucht lauern.

Die Serie entstand damals als deutscher Nachzügler zu einem SF-Boom auf den angelsächsischen Bildschirmen. Das deutsche SF-Fandom mußte bis 1966 warten, bis es seine eigene »Kult-Serie« erhielt: »Raumpatrouille«, von R. Honold und W. G. Larsen geschrieben. Bei ihrer Erstausstrahlung erzielte die Serie mit Dietmar Schönherr in der Hauptrolle beachtliche 50 Prozent Sehbeteiligung. Die erste der sieben Folgen wurde am 17. September jenes Jahres ausgestrahlt, und trotz der eher bescheidenen technischen Machart löste sie in den deutschen Wohnzimmern ein wahres Weltraumfieber aus. Es war eben zugleich Science Fiction und sehr »deutsch«, was da geschah. Die Serie lief zur besten Sendezeit, Samstags um 20 Uhr 15 unter dem Motto: »Dies ist ein Märchen von übermorgen«. Unter Commander McLane (Dietmar Schönherr) befindet sich das Raumschiff Orion auf der Suche nach den bösen Invasoren, den »Frogs«. »Raumpatrouille«, co-produziert mit dem französischen Fernsehen, war mit 3,4 Millionen Mark Produktionskosten die bis dahin teuerste Fernsehserie in Deutschland, wurde aber auch ein Erfolg weit über die Grenzen des SF-Fandoms hinaus. Es gab sogar Kosmetik-Tips, um das »coole Styling« der Frauen in der Serie nachzuahmen, und »Bühnenbildner Zehetbauer verwendete vom Bügeleisen bis zu Badezimmerarmaturen alles, was sich einigermaßen in die Chrom- und Plastikwelt des 3. Jahrtausends integrieren ließ. Und doch hat das ganze einen gewissen Charme, alles ist so typisch 60er Jahre. Dann haben wir einen zeitgemäßen Helden, nicht mehr so rein wie seine Vorbilder Flash Gordon und Buck Rogers. McLane ist ›auch nur ein Mensch‹, der Whisky trinkt und Fehler begeht, und das macht ihn so sympathisch« (Ralph Umard). Naja.

Genauer besehen ist Commander McLane die Modernisierung eines altbekannten deutschen Heldentypus. Von der ersten Folge an sehen wir in ihm einen »entschlossenen« Offizier, immer in Konflikt mit seiner Führung, weil er zum einen die Gefahren viel schneller erkennt als sie und weil er zum anderen von einer direkten Loyalität zu seiner Besatzung und zu seinen Freunden geprägt ist, die ihn immer wieder in mächtige Konflikte bringen. Aber natürlich ist er ganz gerührt, als er dem Mann wieder begegnet, bei dem er »mal Fähnrich« war. In fast jeder Folge gerät er überdies in den Widerspruch zwischen umfassender und individueller Pflichterfüllung: Die Welt retten oder den Freund da drüben in der Raumstation, das ist hier die Frage. Und irgendeinen Trick findet das Drehbuch immer, ihn aus dem Dilemma zu befreien. Dieser

Commander ist zugleich Teil der militärischen Maschine und auch wieder nicht. Begonnen hat übrigens alles mit einer Degradierung wegen Unbotmäßigkeit, und die ganze Serie erzählt nichts anderes als die schrittweise Geschichte einer Rehabilitierung, einer Rehabilitierung des autonomen Helden.

Diese Konstellation ist uns so vertraut wie die schnarrend-schnodderige Art des Helden, seine Verknüpfung von Autorität und Kameradschaftlichkeit, sein zurückgenommener Heroismus und seine letztliche Einsamkeit in der Stunde der Entscheidung: Es ist der »unpolitische« Held des deutschen Kriegsfilms, der Stern von Afrika im Weltraum. Bis in die einzelnen wiederkehrenden Typen, wie im Raumschiff also auch auf Erden, läßt sich das Ensemble-Spiel auf einen Versuch zurückführen, die angelsächsischen Vorbilder mit den Stereotypen des deutschen Kriegsfilms und -romans der Nachkriegszeit zu verschmelzen.

Im »Raumschiff Enterprise« herrscht ein, nun ja, etwas eingeschränktes Prinzip moderner Demokratie, ein Zusammenspiel von Militär, Wirtschaft und Wissenschaft, oder, individuell gesprochen, des Tatmenschen (Captain Kirk), des Zweckrationalisten (Mr. Spock) und des Humanisten (Dr. McCoy). Die Sache funktioniert, solange diese drei sich gegenseitig in Schach halten und immer mal wieder ein bißchen erziehen. Im Raumschiff Orion dagegen setzt sich als natürliche Lösung Folge für Folge das Führerprinzip wieder durch. Die Untergebenen dieses jungen Helden kommen nie in die Situation, den Commander ernsthaft in seine Schranken weisen zu müssen, geschweige denn so etwas wie gleichberechtigte Mitarbeiter zu werden. In Situationen der Gefahr nimmt dieser Commander noch allemal den Kasernenhofton an, ohne den ein deutscher Offizier auch im Weltraum nicht auskommt. Und hinterher ist Casino angesagt. Dann macht man Scherze. Zum Beispiel gibt es da eine Frau, der ihr betrunkener Mann klarmachen muß, daß er noch einmal mit seinem Commander auf Raumpatrouille geht, anstatt zuhause zu bleiben.

Der Feind ist, sciencefictionmäßig, dubios, unfaßbar, von animalischer Gier und teuflischer Intelligenz, überall und nirgends. Die »Frogs« stehen für alles oder nichts, invasorische McGuffins. Real werden sie erst in der Reaktion der Welt auf sie, und ganz real um diese »Raumpatrouille« ist der stete Sieg dermilitärischen über die zivilen Kräfte.

So weit wäre die Serie nur eine neue Variante deutscher Neurosen und erzreaktionärer Phantasien im Kalten Krieg, deren futuristisches Äußeres nicht verschleiert, daß sie zusammengebastelt sind aus Stereotypen des Kriegsfilms, der Verschwörungsfilme nach dem Muster der »Dr. Mabuse«-Serie dieser Zeit, den labyrinthischen Ängsten der Edgar Wallace-Filme und Zitaten aus der entstehenden Pop-Mode. Aber McLane ist nicht nur ein alter Held im neuen Gewand, sondern er hat auch ein ausgesprochen zeitgemäßes Problem: die Frau.

Ihm ist nämlich eine russische Sicherheitsoffizierin vor die Nase gesetzt worden (ja, darauf verstehen sie sich, die Russen), die ihn unentwegt in seiner männlich-heroischen Entfaltung behindert. Anders als im »Raumschiff Enterprise« kann dieser Konflikt nicht durch gegenseitige »Erziehung« gelöst oder zumindest in einen demokratischen Schwebezustand versetzt werden, sondern es geht ums Ganze. Das ist einerseits eine Frage der Macht und andererseits eine Frage der Sexualität. Diese autoritäre Frau (sie ist sozusagen auf eine Autorität der Vorschriften aus, wie Commander McLane eine Autorität der persönlichen Auren schafft) hat stets sowas von unrecht, daß sie zum Modell der Inhumanität wird. Im Kriegsfilm müssen ja auch immer soldatische, erfahrene Männer ideologisch festgefahrene, »blinde« Frauen erlösen. Jedenfalls löst der in eine Liebesgeschichte verkleidete, nicht immer ganz fair geführte Unterwerfungskampf zwischen den beiden die eine oder andere Frage der Mittsechziger: Unser Held bezwingt die aufmüpfige Frau, die kalte russische Funktionärsseele und das allzu strikte Legalitätsprinzip in einem Aufwasch.

Gewiß fügen sich diese Elemente nicht zu einer fertigen propagandistischen Struktur der Serie. Das spukt mehr als Neurose denn als Ideologie in den Filmchen, die im übrigen einen ganz eigentümlichen Gebrauch der Tiefenschärfe machen. In schwarz/weiß ging das nämlich, zumal in den extra dafür gebauten Kulissen. Diese bizarre Raumerfah-rung ist das einzig wirklich Furchterregende in dieser Serie; weil sie den Bildschirm nicht sprengen kann, schafft sie einen Sog in die Tiefe, und so steif die armen Darsteller in ihren Outfits herumstehen müssen, so sind sie doch auch förmlich verliebt ins Herankommen und Hinweggehen. An die Stelle der redenden Köpfe tritt die Dramaturgie der Auf- und Abtritte, der immer zerfallenden und sich neu bildenden Gruppen. Auch das ergibt eine, schon ein wenig subtilere Hierarchiebildung. Das Ausschließen oder Aufnehmen ergibt ein Ballett der Macht, und der Raum, selbst der virtuelle Raum eines Bildschirms (damals hat man sich noch nichts aus der Verkleinerung der Technologie gemacht), ist nur über die Inszenierung des Helden zu erfahren. Aber diese Inszenierung steht im Konflikt mit den Zuständen der Isolation, der Posen, die ins Leere gehen, der Destabilisierung. Dreh den Ton ab und wisch den Hauptdarsteller und seine männlichen Komplizen aus dem Bild, und du hast vielleicht eine ganz andere Story.

Die Zukunft, von der »Raumpatrouille« erzählt, ist die Vergangenheit. Das Design ist ganz und gar Gegenwart des Jahres 1966. Die Filme sind so arm, daß sie nichts anderes können, als ihren kleinen Reichtum beständig auszustellen. Und an allen Ecken und Enden wird kokettiert mit einer Sehnsucht, das alles zu überschreiten. Das Reaktionäre der Serie inszeniert sich als Abwehr gegen eine unbekannte Leidenschaft. Es ist die Zeit des Twist und der »Winnetou«-Filme. Der Angriff der Frau auf den deutschen Commander wird zugleich abgewehrt und bleibt, ein bißchen, siegreich. Er spürt nicht nur die Hitze, die von ihrem Körper ausgeht (und diese Frauen sind doch auch auf ganz neue Weise körperlich), sondern auch eine

leise Versuchung zur Verweiblichung der Welt.

Ab 9. Oktober zeigt Sat 1 Samstags um 14.45 fünf Folgen der Serie »Raumpatrouille Orion«.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 8/93 über den Episodenfilm »Neues Deutschland«

Konkret 10/93, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

»Erratum«, sagte der Redaktionsigel mit dem Großen Latinus und stieg vom Bürstenabzug:

Im Artikel von Rudolf Scharping (»Zeit« Nr.36/93) hat sich bei der Texteingabe ein Fehler eingeschlichen. Es mußte heißen: »Es ist unwahrscheinlich – und politisch der Autorität und Kompetenz des Bundestags (nicht der Bundesregierung, d.Red.) abträglich – , daß das Bundesverfassungsgericht dem Bonner Parlament die Entscheidung darüber abnimmt.«

Ein interessanter Mensch, der in Scharpings Artikel so weit gekommen ist und dann auch noch diesen Fehler bemerkt hat! Man möchte ihn kennenlernen, um ihm aus dem Weg gehen zu können.

Die »Frankfurter Allgemeine« übt immer Redlichkeit und Treu, wenn's sein muß sogar zu ihren Druckfehlern. Weil ihr Setzer bei der ersten Folge eines Fortsetzungsromans den Namen der Autorin verpfuscht hatte, blieb das Blatt hinfort dabei, Agatha Christies Krimi »Die dritte Lüge« unter dem Autorennamen

Agota Kristof

abzudrucken. Vierzig Folgen lang. Tacitus über die Germanen: Starrsinn in falscher Sache nennen sie Treue.

Für einen nationalen Gedenkstein schlägt der nationale Historiker Ernst Nolte einen Text vor,

der zwar Unterscheidungen trifft, aber auch die Gleichheit betont, die den Toten zukommt, ob sie nun – nach einem allzusehr vereinfachenden Schema »Täter« oder »Opfer« waren: »All denen zum Gedenken, die im zwanzigsten Jahrhundert durch ideologiestaatliche Gewalt gelitten haben und gestorben sind: Menschen vieler Nationen, Männer, Frauen und Kinder, Unschuldige, Schuldlose und Schuldige.«

Wozu die Umstände, warum nicht als rechter deutscher Mann sprechen, wie die Fresse gewachsen ist?: Mein Führer, ich werde Sie nie vergessen.

WimS oder die Welt im Spiegel:

Spiegel: Morddrohungen kennen Sie seit langem. Aber Sie suchen auch immer wieder das extreme Thema, die gefährliche Recherche – weil Sie nur dann schreiben können?

Wallraff: Ja, ich brauche extreme Reibungsflächen, um mich engagieren und handeln zu können. Erst danach schreibe ich es auf, als mein eigener Chronist.

Die Narben des Chronisten jucken mich noch heute bei jedem Interviewgewitter.

Spiegel: Wer sind Sie denn: Der Linke, der jahrelang den Westen anklagte und über den Osten schwieg? Oder der Verfechter der Menschenrechte, der – neuerdings – alles Totalitäre verachtet?

Wallraff: Ich habe immer schon Menschenrechtsverletzungen verurteilt, allerdings die im Osten in den sechziger Jahren nicht offensiv genug.

Spiegel: Wo ordnen Sie sich heute ein?

Wallraff: Nirgends. Ich denke liberal-anarchisch.

Früher ein Arbeiterdichter in der Nachfolge Christi, heute ein Möllemann mit Molly. Alles extrem oder was?

Einer, der auch nicht schreiben, über einen, der auch nicht denken kann. Klaus Hartung:

Tilman Fichter stellt die Frage der Nation, aber er treibt sie nicht voran, vor allem nicht in Zonen, wo es heiß wird.

Südtirol? Deutsch-Südwest? Togo? Tsingtau?

Das Buch wird gleichwohl eine Rolle spielen. Es operiert hart an der Reizschwelle des Milieuwiderstandes der Partei, ein Vademekum für Minenhunde. Sein Schicksal wird ein Indikator für deren Zustand sein.

Für den Zustand der Minenhunde an der Reizschwelle des Milieuwiderstands oder für den Zustand der operierten Reizschwelle des Milieuwiderstands der Minenhunde? Jedenfalls aber für das Maximum an Calcium im Cerebrum des Vademekum-Rezensenten.

Wenn der Bonner Korrespondent der »Zeit« höher hinaus will und doch bloß den Abstieg des Bundesministers für Arbeit und Soziales melden darf, fängt er zu dichten an:

Den Minister gibt es noch, aber auch nicht mehr richtig. Wie hieß er noch gleich? Es liegt einem auf der Zunge...

Dr. Norbert Belag?

Hubert Strauf, Träger des Komturkreuzes des Päpstlichen Ordens vom hl. Sylvester, ist von uns gegangen. Über die Todesanzeige setzte die Familie das Motto:

Gratiam referre

Daneben trauerten Gesellschafter und Geschäftsführung der Werbe-Euro-Advertising GmbH um den Werbetexter Hubert Strauf. Über ihre Todesanzeige hatten sie ein geflügeltes Wort des teuren Abgeworbenen gesetzt: *Mach mal Pause*

Ad maiorem gloriam Cocae.

Die einzigen Fragen, die zu beantworten lohnt, sind, ich habs schon mal gesagt, die rhetorischen und unter diesen ganz besonders die des Friedrich Karl Fromme:

Kann man sich vorstellen, daß ein NS-Gauleiter (Modrow als Bezirkssekretär der SED war etwas ähnliches) im Jahr 1948, also drei Jahre nach der Umwälzung, angeklagt wegen Mitwirkung an einer demokratiewidrigen Abzählung des Volkswillens, mit einer »Verwarnung« davongekommen wäre?

Nein, man kann sich nicht vorstellen, daß ein NS-Gauleiter im Jahr 1948, also drei Jahre nach der Umwälzung, oder in irgend einem anderen Jahr wegen Mitwirkung an einer demokratiewidrigen Abzählung des Volkswillens angeklagt worden wäre.

Zwei Nachrichten. Zuerst die gute:

In einem Gespräch mit Klaus Landowsky, dem Vorsitzenden der Berliner CDU-Fraktion, hat Walter Jens mitgeteilt, daß der frühere Präsident der Ost-Berliner Akademie der Künste, Manfred Wekwerth, jetzt bereit sei, freiwillig aus der Akademie auszuscheiden. Offenbar aber handle es sich dabei, sagte der Berliner CDU-Politiker Uwe Lehmann-Brauns, um ein »Bauernopfer«, das es den Parlamentariern erleichtern soll, dem Gesetz über den Anschluß der Ost-Akademie zuzustimmen.

Nach der guten Nachricht vom Bauernopfer die noch bessere vom Arbeiter- und Bauernopfer:

Mit der Installation einer Kommission möchte die Berliner Akademie der Künste jetzt eine Brücke bauen, die es den Politikern erlauben soll, ihren Widerstand gegen die En-bloc-Übernahme der einstigen Ost-Akademie endgültig aufzugeben. Wann immer ein Fall ruchbar würde, in dem ein Mitglied einem anderen Künstler nachweislich geschadet habe, sagt Präsident Walter Jens, käme die Angelegenheit hinfort vor einen »Ehrenrat« der Akademie, dem es dann wiederum obläge, dem Betreffenden den Austritt zu empfehlen.

Das gefällt mir – bis auf den Namen des Gerichts. Leute, die ihr Recht auf Mitgliedschaft in einer bürgerlichen Akademie damit begründen, daß sie in eine sozialistische Akademie berufen worden waren, sich als deren Mitglied jedoch nichts Sozialistisches hätten zuschulden kommen lassen, besitzen nichts, was vor einen Ehrenrat gestellt werden könnte. Die meisten habe ich sogar im Verdacht, sie wären bei einem anderen Ausgang des Kalten Kriegs bereit gewesen, die Mitglieder der Westberliner Akademie en bloc in die DDR-Akademie aufzunehmen.

Erst übersetzte die Zeitschrift »Arbeiterkampf« ihren Titel in »AK«, der sich in »ak« verkleinerte, dann übersetzte der »ak« seine Initialen in »Analyse und Kritik«, doch in seinem tiefsten Innern ist das Blatt sich so treu geblieben wie sonst nur die »FAZ«:

Die in linken Auseinandersetzungen erfahrenen LeserIn überlegt spätestens jetzt,

daß ihre in linkem Journalismus erfahrenen SchreiberIn ihre Analyse und Kritik mit seinen schwieligen Arbeiterhänden nicht ohne Kampf irgendwie rüberbringt, nä?